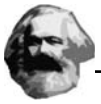
SDAJ

Grundlagenschule



Inhalt

Marxistische Philosophie **2**

Politische Ökonomie **11**

Wissenschaftlicher Sozialismus **20**

Imperialismus **25**

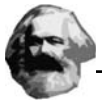
Strategie und Taktik **30**

Staat und Revolution **38**

Antimilitarismus **42**

Antifaschismus **48**

Proletarischer Internationalismus **51**



Marxistische Philosophie

Was verstehen wir unter Philosophie?

Jede Wissenschaft hat die Aufgabe, einen bestimmten Bereich der Natur oder der Gesellschaft auf seine grundlegenden Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zu erforschen. Die Kenntnisse darüber dienen uns als eine Grundlage für unser praktisches Handeln. Die Erkenntnisse der Physik über die Gesetze der mechanischen Bewegung, der Thermodynamik, der Elektrodynamik, der Optik usw. gestatten uns, Werkzeugmaschinen, Motoren, Elektrogeräte, optische Geräte usw. zu konstruieren, zu bauen und praktisch anzuwenden. Allgemeiner können wir das so formulieren: Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und technische Wissenschaften setzen uns durch die Erforschung der Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft in die Lage, die Naturkräfte und Naturprozesse in den Dienst der Menschen zu stellen, die Natur immer besser zu beherrschen und zu gestalten, ebenso wie wir durch die Erkenntnisse der Gesetzmäßigkeiten in der Gesellschaft die menschliche Gesellschaft verändern und das menschliche Zusammenleben verbessern können.

Wodurch unterscheidet sich die Philosophie von den Einzelwissenschaften?

Die Philosophie richtet ihre Untersuchung auf die allgemeinen Zusammenhänge und Eigenschaften der Welt und aller Erscheinungen, auf die allgemeine Natur des Menschen und seiner Fähigkeiten, auf das Verhältnis des Menschen zur Welt. Sie versucht im Unterschied zu den verschiedenen Wissenschaften, die sich mit bestimmten Teilbereichen der Welt befassen, die Welt als Ganzes denkend zu erfassen und so eine umfassende Weltanschauung zu entwickeln. Die Griechen beispielsweise wollten schon vor Jahrhunderten durch die Philosophie alles Wissen der Menschen eine wissenschaftliche Zusammenfassung der Einzelwissenschaften.

Warum entstand die Philosophie, was waren die Ursachen dafür?

In der Urgesellschaft gab es noch keine Philosophie und keine Wissenschaft. Die unerklärlichen Naturvorgänge wurden dem Wirken höherer Mächte (Götter, Dämonen, Geister etc.) zugeschrieben. Auch die feste Ordnung des gesellschaftlichen Lebens und das Schicksal des einzelnen Menschen wurde auf diese überirdischen Kräfte zurückgeführt. Das Denken der Menschen war noch sehr stark von mythologischen Vorstellungen beherrscht. Nach der Auflösung der Urgesellschaft und der Entstehung der Klassengesellschaft änderte sich das Leben der Menschen sehr rasch. Insbesondere in den Stadtstaaten der griechischen Sklavenhaltergesellschaft vollzogen sich einschneidende Veränderungen, welche die frühere Lebensweise und Denkweise der Menschen erschütterten. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte auf Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln (Begriffserklärung im Anhang und an anderer Stelle in der GLS), die Entfaltung des Handwerks und des Handels, das Aufkommen des Geldes, des Wuchers und des Zinses führten dazu, dass sich schärfere Klassengegensätze herausbildeten. Es kam zu heftigen Klassenkämpfen zwischen der grundbesitzenden Sklavenhalteraristokratie und den Handwerk, Gewerbe und Handel betreibenden Schichten der Sklavenhalterklasse, in deren Verlauf das gesellschaftliche und politische Leben grundlegend verändert wurde. Die überlieferten religiösen Auffassungen, welche die Herrschaft der Aristokratie begründeten, gerieten ebenso ins Wanken wie die bisherigen Normen, Regeln und Gewohnheiten des Zusammenlebens und Verhaltens der Menschen. In der Auseinandersetzung mit der religiösen Mythologie entwickelten sich die wissenschaftliche Erkenntnis und die Philosophie, um Antworten auf die neuen Fragen zu geben, welche die Menschen damals bewegten.

Grundfrage der Philosophie, Materialismus, Idealismus

Engels hat sie in folgenden Worten formuliert: „Die große Grundlage aller, speziell neueren Philosophie ist die nach dem Verhältnis von Denken und Sein ... je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Weltschöpfung irgendeiner Art annahmen..., bildeten das Lager des Idealismus. Die andern, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus." (F. Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie")
Doch wie ist das zu verstehen?
Das Verhältnis von Sein und Denken oder allgemeiner von Materie und Bewusstsein bildet den Inhalt

der Grundfrage der Philosophie. In der bloßen Wahrnehmung finden wir nicht zwei getrennte, voneinander unabhängige Welten, eine „Welt der Materie" und eine „Welt des Bewusstseins". Bewusstsein finden wir nur als menschliches Bewusstsein, als Produkt der Sinnes- und Hirntätigkeit und der praktischen gesellschaftlichen Tätigkeit des Menschen. Es existiert immer nur als Bestandteil des materiellen Lebensprozesses der Menschen. Warum ist es für die Menschen wichtig, das Verhältnis zwischen Materie und Bewusstsein, zwischen realem Sein und Denken richtig zu bestimmen? Ist das vielleicht nur eine „philosophische Spinnerei", eine künstlich ausgedachte Frage? Keineswegs! Wenn wir uns mit unserer Umwelt praktisch auseinandersetzen, im Arbeitsprozess auf sie einwirken und sie entsprechend unseren Bedürfnissen verändern, bilden unsere materielle praktische Tätigkeit und die geistige Tätigkeit unseres Bewusstseins eine untrennbare Einheit. Sie sind eng miteinander verflochten. Wenn wir hierbei aber erfolgreich sein und die angestrebten Resultate auch wirklich erreichen wollen, müssen wir es lernen, deutlich zwischen den Gegenständen der materiellen Welt einerseits und unseren Wahrnehmungen, Vorstellungen und Gedanken über diese Welt andererseits zu unterscheiden. Und genauso müssen wir zwischen der materiellen praktischen Tätigkeit, welche die Gegenstände tatsächlich verändert, und den gedanklichen Operationen des Bewusstseins unterscheiden, die allein überhaupt nichts verändern können.

Was verstehen wir unter Materialismus und Idealismus?

Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt erstens, dass die Materie dem Bewusstsein zeitlich vorausgeht. Die Materie existiert vor dem Bewusstsein, denn sie ist ewig und unendlich. Das Bewusstsein aber entsteht erst auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Materie. Seine Existenz hängt von ganz bestimmten Bedingungen ab, deshalb ist es vergänglich, bedingt und endlich. Die Einsicht, dass die Materie ewig ist, dass sie weder vernichtet noch erschaffen werden kann, ist eine gesicherte philosophische Erkenntnis von grundlegender Bedeutung. Sie gründet sich auf umfassendes und unumstößliches wissenschaftliches Beweismaterial, insbesondere auf die physikalischen Erhaltungssätze, die besagen, dass weder Masse noch Energie vernichtet oder aus Nichts erschaffen werden können. Wir wissen weiter aus der Erforschung der Geschichte unserer Erde, dass es auf ihr vor einigen Milliarden Jahren noch kein Leben gab. Folglich konnte es auch keine mit Bewusstsein begabten Lebewesen geben. Erst nach längeren Entwicklungsprozessen entstanden Formen belebter Materie. Aus deren Evolution gingen schließlich auch die ersten Menschen hervor, und mit ihnen entstand erst ein voll ausgebildetes Bewusstsein. Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt zweitens, dass das Bewusstsein ein Entwicklungsprodukt der Materie ist, welches auf der Grundlage besonders hoch organisierter Materie, des menschlichen Gehirns, als eine qualitativ besondere Eigenschaft der Materie entsteht. Diese besondere Eigenschaft besteht in der Fähigkeit, die materielle Welt in ideellen Formen widerzuspiegeln, ideelle innere Modelle der äußeren Welt zu bilden, sich bewusst Ziele zu setzen und das Verhalten nach bestimmten Programmen zweckmäßig zu lenken. Das Bewusstsein ist ein Produkt der naturgeschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Diese These des dialektischen und historischen Materialismus gründet sich auf die philosophische Verarbeitung eines riesigen Tatsachenmaterials und wichtiger Erkenntnisse vieler Wissenschaften. Friedrich Engels hat diesen Prozess wie folgt beschrieben: „Arbeit zuerst, nach und dann mit ihr die Sprache - das sind die beiden wesentlichsten Antriebe, unter deren Einfluss das Gehirn eines Affen in das bei aller Ähnlichkeit weit größere und vollkommenere eines Menschen allmählich übergegangen ist... Die Rückwirkung des Gehirns und seiner dienstbaren Sinne, des sich mehr und mehr klärenden Bewusstseins, Abstraktions- und Schlussvermögens auf Arbeit und Sprache gab beiden immer neuen Anstoß zur Weiterbildung..." (F. Engels, „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen").

Diese Auffassung ist in der Folgezeit durch die Anthropologie, die Neurophysiologie und die Psychologie in vollem Umfang bestätigt und auf der Grundlage der neuen Forschungsergebnisse weiter präzisiert worden. So ist das menschliche Bewusstsein also ein Entwicklungsprodukt der Natur und der Gesellschaft. Seine

materiellen Grundlagen sind sowohl die besonders hoch organisierte Materie des Gehirns und seine Tätigkeit als auch die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen und ihre materielle praktische Tätigkeit. Zwischen diesen beiden Seiten der materiellen Grundlage des Bewusstseins besteht eine enge Wechselwirkung. Das Gehirn als Organ des Bewusstseins ermöglicht und vermittelt die aktive Auseinandersetzung des Menschen mit seiner natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt. Und diese Umwelt bestimmt in entscheidendem Maße den Inhalt der Hirntätigkeit. Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt drittens, dass das Bewusstsein eine ideelle Widerspiegelung der materiellen Welt ist. Das Bewusstsein erzeugt seine Inhalte nicht aus sich selbst, sie fließen ihm auch nicht aus übernatürlichen Quellen zu, sondern es gewinnt sie aus der geistigen Aneignung und Widerspiegelung der materiellen Welt in Empfindungen, Wahrnehmungen, Vorstellungen, Begriffen, Aussagen, Theorien usw.. Der Inhalt des menschlichen Bewusstseins ist also eine Widerspiegelung, eine Abbildung der materiellen Welt. Diese Widerspiegelung entwickelt sich auf der Grundlage der jeweils gegebenen Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Praxis des Menschen, sie ist also historisch bestimmt. Dank seinem ideellen Charakter ist das Bewusstsein in der Lage, die materielle Welt widerzuspiegeln. Es kann so verallgemeinernde und abstrahierende Abbilder wesentlicher Eigenschaften und Zusammenhänge der äußeren Welt schaffen, sie speichern und mit ihnen operieren. Das Bewusstsein widerspiegelt nicht nur die Gegenstände, Prozesse, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt, sondern immer auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, Interessen und Bedürfnisse, auf deren materieller Grundlage es entsteht und sich entwickelt. Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt viertens schließlich, dass das Bewusstsein den Menschen als Mittel der aktiven Umgestaltung der Welt dient. Widersprechen wir damit nicht der Behauptung, das Bewusstsein sei sekundär, abgeleitet und von der Materie bestimmt? Zwar ist das Bewusstsein sekundär gegenüber der Materie. Sie war vor dem Bewusstsein da, hat das Bewusstsein aus sich hervorgebracht und ist auch der Inhalt des Bewusstseins. Aber daraus folgt überhaupt nicht, dass es keine bedeutende Rolle spielen kann. Das Bewusstsein ist ein notwendiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Dieser ist als aktive Aneignung, Veränderung und Umgestaltung der Welt nur möglich, weil das Bewusstsein die Menschen befähigt, diese Welt zu erkennen, sich bewusst Ziele zu setzen, Erfahrungen zu sammeln, zu lernen und ideell entworfene Programme und Projekte materiell zu realisieren. Der Materialismus in allen seinen historischen Formen stand stets im Gegensatz zum Idealismus und hat sich in ständiger Auseinandersetzung mit dem Idealismus entwickelt. Der Idealismus ist die philosophische Grundrichtung , die davon ausgeht, dass das Bewusstsein, das Denken, der Geist, der Wille, also irgend etwas Ideelles, Immaterielles primär, grundlegend, bestimmend ist; die Materie, die Natur, die materielle Welt sei von diesem hervorgebracht oder abhängig. Der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus ist eng mit dem Kampf der Wissenschaft gegen die Religion verbunden. Der Materialismus ist dem Idealismus und der Religion prinzipiell entgegengesetzt. Er bestreitet die Existenz Gottes oder anderer übernatürlicher Kräfte und ist folglich Atheismus. Der Idealismus ist eng mit der Religion verbunden; er ist ihr direkter oder indirekter theoretischer Ausdruck und ihre theoretische Begründung.

Erkennbarkeit der Welt - Marxistische Erkenntnistheorie

Erkennen ist eine besondere Art der bewussten Widerspiegelung der objektiven Welt im gesellschaftlichen Bewusstsein, die sich durch charakteristische Merkmale auszeichnet. Worin bestehen sie? Erkennen ist theoretische Aneignung der objektiven Welt, dass heißt eine Widerspiegelung, die sich auf die wesentlichen Eigenschaften, die allgemeinen Strukturen und die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt richtet. Ihr Ziel ist, möglichst exakte gedankliche Abbilder dieser Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen und diese in Form von Begriffen, Gesetzesaussagen, Formeln, Hypothesen, Theorien usw. zu einem gedanklichem Modell von Bereichen der Natur und Gesellschaft zu verarbeiten. Die stimmigen Abbilder von wesentlichen Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt, die Erkenntnisse, dienen den Menschen als theoretische Grundlage ihrer zweckmäßigen Tätigkeit. Sie ermöglichen es ihnen, diese Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zum Zweck der planmäßigen Veränderung und Beherrschung von Naturprozessen und Gesellschaftsprozessen praktisch auszunutzen und anzuwenden.

„Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unsern Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild

der Wirklichkeit erzeugen? Diese Frage heißt in der philosophischen Sprache die Frage nach der Identität von Denken und Sein und wird von der weitaus größten Zahl der Philosophen bejaht... Daneben gibt es aber noch eine Reihe andrer Philosophen, die die Möglichkeit einer Erkenntnis der Welt oder doch einer erschöpfenden Erkenntnis bestreiten... Die schlagendste Widerlegung dieser wie aller andern philosophischen Schrullen ist die Praxis, nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unsrer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unsern Zwecken dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfassbaren 'Ding an sich' zu Ende" (F. Engels, „Ludwig Feuerbach...").
„The proof of the pudding is in the eating. In dem Augenblick, wo wir diese Dinge, je nach den Eigenschaften, die wir in ihnen wahrnehmen, zu unserm eignen Gebrauch anwenden, in demselben Augenblick unterwerfen wir unsre Sinneswahrnehmungen einer unfehlbaren Probe auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit. Waren diese Wahrnehmungen unrichtig, dann muss auch unser Urteil über die Verwendbarkeit eines solchen Dings unrichtig sein, und unser Versuch, es zu verwenden muss fehlschlagen. Erreichen wir aber unsern Zweck, finden wir, dass das Ding unsrer Vorstellung von ihm entspricht, dass es das leistet, wozu wir es anwandten, dann ist dies positiver Beweis dafür, dass innerhalb dieser Grenzen unsre Wahrnehmung von dem Ding und von seinen Eigenschaften mit der außer uns bestehenden Wirklichkeit stimmen" (F. Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft").

Dialektik - Grundgesetze und Triebkräfte der Entwicklung

Die materialistische Dialektik ist „die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens" (Engels, „Anti-Dühring").
Die materielle Welt befindet sich in einem ständigen Entwicklungsprozess. Unter Entwicklung versteht man in der materialistischen Dialektik eine Bewegung in aufsteigender Linie, in deren Verlauf neue Qualitäten entstehen und ein nicht umkehrbarer Übergang von niederen zu höheren, von einfachen zu komplizierteren Qualitäten erfolgt. Diese Entwicklung in der materiellen Welt wird nicht durch äußere Einwirkungen verursacht, etwa durch einen göttlichen ersten Beweger. Die materialistische Dialektik fasst die Entwicklung also als Selbstbewegung der Materie auf, deren Quelle und Triebkraft in der Materie selbst, in ihren inneren Widersprüchen liegt. Die ganze materielle Welt bildet ein System qualitativ verschiedener Entwicklungsstufen, die entwicklungsgeschichtlich miteinander zusammenhängen. Die großen Entwicklungsstufen - anorganische Materie, organische Materie, menschliche Gesellschaft - gehen eine aus der anderen hervor. Jede dieser großen Entwicklungsstufen der Materie weist wiederum in sich zahlreiche Entwicklungsstufen auf. Alle Entwicklungsprozesse verlaufen jeweils auf eine Art und Weise, die durch die Beschaffenheit und die Gesetzmäßigkeiten des betreffenden Systems bedingt ist. Zugleich besitzen sie alle aber auch bestimmte gemeinsame Züge. Diese kommen in den allgemeinen Entwicklungsgesetzen zum Ausdruck, die die Dialektik untersucht und formuliert. Die wichtigsten dieser allgemeinen Gesetzmäßigkeiten sind die Grundgesetze der Dialektik: Erstens das Gesetz von der Einheit und dem „Kampf" der Gegensätze. Zweitens das Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in neue qualitative Zustände. Drittens das Gesetz der Negation der Negation. Das Gesetz von der Einheit und dem „Kampf" der Gegensätze erklärt die Quelle, die Ursachen und die Triebkräfte der Entwicklung. In jedem natürlichen und gesellschaftlichen System befinden sich bestimmte Elemente, Kräfte, Tendenzen, Prozesse usw. in einer aktiven Wechselwirkung. Sie bilden im Rahmen des Systems eine Einheit, bedingen einander, aber schließen einander zugleich aus, wirken in entgegengesetzter Richtung, das heißt, sie liegen sozusagen im „Kampf" miteinander. Dieser „Kampf" der Gegensätze, die sich im Verhältnis der Einheit und des gleichzeitigen „Kampfes" befinden, bilden einen dialektischen Widerspruch. Alle materiellen Systeme und Prozesse sind durch dialektische Widersprüche charakterisiert. Diese dialektischen Widersprüche bestimmen die Struktur und die Entwicklung der materiellen Systeme, sie sind die eigentliche Quelle der Bewegung und Entwicklung. Aus diesem Grund hat Karl Marx auch den Widerspruch als „die Springquelle aller Dialektik" bezeichnet („Das Kapital", Bd.1), und Lenin nannte die Lehre vom Widerspruch den „Kern der Dialektik" („Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik").
Beispiele: Das Atom besteht aus dem positiv geladenem Kern und der negativ geladenen Elektronenhülle; in jedem Organismus vollziehen sich die entgegengesetzten Prozesse der Assimilation und Dissimilation; die gesellschaftliche Entwicklung beruht allgemein auf dem Widerspruch zwischen Natur und Gesellschaft, der ständig in der Produktion gelöst und neu gesetzt wird; die Produktion wiederum

ist charakterisiert durch den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der in den antagonistischen Klassengesellschaften - Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus - seinen Ausdruck im Klassenkampf findet. Das Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in neue qualitative Zustände erklärt den allgemeinen Entwicklungsmechanismus. Es charakterisiert also eine weitere wesentliche Eigenschaft aller Entwicklungsprozesse. In der Bewegung beliebiger materieller Systeme erfolgen ständig Veränderungen quantitativer Art. Diese quantitativen Veränderungen vollziehen sich jedoch im Rahmen, in den Grenzen der gegebenen Qualität. Erst an einem ganz bestimmten Punkt führen die kontinuierlichen quantitativen Veränderungen zu einem plötzlichen Übergang in eine neue Qualität. Dann wird die allmähliche Veränderung, die evolutionäre Phase der Entwicklung, durch eine sprunghafte Veränderung, durch die revolutionäre Phase der Entwicklung, abgelöst. Evolution und Revolution machen also das Wesen der Entwicklung aus. Die Evolution, die quantitativen Veränderungen, bereiten die Revolution, den qualitativen Sprung, vor, in dessen Verlauf das alte System grundlegend umgestaltet beziehungsweise beseitigt wird und ein neues System mit einer völlig neuen Qualität entsteht. Diese neue Qualität bildet zugleich mit den ihr gemäßen Quantitäten eine neue Einheit. Der weitere Entwicklungsprozess verläuft auf der Grundlage der neuen Qualität zunächst wieder in Form quantitativer Veränderungen, bis ein erneuter Umschlag in eine neue Qualität erfolgt. Die Entstehung einer neuen Qualität im Entwicklungsprozess bedeutet, dass die alte Qualität „negiert" (verneint) wird. Die dialektische Negation bedeutet, dass im Entwicklungsprozess die Qualität, in deren Rahmen die Entwicklung bisher erfolgte, aufgehoben, beseitigt, überwunden wird und eine neue Qualität entsteht. Aber die alte Qualität wird nicht einfach vernichtet, sie verschwindet nicht spurlos. Vielmehr wird bei dieser Negation das bisherige positive Entwicklungsresultat aufbewahrt, es wird in die neue Qualität übernommen und dient hier als Grundlage der weiteren Entwicklung. Nachdem eine neue Qualität entstanden ist, vollzieht sich die weitere Entwicklung in ihrem Rahmen. Wenn die quantitativen Veränderungen ein bestimmtes Maß erreicht haben, erfolgt erneut der Umschlag in eine neue Qualität, das heißt, die frühere Qualität wird ebenfalls negiert. Diese war die Negation der vorangegangenen Qualität, nun wird sie ihrerseits negiert. Betrachten wir den ganzen Entwicklungszyklus in seinem Verlauf und Zusammenhang, dann können wir ihn als Negation der Negation charakterisie-

ren. Das Gesetz der Negation der Negation erklärt die allgemeine Richtung der Entwicklung als Fortschreiten vom niederen zum höheren und zeigt den inneren Zusammenhang der Entwicklungsstadien. Die Entwicklung der materiellen Welt vollzieht sich in Entwicklungszyklen, die jeweils als Negation der Negation auftreten. Die Entwicklungszyklen sind aber keine geradlinige Höherentwicklung, sondern gleichen eher einer Spirale, die mit der Höherentwicklung zugleich in gewisser Hinsicht eine Rückkehr zum Ausgangspunkt des Entwicklungszyklus verbindet, weil bestimmte Züge, Eigenschaften usw. der früheren Entwicklungsstufe auf höherem Entwicklungsniveau wiederkehren. Lenin nannte dies eine „Entwicklung, die die bereits durchlaufenen Stadien gleichsam noch einmal durchmacht, aber anders, auf höherer Stufe, eine Entwicklung, die nicht geradlinig, sondern sozusagen in der Spirale vor sich geht." (Lenin, „Karl Marx")

Bedeutung der Praxis in der marxistischen Philosophie

„In der Praxis muss der Mensch die Wahrheit... seines Denkens beweisen" (Marx, „Thesen über Feuerbach")

Praxis ist die gesellschaftliche, materiell-gegenständliche Tätigkeit der Menschen, die darauf gerichtet ist, die natürliche und gesellschaftliche Umwelt

entsprechend den Zwecken der Menschen bewusst und zielgerichtet zu verändern. In der Praxis, in der materiellen Produktion, der politischen Tätigkeit usw. werden die über Natur und Gesellschaft gewonnenen Erkenntnisse angewandt. Bei dieser Anwendung zeigt sich, wieweit sie mit der objektiven Realität übereinstimmen. Wenn eine Erkenntnis bei ihrer Anwendung zu den im Voraus berechneten Ergebnissen führt, dann ist das ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass diese Erkenntnis ein wahres Abbild des betreffenden Gegenstandes oder Vorganges ist. Dann wissen wir, dass dieses Abbild tatsächlich mit der objektiven Realität übereinstimmt.
„Die Herrschaft über die Natur, die sich in der Praxis der Menschheit äußert, ist das Resultat der objektiv richtigen Widerspiegelung der Erscheinungen und Vorgänge der Natur im Kopfe des Menschen, ist der Beweis dafür, dass diese Widerspiegelung (in den Grenzen dessen, was uns die Praxis zeigt) objektive, absolute, ewige Wahrheit ist." (Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus")

Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft
Historischer Materialismus - Marxistische Geschichtsauffassung

„Wir müssen... damit anfangen, dass wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, dass die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen' zu können. Zum Leben aber gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte, die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten... Das Zweite ist, dass das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung zu neuen Bedürfnissen führt - und diese Erzeugung neuer Bedürfnisse ist die erste geschichtliche Tat... Das dritte Verhältnis, was hier gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung eintritt, ist das, dass die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen, anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen - das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die Familie" (Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie").

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt" (Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie" - Vorwort).
„Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das Ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, dass ihr Bewusstsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Triebkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dieses Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer beobachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens

im Prozess ihres Werdens begriffen sind... Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht in dem Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab" (Marx, „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Vorwort).

Ökonomische Basis und gesellschaftlicher Überbau

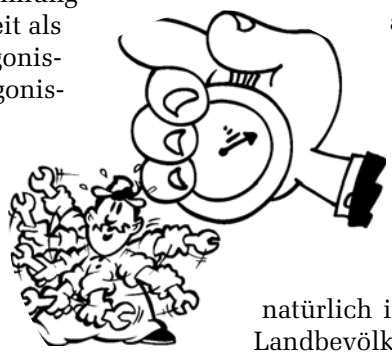
„Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, dass die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaft ist; dass in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen in der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche" (Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft").

Die Art und Weise der Herstellung und Handhabung der Produktionsinstrumente in der Urgesellschaft setzte noch keine differenzierte Arbeitsteilung, keine vielfach gegliederte gesellschaftliche Produktion voraus. Sie zwang den Menschen jedoch, um des Überlebens Willen in Horden zusammenzuleben. Größeres Wild konnte mit den primitiven Jagdwaffen nur durch das Zusammenwirken einer Gruppe von Menschen erlegt werden. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte, die Entwicklung einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die allmähliche Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit (Mehrprodukt) führten dann zu einer immer differenzierteren gesellschaftlichen Gliederung. Diese fand in einer ungleichen Verteilung der Güter zwischen den Menschen, in der Herausbildung des Privateigentums, in der Entstehung von Abhängigkeiten zwischen Menschen, in der Unterordnung der einen unter die anderen und schließlich in der Spaltung der Gesellschaft in Klassen ihren Ausdruck. Die Sklaverei war ein notwendiges gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Die Inangriffnahme großer Produktionsvorhaben wie Bauwerke oder Bewässerungsanlagen lediglich mit Handarbeit und bei völligem Desinteresse der unmittelbaren Produzenten (da diesen aus dem Mehrprodukt kein Nutzen erwuchs) setzte die Kooperation großer Massen von Arbeitern voraus, die durch schärfsten Zwang zusammengehalten wurden. Wieder andere Formen gegenseitiger gesellschaftlicher Beziehungen brachte die Art und Weise der bäuerlichen Arbeit im Mittelalter hervor: das Eigentum des Feudalherrn an Grund und Boden und dessen Bewirtschaftung durch Bauern, die den größten Teil des erzeugten Mehrproduktes an die Feudalherren abzuliefern hatten. Vielfältig sind die Formen, in denen sich die kapitalistische Lohnarbeit, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, historisch herausbildete und in Erscheinung trat. Sie beruht einerseits auf dem Eigentum des Kapitalisten an den Produktionsmitteln und andererseits auf den Produzenten, welche lediglich über die eigene Arbeitskraft verfügen. Auch dieses Produktionsverhältnis entspricht einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Er findet insbesondere in der großen Industrie Ausdruck und ist durch ein vielfach differenziertes System gesellschaftlicher Arbeitsteilungen, durch weit vorangetriebene Spezialisierung der menschlichen Arbeit und durch die Zusammenarbeit großer Gruppen von Arbeitern im Maßstab großer Unternehmen gekennzeichnet.

Kurze Begriffsklärung

Assimilation und Dissimilation (Biologie): Als Dissimilation bezeichnet man den Abbau der durch Assimilation oder Nahrungsaufnahme aufgebauten Energiespeicher. Dissimilation kommt vom lateinischen dissimilis = unähnlich. Dies ist im Gegensatz zu Assimilation (lat. assimilatio = Angleichung) zu verstehen: hier werden aus der Umgebung aufgenommene, körperfremde organische oder anorganische Stoffe zu körpereigenen. Bei der Dissimilation werden diese Stoffe wieder zu körperfremden Stoffen, die ausgeschieden werden.

Antagonismus: Der Antagonismus (griechisch ανταγωνισμός, andagonismós - der Widerstreit, Wettbewerb, von αντι~, anti~ - gegen~ und αγώνας, agónas - der Wettstreit, das Rennen bzw. vom Antagonisten abgeleitet) bezeichnet allgemein einen unversöhnlichen Gegensatz oder Widerstreit. Die beiden einander widerstreitenden Gegebenheiten (z. B. Funktionen oder Personen) werden in Bezug aufeinander Antagonisten genannt. Es ist relativ willkürlich, welchen von íhnen man den Agonisten (und damit den anderen „seinen" Antagonisten) nennt, doch haben sich auf manchen Sachgebieten Sprachgewohnheiten für die Benennung einer konkret bezeichneten Gegebenheit als den Agonisten innerhalb einer antagonistischen Beziehung ausgebildet. Antagonismus ist weit verbreitet und könnte zusammen mit Polarität und Komplementarität als Aspekt(e) der Dualität in allen Bereichen der Realität (Wirklichkeit) gegeben sein. Antagonistische Klassengesellschaft: sich aufgrund der in ihr innewohnenden Widersprüche und Kämpfe- sich selbst auflösend und überflüssig werdend...



Produktionsverhältnisse:
Soziale Beziehungen, die die Menschen in der Produktion und Reproduktion ihres materiellen Lebens untereinander eingehen, weil die Produktion immer auf gesellschaftliche Weise, im Zusammenwirken vieler Menschen vonstatten geht; sie umfassen das (z.B. private oder gesellschaftliche) Eigentum an den Produktionsmitteln sowie den Austausch und die Verteilung der erforderlichen Tätigkeiten bzw. erzeugten Güter (Die Verteilungsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft werden z.B. darin ausgedrückt, dass die Arbeiter Arbeitslohn und die Kapitalisten Profit erhalten).

Produktivkräfte:
Alle Kräfte, die benötigt werden, um materielle Güter zu Befriedigung menschliche Bedürfnisse herzustellen: körperliche und geistige Kräfte des Menschen selbst, Naturkräfte und -stoffe, entweder in unbearbeiteter Form als Rohstoffe, Wasserkraft und ähnliches oder in bereits bearbeiteter Form als Produktionsmittel (also Maschinen, Werkzeuge, Geräte, Technik, die Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse). Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte bilden zusammen die Produktionsweise.

Juristischer und politischer Überbau:
Das ganze System des Staates und seiner Organe: Gesetzgebende und Verwaltungsorgane, Polizei, Justiz und Armee, die politischen Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen, kulturelle Einrichtungen wie Bildungswesen, Presse, Rundfunk und Fernsehen, künstlerische Institutionen, die Kirche und anderes mehr.

Gesellschaftliche Bewusstseinsformen:
Die Ideen, Auffassungen, Überzeugungen, Theorien über das gesellschaftliche Leben, Ideologien, Rechtsnormen, moralische Regeln, künstlerische Darstellungen, die Religion, Weltanschauungen; sie stehen in einer engen Wechselwirkung zum „juristischen und politischen Überbau."

Sozialer Lebensprozess:
Die Gliederung der Menschen in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen, vor allem und in erster Linie natürlich in Klassen, aber auch in Stadt- und Landbevölkerung, in Berufe oder andere Tätigkeitsbereiche, in Familien oder andere auf gemeinsame Abstammung, Verwandtschaft oder Herkunft beruhende soziale Einheiten. Ausgehend von der grundlegenden Bedeutung der Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens für die menschliche Gesellschaft, deckten Marx und Engels in den Produktionsverhältnissen jene gesellschaftlichen Verhältnisse auf, von deren Charakter der Charakter aller übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse letztlich abhängt. Die Produktionsweise ist also von grundlegender Bedeutung für das gesellschaftliche Leben: Sie ist erstens die grundlegende menschliche Lebenstätigkeit; ohne sie würde die Gesellschaft zugrunde gehen, hätten die Menschen keine Mittel, um ihr physisches Leben aufrechtzuerhalten. Diese allgemeine Funktion ist auf den verschiedenen

Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung dieselbe. Zweitens ist sie in dem Sinne von grundlegender Bedeutung, dass von der konkreten Art der Produktion die Art und Weise des gesellschaftlichen Lebens insgesamt abhängt. Die Art und Weise der Produktion unterscheidet sich auf den verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung bedeutend. Marx und Engels haben selbst den Zusammenhang und den Unterschied dieser beiden Gesichtspunkte unterstrichen: „Diese Weise der Produktion ist nicht bloß nach der Seite hin zu betrachten, dass sie die Reproduktion der physischen Existenz der Individuen ist. Sie ist vielmehr schon eine bestimmte Art, ihr Leben zu äußern, eine bestimmte Lebensweise derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren" (Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie").

Diesen letztlich in einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte wurzelnden Gesamtzusammenhang des gesellschaftlichen Lebens bezeichnet der historische Materialismus als ökonomische Gesellschaftsformation. Wir kennen die ökonomischen Gesellschaftsformationen der Urgesellschaft, der Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus, des Kapitalismus und des Kommunismus.

Arbeitsfragen

1. Nenne die drei Grundgesetze der Dialektik und beschreibe sie mit Deinen eigenen Worten.
2. Was waren die Vorraussetzungen für die Entstehung der Philosophie?
3. Worin unterscheidet sich die marxistische Philosophie von den verschiedenen bürgerlichen?
4. Schafft es die marxistische Philosophie tatsächlich alle Einzelwissenschaften zusammenzufassen und miteinander in ein Verhältnis zu setzen? Was bedeuted das für unser Verhältnis zur Philosophie?
5. Diskutiert darüber, warum es trotz der weitreichenden Erkenntnisse in den Wissenschaften heute immernoch Glauben/Religion und Idealismus gibt.
6. Diskutiert das Verhältnis des Bewußtseins zur Materie.

Politische Ökonomie

Reproduktion

Die Politische Ökonomie ist die Wissenschaft, die sich mit der Herstellung der materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaften beschäftigt. Sie dreht sich um die Frage, auf welche Weise die Menschen in den verschiedenen historischen Epochen den Produktionsprozess organisieren und welche Verhältnisse sie untereinander in Bezug auf diesen Prozess eingehen. Im Gegensatz zum Tier wirkt der Mensch vermittels der Arbeit bewusst auf die Natur ein, verändert sie nach seinen Vorstellungen und schafft sich so aktiv die Gegenstände und Lebensbedingungen, die er benötigt. Die Herstellung der lebensnotwendigen Güter ist kein einmaliger Vorgang, der irgendwann abgeschlossen wäre. Der Produktionsprozess muss fortwährend erneut beginnen. Lebensmittel werden verbraucht, Maschinen abgenutzt, Gebäude verfallen. Die Menschen müssen daher beständig die Bedingungen wiederherstellen (reproduzieren), die sie in die Lage versetzen, die Produktion erneut aufzunehmen. Aufgebrauchte Rohstoffe müssen ebenso ersetzt werden wie abgenutzte oder veraltete Werkzeuge und Maschinen. Aber auch die Menschen selbst müssen sich selbst beständig ‚wiederherstellen'. Sie benötigen Nahrung und Erholung zur Wiederherstellung ihrer im Produktionsprozess verausgabten Kräfte. Sie benötigen Ersatz für verschlissene Kleidung oder verfallene Gebäude. Sie benötigen die Auffrischung der Fertigkeiten und Kenntnisse, die sie im Produktionsprozess anwenden. Schließlich benötigen sie Ersatz für sich selbst. Alte und Kranke scheiden aus dem Produktionsprozess aus, für sie müssen immer wieder genügend junge Menschen mit entsprechenden Fähigkeiten und Kenntnissen bereitstehen.

Der Reproduktionsprozess bildet die materielle Basis aller menschlichen Gesellschaften. Deshalb steht er in enger Wechselwirkung mit allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, also etwa der Politik, der Kultur, des Rechtswesens, der Ideologie, den Familienverhältnissen etc. Er ist jedoch nicht in allen Gesellschaften auf die gleiche Weise organisiert, in urgesellschaftlichen Gemeinschaften anders als in antiken Sklavenhaltergesellschaften, im Kapitalismus, Feudalismus oder im Sozialismus. Zum einen unterscheiden sich die Technologien, die Mittel und Gegenstände der Arbeit in den verschiedenen historischen Epochen. Zum anderen - und damit in Wechselwirkung - unterscheiden sich die Verhältnisse, die Menschen in Bezug auf den Produktionsprozess einnehmen, die Klassenverhältnisse. Eine antike Sklavin nimmt eine andere gesellschaftliche Stellung ein als ein Leibeigener oder ein Arbeiter, ein Feudalherr eine andere als ein Kapitalist. Die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Klassen – das Verhältnis von Sklavenhalter und Sklavin ist ein anderes als das von Kapitalistin und Lohnarbeiter – unterscheiden sich ebenso wie die Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Klassen. Die im Familienverbund wirtschaftenden hörigen Bauern des Mittelalters stehen anders zueinander als die Arbeiterinnen eines sozialistischen Industriebetriebes, das Konkurrenzverhältnis unter Kapitalisten unterscheidet sich grundlegend von den Beziehungen unter römischen Patriziern. Auch diese Klassenverhältnisse bilden sich innerhalb der Entwicklung einer Gesellschaft immer wieder neu. Während die Menschen sich selbst und die Mittel und Gegenstände ihrer Arbeit reproduzieren, stellen sie zugleich auch die Verhältnisse wieder her, die diese spezifische Gesellschaft konstituieren. Ein Leibeigener reproduziert mit seiner Arbeit sich selbst, seine Frau und seine Kinder als Leibeigene. Auch ernährt er den Feudalherren und gibt diesem die Mittel, die ihn zum Feudalherren machen. Der Leibeigene reproduziert also mit seiner Arbeit das Feudalsystem. Zusammenfassend können wir festhalten, dass der Begriff des Reproduktionsprozesses bei Marx drei Dimensionen umfasst: Neben die beständige Wiederherstellung der sachlichen Bedingungen (der Produktionsmittel) und der persönlichen Bedingungen (der Produzenten) des Produktionsprozesses tritt drittens die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Bedingungen, d.h. der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Verhältnisse, unter denen sich die Produktion vollzieht.

Ausbeutung

Wie oben dargestellt, beruhen die Klassenverhältnisse auf der ungleichen Stellung der Menschen zum Prozess der materiellen Produktion. Seit dem

Ende der Urgesellschaft ist der Mensch in der Lage, regelmäßig mehr zu produzieren, als er für sein eigenes Überleben benötigt. Die technische Entwicklung erreichte ein Niveau, das es ermöglichte, die notwendige Arbeitszeit, d.h. die für die Versorgung der eigenen Familie erforderliche Zeit, auf einen Teil des Arbeitstages zu beschränken. Mit den in der verbleibenden Zeit hergestellten Dingen, dem so genannten Mehrprodukt, konnten nichtarbeitende Bevölkerungsteile versorgt werden, z.B. Priester, Soldaten, Künstler oder Staatsdiener. Die Fähigkeit, kontinuierlich über den eigenen Bedarf hinaus zu produzieren, ist die wichtigste ökonomische Errungenschaft in der Entwicklung der Menschheit. Es wurde zugleich zur Basis von Ausbeutung und Unterdrückung. Sobald sich bestimmte Teile der Bevölkerung als herrschende Klasse etablieren konnten, beschränkten sie den Konsum der arbeitenden Menschen auf ein mehr oder minder großes Minimum und eigneten sich das Mehrprodukt an. Sie nutzten es zur Bestreitung ihres eigenen, in aller Regel extrem luxuriösen Lebensstandards, ebenso wie zum Aufbau von politischen und ideologischen Unterdrückungsapparaten, die verhinderten, dass die Arbeitenden sich aus den ihnen feindlichen Zwangsstrukturen befreien konnten. Alle Klassengesellschaften beruhen auf der unentgeltlichen Aneignung der Produkte fremder Arbeit. Die Formen dieser Aneignung sind jedoch historisch sehr verschieden. In der Sklaverei scheint es so, als erhielte die Sklavin gar nichts für ihre Arbeit. Doch dieser Schein trügt: Auch sie benötigt Nahrung, Kleidung und Unterkunft. Auch der brutalste Sklavenhalter kann sich vom Arbeitsprodukt seiner Sklaven nur den Teil aneignen, der nach Abzug des Lebensnotwendigsten übrig bleibt. Handelte er anders, er wäre bald kein Sklavenhalter mehr. Im Feudalismus ist das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit relativ offensichtlich. Der Bauer wusste genau, wann er auf eigenem Feld arbeitete und wann er Frondienst auf den Feldern seines Herrn leistete. Er wusste, welchen Teil seiner Ernte seine Familie verbrauchen und welchen er dem Pfaffen als Zehnt abliefern musste. Im Kapitalismus ist die Ausbeutung hingegen versteckt. Arbeiter und Kapitalist treten sich in der Regel als juristisch freie und gleiche Menschen gegenüber. Sie gehen Vertragsverhältnisse miteinander ein und es scheint so, als bekäme der Arbeiter den ganzen Arbeitstag bezahlt. Erst die wissenschaftliche Analyse macht deutlich, dass hinter dem liberalen Handel und Wandel Zwangsverhältnisse stehen, die den Arbeiter mit ebensolcher Gewalt zum Ausbeutungsobjekt degradieren wie die Knute den Sklaven oder Leibeigenen. Sie zeigt auf, dass der Reichtum der Oberschichten heute nicht weniger Produkt der Aneignung fremder Arbeit ist als in der Antike oder im Mittelalter. Die Methoden dieser Aneignung, die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterscheidet sich jedoch grundlegend von der früherer Epochen.

Die Ware

Grundlegendes Merkmal der kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist die dominierende Rolle, die die Warenproduktion in den ökonomischen Prozessen einnimmt. Um den fundamentalen Unterschied zu vorkapitalistischen Gesellschaften zu verstehen, muss man sich klarmachen, dass bei Weitem nicht jedes Produkt menschlicher Arbeit auch zugleich Ware ist. Zur Ware wird ein Produkt nur dann, wenn es gegen andere Dinge ausgetauscht bzw. für den Austausch hergestellt wird. Die Wareneigenschaft liegt nicht in der Natur der gehandelten Gegenstände selbst begründet. Das von einer Köchin im Restaurant zubereitete Essen ist eine Ware, serviert sie es aber zu Hause ihrer Familie, ist es das nicht. Die Kartoffelernte des Großbauern wird auf dem Markt verkauft und ist somit Ware. Die zum Selbstverzehr angebauten Kartoffeln des Hobbygärtners, mögen sie auch genauso dick sein, sind es nicht. Man kann eine Ware zerlegen und unter dem Mikroskop untersuchen, nirgends wird so etwas wie ein spezielles „Warenatom" zu finden sein. Ob ein Produkt zur Ware wird entscheidet nicht seine physische Beschaffenheit, sondern die Beziehung zwischen den Menschen, die es herstellen und/oder aneignen. Es spielt dabei für die Wareneigenschaft dieses Produktes keine Rolle, ob es materieller oder immaterieller Natur ist, ob es sich um Gegenstände oder beispielsweise um Dienstleistungen handelt, entscheidend ist seine Bestimmung zum Austausch mit anderen Produkten. Ebenso wenig, wie alle Produkte Waren sind, sind alle Gesell-

schaften warenproduzierende Gesellschaften. In den Urgesellschaften sind die Produkte der Arbeit Gemeineigentum des Stammes. Auch die antike Sklavin tauschte ihre Produkte nicht aus. Sie waren, ebenso wie sie selbst, von vornherein Eigentum ihres Herrn. Der leibeigene Bauer war in erster Linie Selbstversorger. Zwar musste er einen bedeutenden Teil seiner Erträge an Adel und Kirche abliefern, jedoch erhielt er dafür keine Gegenleistung. Lediglich gewisse Überschüsse konnten zum Markt gebracht werden und erhielten somit Warencharakter. Während die Warenproduktion in den vorkapitalistischen Gesellschaften in der Regel auf Randbereiche beschränkt blieb, wurde sie im Kapitalismus dominierend und bestimmt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Nahrung, Kleidung, Grund und Boden, Kulturgüter, Bildung und Sexualität, es gibt nichts, was nicht ge- und verkauft würde. Für das Verständnis der Ökonomie unserer Epoche ist es daher unabdingbar, sich näher mit dem Begriff der Ware zu beschäftigen.

Der Wert der Waren

Waren können, wie andere Produkte auch, bestimmte menschliche Bedürfnisse befriedigen. Brot stillt Hunger, Kleidung wärmt, Autos dienen der Fortbewegung etc. Diese Eigenschaften der Waren nennen wir ihren Gebrauchswert. Waren haben aber noch eine andere Seite: Sie ermöglichen es ihrem Besitzer, sie gegen andere Waren auszutauschen. Als Besitzer einer Ware, sagen wir eines Tisches, kann ich andere Waren erwerben. Ich kann meinen Tisch beispielsweise gegen zwei Paar Schuhe, gegen vier Kästen Bier oder gegen drei Bände des ‚Kapital' eintauschen. Diese Eigenschaft einer Ware ist ihr Tauschwert. Die zwei Paar Schuhe, die vier Bierkästen oder die drei Bücher wären in unserem Beispiel die Tauschwerte des Tisches. Da jede Ware beide Seiten, Gebrauchswert und Tauschwert aufweist, sprechen wir vom so genannten ‚Doppelcharakter der Waren'. Nun sind die Tauschwerte der Waren quantitativ sehr unterschiedlich, ein Auto oder ein Goldbarren hat einen sehr viel höheren Tauschwert als ein Tisch oder ein Brot. Die Höhe des Tauschwertes einer Ware hat nichts mit ihrem Gebrauchswert zu tun. Zwar kann ich für ein Auto sehr viel mehr Dinge eintauschen als für ein Brot, es ist jedoch sinnlos zu sagen, das Brot sei weniger nützlich. Die Größe des Tauschwertes ist vom Gebrauchswert der Ware unabhängig. Dies wirft die Frage auf, was die Größe der Tauschwerte bestimmt, was hinter den verschiedenen Austauschrelationen steht. Die Antwort auf diese Frage liefert das Wertgesetz. Es besagt, dass der Wert einer Ware durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige menschliche Arbeitszeit bestimmt ist. Alle Waren sind Produkte menschlicher Arbeit; im Austausch setzen die Warenbesitzer qualitativ unterschiedliche Produkte menschlicher Arbeit einander gleich: „Mein Tisch ist soviel wert wie deine vier Kästen Bier". Das Verhältnis, in dem Arbeitsprodukte miteinander in Beziehung gesetzt werden, wird dabei in letzter Instanz durch die Menge der in ihnen vergegenständlichten notwendigen Arbeitszeit bestimmt. Damit ist die Arbeitszeit gemeint, die durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte, denen eine zum gegebenen Zeitpunkt durchschnittliche Technologie zur Verfügung steht, für die Produktion dieser Ware aufwenden müssen. Ein Tisch, in dem 12 Stunden gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verwirklicht sind, hätte demnach den vierfachen Wert eines Bierkastens, für dessen Herstellung nur 3 Stunden erforderlich sind. Es ist wichtig zu betonen, dass nicht die tatsächlich aufgewendete Arbeitszeit wertbildend wirkt, sondern die unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen üblicherweise erforderliche. Wenn ein besonders fauler oder ungeschickter Arbeiter 20 Stunden für die Herstellung eines Tisches benötigt, den ein durchschnittlicher Kollege in 12 Stunden produzieren kann, wird dieses Produkt dadurch natürlich nicht wertvoller. Umgekehrt: gelingt es einer Arbeiterin, ihre Ware in kürzerer als der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit herzustellen, dann hat sie in kürzerer Zeit dieselbe Wertmenge geschaffen. Aus dem Gesagten ergibt sich, dass der Wert einer bestimmten Ware nicht ein für allemal Gegebenes ist. Er verändert sich durch den technologischen Fortschritt, aber auch durch Faktoren wie die Verfügbarkeit von Rohstoffen, politische Rahmenbedingungen etc. Je weiter die technische Entwicklung voranschreitet, desto mehr Produkte kann ein durchschnittlicher Arbeiter in einer gegebenen Zeiteinheit – zum Beispiel einer Woche – herstellen. Der Wert der einzelnen Ware aber sinkt. Die notwendige Arbeitszeit beinhaltet nicht nur die Zeit innerhalb der unmittelbar am Endprodukt gearbeitet wird, sondern auch alle erforderlichen Vorarbeiten wie die Förderung der Rohstoffe, die Herstellung der Vorprodukte, notwendige Transporte etc. Auch der Wert der Maschinen und Werkzeuge geht anteilsmäßig auf das Endprodukt über. Eine Maschine, deren Herstellung 100 Arbeitsstunden erfordert und mit der im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 1000 Produkte gefertigt werden können, überträgt auf jedes Stück ein tausendstel ihres Wertes, also 6 Minuten. Maschinen, Baulichkeiten, Rohstoffe etc. werden vom Kapitalisten vorgeschossen. Marx

spricht hier vom konstanten Kapital, weil diese Dinge ihren Wert lediglich auf das Endprodukt übertragen, aber keine neuen Werte schaffen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Wert einer Ware aus der Summe der ‚lebendigen', das heißt der von den Arbeitern in ihrem unmittelbaren Produktionsprozess verausgabten Arbeit und der ‚toten', d.h. der für die Herstellung der Rohstoffe, Maschinen, Gebäude etc. benötigten Arbeit ergibt. Als Formel geschrieben:

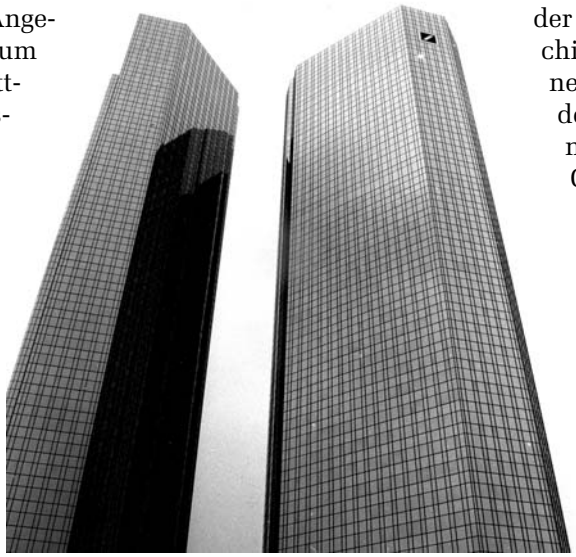
Wert = l + c

(wobei l für die lebendige Arbeit und c für die tote Arbeit, das so genannte konstante Kapital steht)

Selbstverständlich wird der Wert nicht so bestimmt, dass jemand mit der Stoppuhr neben den Arbeitern stünde und aus den Messergebnissen die Austauschverhältnisse kalkulierte. In der entwickelten Warenproduktion – dem Kapitalismus - setzt sich das Wertgesetz vielmehr hinter dem Rücken der handelnden Menschen durch, selbst dann, wenn diese nichts davon wissen. Die Produzenten versuchen ihre Ware zu bestmöglichen Konditionen zu veräußern, die Abnehmer suchen den günstigsten Anbieter. Vielleicht schaffen es die Anbieter einer Branche, ihre Waren über Wert loszuschlagen und sich damit anderen gegenüber Vorteile zu verschaffen. Die Aussicht auf solche Vorteile wird aber über kurz oder lang Konkurrenten auf den Plan rufen, die ebenfalls in dieser Branche tätig werden. In der Folge drückt ein zusätzliches Angebot die Austauschverhältnisse wieder auf das Normalmaß. Andersherum: In einer Branche, die nicht in der Lage ist, den Wert ihrer Produkte zu realisieren, werden so lange Anbieter abwandern oder in Konkurs gehen, bis das Angebot hinreichend verknappt ist, um wieder mindestens durchschnittliche Verhältnisse zu gewährleisten. Innerhalb dieses beständig wirkenden Prozesses bildet der Wert das Gravitationszentrum, um das die Austauschverhältnisse schwanken.

Das Geld

Im Zuge der historischen Entwicklung der Warenproduktion haben sich immer wieder bestimmte Waren herausgebildet, die eine Sonderstellung gegenüber den anderen Waren einnahmen. In ihnen und mit ihnen wurde der Wert aller anderen Waren gemessen, gegen sie konnten alle anderen Waren jederzeit ausgetauscht werden. Eine solche besondere Ware nennen wir Geldware, das Austauschverhältnis einer Ware mit der Geldware ist ihr Preis. Viele Waren haben in den verschiedensten Gesellschaften die Funktion der Geldware übernommen, beispielsweise Vieh, Bernstein, Muscheln, geflochtene Bänder etc. Schon früh haben sich jedoch die Edelmetalle als Geldwaren durchgesetzt. Durch ihre natürlichen Eigenschaften (einheitliche Qualität, Haltbarkeit, Prägbarkeit etc.) waren sie für diese Funktion prädestiniert. Insbesondere das Gold wurde zur Geldware und somit zum Symbol des Reichtums schlechthin. Der Wert der Geldware ist genauso bestimmt, wie der Wert aller anderen Waren - also durch die Arbeitszeit, die zur Produktion einer bestimmten Menge dieser Ware benötigt wird. Im Falle des Goldes schließt dies die Zeit ein die Goldminen zu finden, sie auszubeuten, das Gold zu Barren einheitlicher Qualität zu gießen, gegebenenfalls zu münzen und sicher an seinen Bestimmungsort zu transportieren. Maßstab der Preise wurden die entsprechenden Mengen der Geldware. Statt zu sagen, mein Tisch ist soviel Wert wie vier Bierkästen oder zwei Paar Schuhe oder drei Bände ‚Kapital' kann ich nun angeben, er hätte den Wert einer sechstel Feinunze Gold, der Bierkasten den einer vierundzwanzigstel Feinunze. In genau definierten Metallmengen zur Münze gepresst wurden Edelmetalle als Zahlungsmittel leicht handhabbar. Viele Währungen, etwa die Mark oder das Pfund, verdanken ihre Namen daher ursprünglich Gewichts- einheiten oder gehen historisch auf als Geldware verwendete Edelmetalle zurück, so beispielsweise der Taler (Dollar) auf das Joachimstaler Silber. Geldscheine und Münzen aus minderwertigen Metallen sind nach dieser Sichtweise kein Geld, sondern Geldzeichen. Wenn ich im Besitz eines Papierscheines bin, den jeder jederzeit gegen eine bestimmte Menge der Geldware (Gold) eintauschen kann, dann benötige ich die Geldware zum Warenkauf nicht. Der Verkäufer wird den Geldschein an Stelle des Goldes



akzeptieren, denn er kann ihn auf Wunsch jederzeit in Gold verwandeln. Der Umlauf von Geldscheinen kann sich daher gegenüber der Geldware weitgehend verselbständigen und sogar den Anschein völliger Eigenständigkeit erhalten. Sobald sie aber ihre Funktion als Geldzeichen verlieren – d.h. sobald sie sich nicht mehr jederzeit gegen die Geldware austauschen lassen, werden sie wertloser als das Papier, auf dem sie gedruckt wurden.

Die Zirkulation (der Kreislauf) von Ware und Geld

Mit dem Auftreten der Geldware erhält der Warenaustausch eine neue Form. Der direkte Tausch Ware gegen Ware fällt auseinander in zwei getrennte Tauschakte Ware-Geld und Geld-Ware. Zusammengefasst:

Ware – Geld – Ware (W – G – W)

Eine Handwerkerin bringt ihre Ware, sagen wir ein Kleid, auf den Markt und tauscht sie gegen Geld aus (W-G). Dieses Geld verwendet sie, um die für sie notwendigen Anschaffungen zu tätigen, also beispielsweise um Lebensmittel oder den Stoff für die Herstellung neuer Kleider zu kaufen (G-W). Der Anfangs- und Endpunkt der betrachteten Bewegung sind Waren gleichen Wertes, aber unterschiedlichen Gebrauchswertes. Die Warenbesitzerin veräußert ihre Ware, die für sie bloßen Tauschwert darstellt, um eine andere Ware zu erhalten, deren Gebrauchswert sie benötigt. Sie verkauft, um zu kaufen. Eine Arbeiterin vollzieht eine ähnliche Bewegung, nur mit dem Unterschied, dass sie kein Produkt besitzt, das sie auf dem Markt veräußern könnte. Die einzige Ware, die sie anbieten kann, ist sie selbst – genauer gesprochen: ihre eigene Arbeitskraft. Den Wert ihrer Arbeitskraft erhält sie in Geldform erstattet (W-G) und kann dafür die von ihr und ihrer Familie benötigten Waren (G-W) erwerben.

Ware Arbeitskraft

In der entwickelten Warenproduktion (dem Kapitalismus) erscheinen nicht nur alle lebensnotwendigen Güter als Waren. Die Arbeitskraft, d.h. die Fähigkeit des Arbeiters zu arbeiten, wird selbst zu einer Ware, die auf dem Arbeitsmarkt gehandelt wird. Da der Lohnarbeiter über keine Produktionsmittel verfügt, keine Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe oder Fabrikhallen besitzt, ist er gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Nicht auf einmal – sonst wäre er Sklave – sondern tage-, wochen- oder monatsweise. Der Wert der Ware Arbeitskraft bemisst sich genauso wie der Wert jeder anderen Ware auch. Er ist bestimmt durch die für die (Re-) Produktion dieser Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Gemeint ist hier die Arbeitszeit, die notwendig ist, um die Dinge zu produzieren, die der Arbeiter zum Leben braucht. Damit der Arbeiter seine Arbeitskraft dem Kapitalisten täglich aufs Neue zur Verfügung stellen kann, benötigt er Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf. Er braucht zu weilen Medikamente und medizinische Hilfe. Für qualifizierte Arbeiten ist ein Minimum an Bildung und Ausbildung erforderlich. Er muss, da er selbst eines Tages aus dem Produktionsprozess ausscheiden wird, für seine Kinder, d.h. seine Nachfolger sorgen. Angenommen, die Waren, die ein Arbeiter täglich für sich und seine Familie benötigt, ließen sich in durchschnittlich drei Stunden herstellen, dann würden diese drei Stunden den Tageswert seiner Arbeitskraft bilden. Es ist wichtig zu betonen, dass sich der Wert der Arbeitskraft nicht allein durch das physische Existenzminimum des Arbeiters bestimmt, sondern durch das Produktquantum, das in einer bestimmten historischen Situation für den Arbeiter gesellschaftlich als notwendig anerkannt wird. Diese Größe ist historisch durchaus variabel. Durch Streiks oder politische Kämpfe können Arbeiterinnen und Arbeiter die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Bedürfnisse durchsetzen. Es bestehen jedoch gewisse Mindest- und Höchstgrenzen für den Wert der Ware Arbeitskraft. Zwar versuchen die Kapitalisten immer wieder, die Arbeitslöhne auf ein Elendsniveau zu drücken, auch wird zugelassen, dass einzelne Arbeiter oder sogar ganze ‚überflüssige' Bevölkerungsteile von den notwendigsten Lebensgrundlagen abgeschnitten werden. In längerer Sicht muss die Reproduktion der Arbeiterklasse als Ganzes jedoch gewährleistet bleiben, denn ohne Arbeiter gäbe es keine kapitalistische Produktion. Auf der anderen Seite können die Löhne innerhalb des Kapitalismus niemals so hoch steigen, dass sie die Profite der Kapitalisten dauerhaft ernstlich gefährden. Einer solchen Entwicklung stünden zum einen die ‚Sachzwänge' des Marktes, zum anderen ein energisches Eingreifen des bürgerlichen Staates entgegen.

Das Kapital

Neben der oben beschriebenen Bewegung W – G – W existiert eine zweite Zirkulationsform, der Tausch von Geld gegen Ware (G – W) und von Ware gegen Geld (W – G):

Geld - Ware - Geld (G – W – G)

Im Gegensatz zu ersten scheint diese zweite Kreislaufform zunächst sinnlos zu sein. Der Anfangs- und Endpunkt der Bewegung sind qualitativ identisch, Geld wird gegen Geld getauscht. Einen Sinn bekommt das Ganze erst, wenn die Geldsummen am Anfang und am Ende unterschiedlich sind, aus Geld also mehr Geld wird:

G – W – G'

(wobei der kleine Strich am G eine zusätzliche Geldmenge bezeichnet)

Womit wir es hier zu tun haben, ist der Kreislauf des Kapitals. Unter Kapital verstehen wir eine Wertmenge (in Geld- oder Warenform), die vorgeschossen wird, um eine größere Wertmenge zurückzuerhalten. Kapital ist also, wie Marx etwas altmodisch formuliert, Wert heckender Wert. Dieser Begriff von Kapital unterscheidet sich von der umgangssprachlichen Verwendung des Wortes. Wer beispielsweise seinen Sparstrumpf als ‚sein Kapital' bezeichnet, drückt sich ökonomisch gesehen nicht korrekt aus. Nicht jede Geldsumme ist Kapital, und auch Maschinen, Werkzeuge oder Rohstoffe erhalten nur unter bestimmten Umständen die Kapitaleigenschaft. Zu Kapital werden Geld und Waren nur dann, wenn sie sich verwerten, d.h. wenn sie dazu dienen, ihrem Besitzer größere Wertmengen zu verschaffen, als er ursprünglich vorgeschossen hat.

Kapital & Mehrwert

Damit stehen wir jedoch vor einem theoretischen Dilemma: Wir müssen die Frage beantworten, wieso der Kapitalist Geld gegen mehr Geld tauschen kann. Mit dem Wertgesetz scheint das Kapital unvereinbar zu sein. Kaufe ich eine Ware zu ihrem Wert (G-W) und verkaufe sie anschließend wieder zu ihrem Wert (W-G), dann halte ich nach Abschluss dieser Operation dieselbe Geldsumme in der Hand wie am Anfang. Ich hätte mir die Mühe sparen können. Die ebenso nahe liegende wie irreführende Lösung besteht in der Behauptung, der Profit der Kapitalisten stamme aus einem Verstoß gegen das Wertgesetz. Entweder würde er unter Wert einkaufen oder über Wert verkaufen. Er würde also seine Kundinnen und/oder seine Lieferanten – zu denen gewissermaßen auch seine Arbeiter zählen – über den Tisch ziehen. Bei genauerem Nachdenken erweist sich diese Erklärung jedoch als wenig stichhaltig. Sicherlich kann sich ein einzelner Kapitalist durch Betrug Vorteile verschaffen. Gelingt es ihm, seine Waren zu teuer zu verkaufen, macht er einen Extraprofit. Wir müssen aber nicht nur den zufälligen Profit eines windigen Geschäftemachers erklären, sondern die Herkunft der Profite aller Kapitalisten. Gesamtgesellschaftlich handelt es sich bei solchem Betrug um ein Nullsummenspiel: der eine gewinnt, was ein anderer verliert. Gelänge es allen Gesellschaftsmitgliedern, immer ‚zu teuer' zu verkaufen, dann gewönne niemand mehr, denn das, was sie beim Verkauf zusätzlich in die Tasche steckten, verlören sie, sobald sie erneut kauften. Wir benötigen also eine Erklärung für die Herkunft des Profits, die sich nicht bloß auf Kategorien wie Betrug oder Übervorteilung stützt. Eine, die im Einklang mit dem Wertgesetz steht. Die Kapitalisten machen auch und gerade dann Profit, wenn unterstellt wird, dass alle Waren zu ihren Werten ausgetauscht werden. Dies gelingt ihnen, weil sie auf dem Markt eine Ware vorfinden, die in der Lage ist, mehr Wert zu schaffen, als sie selbst wert ist. Diese Ware ist die menschliche Arbeitskraft. Der Wert der Arbeitskraft ist, wie oben dargelegt, bestimmt durch die zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeitszeit. Also durch den Wert der Waren, die ein Arbeiter benötigt, um sich und seine Familie am Leben zu erhalten. Nehmen wir an, ein durchschnittlicher Arbeiter benötige drei Stunden, um den Wert zu schaffen, der dem Wert der von ihm täglich verbrauchten Güter entspricht. Unser Arbeiter arbeitet aber nicht drei, sondern acht Stunden täglich. In den ersten drei Stunden reproduziert er den Wert, den er in Form von Lohn erhält. Aber auch in den verbleibenden fünf Stunden schafft er Wert, der in seinen Produkten vergegenständlicht ist. Die Differenz zwischen dem in drei Stunden produzierten Wert, den unser Arbeiter als Lohn erhält, und dem von ihm in acht Stunden produzierten Wert, nennt Marx den Mehrwert. Da die Arbeitsprodukte dem Kapitalisten gehören, gehört diesem auch der Mehrwert.

Das ganze lässt sich formelmäßig ausdrücken:

$l = v + m$

Dabei steht l, wie oben dargelegt, für die gesamte vom Arbeiter an einem Tag geleistete lebendige Arbeit. v, das variable Kapital, ist der Gegenwert des Lohns, den der Arbeiter vom Kapitalisten ausgezahlt

bekommt – in unserem Beispiel 3 Stunden. Die Differenz zwischen l (8h) und v (3h) ist der Mehrwert m (5h), der unentgeltlich an den Kapitalisten fällt.

|----- v (3 h) -----||---------- m (5 h) ----------|

|---------- Gesamtarbeit l (8h)----------|

Das Verhältnis der bezahlten zur unbezahlten Arbeit nennen wir Ausbeutungs- oder Mehrwertrate (m').

Als Formel geschrieben ergibt sich:

m' = m/v

In unserem Beispiel wäre die Mehrwertrate = 5h / 3h = 1,66 oder 166%. Einfacher formuliert: Für jeden Euro, den der Kapitalist seinen Arbeitern zahlt, steckt er sich 1,66 EUR in die Tasche. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Arbeiter dabei nicht über den Tisch gezogen werden. Sie erhalten den vollen Gegenwert für ihre Ware, die Arbeitskraft. Dass der Gebrauch dieser Ware (die Arbeit) dem Kapitalisten mehr einbringt, als sie ihn kostet, ergibt sich nicht aus einer individuellen Betrügerei, sondern aus den Gesetzen der Warenproduktion.

Wir können unsere obige Kreislaufformel nun genauer formulieren:

$$G - W < \begin{matrix} \text{Arbeitskraft} \\ \text{Produktionsmittel} \end{matrix} \ldots P \ldots W' - G'$$

Dabei steht G für das Geld, das unser Kapitalist vorschießt und mit dem er die für den Produktionsprozess benötigten Waren erwirbt. Für einen Teil dieses Geldes (das so genannte konstante Kapital c) kauft er seine Produktionsmittel, also Maschinen, Rohstoffe usw. Den anderen Teil (das variable Kapital v) investiert er in den Ankauf menschlicher Arbeitskraft. Beides zusammen sind die notwendigen Bestandteile des Produktionsprozesses P. Innerhalb dieses Produktionsprozesses wird einerseits der Wert des konstanten Kapitals auf das Produkt übertragen, andererseits durch die geleistete Arbeit neuer Wert geschaffen und im Produkt vergegenständlicht. Das Resultat ist eine Warenmenge W', die unser Kapitalist nun verkaufen kann. Die Waren W' sind wertvoller als die Waren W, denn sie enthalten neben dem Wert des vernutzten konstanten Kapitals c den gesamten, durch die Arbeit neu geschaffenen Wert l, also sowohl den Wert des variablen Kapitals v als auch den Mehrwert m (W' = c + l = c + v + m). Weil in W' mehr Wert (Mehrwert) enthalten ist als in W, können diese Waren auch für mehr Geld verkauft werden, G' ist daher größer als G. An keiner Stelle dieses Kreislaufes ist gegen das Wertgesetz verstoßen worden, alle Waren wurden zu ihren Werten getauscht. Dennoch ist der Kapitalist am Ende reicher denn je. Der Arbeiter hingegen verbraucht seinen Anteil am von ihm geschaffenen Neuwert für die Wiederherstellung seiner während der Produktion verausgabten Arbeitskraft. Will er danach weiterleben, ist er gezwungen, seine Arbeitskraft erneut zu verkaufen. Unser Arbeiter hat also durch seine Arbeit auf dreifache Weise zur Reproduktion der Gesellschaft beigetragen: Er hat erstens seine Arbeitskraft, d.h. sich selbst und seine Familie reproduziert. Er hat zweitens das Kapital des Kapitalisten reproduziert. Und er hat damit drittens die gesellschaftlichen Verhältnisse reproduziert, die ihn zum Arbeiter und den Kapitalisten zum Kapitalisten machen.

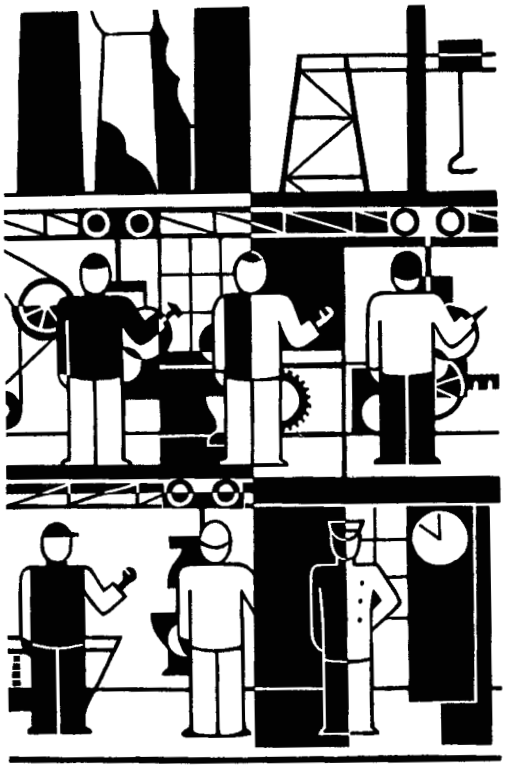
Akkumulation

Was geschieht nun mit dem Mehrwert? Prinzipiell kann der Kapitalist auf zwei Arten damit verfahren. Einen Teil des Mehrwertes muss er für seine individuellen Konsumbedürfnisse verwenden, also das standesgemäße Leben seiner Familie finanzieren, Luxusgüter und Statussymbole aufhäufen, oder auch als Mäzen und Wohltäter auftreten. Den anderen Teil seines Mehrwertes kann er seinem ursprünglichen Kapital hinzufügen. Die Kapitalisierung von Mehrwert oder die Verwendung von Mehrwert als Kapital nennt man Akkumulation. Wie groß die jeweiligen Anteile sind, steht dem Kapitalisten juristisch frei, ökonomisch jedoch nicht. Würde er seinen gesamten oder auch nur einen zu großen Teil seines Mehrwertes individuell verzehren, geriete er früher oder später gegenüber seinen akkumulierenden Klassengenossen ins Hintertreffen, sein Kapital ginge im Konkurrenzkampf unter. Der Heißhunger nach Mehrwert ist daher keine individuelle Marotte der Kapitalisten, keine schlechte Charaktereigenschaft und geht auch nicht zwangsläufig mit persönlicher Gier einher. Es ist vielmehr eine notwendige Funktion, die der Kapitalist als Repräsentant eines gesellschaftlichen Verhältnisses ausüben muss. Appelle an das soziale Gewissen der Kapitalisten sind daher ebenso naiv wie pathetische Anklagen gegen deren Gewinnsucht. Erst recht unhaltbar sind Versuche, die Ausbeutung nur einer bestimmten Gruppe von Kapitalisten anzulasten, wie es etwa Nazi-Propa-

gandisten gegenüber dem ‚jüdischen Kapital' versuchen. Nicht sein Charakter, seine Religion, seine Staatsbürgerschaft oder seine ‚Rasse' machen den Kapitalisten zum Ausbeuter, sondern seine Stellung in einer auf spezifische Weise organisierten Gesellschaft. Der Akkumulationsprozess führte in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu tief greifenden Veränderungen. Einzelne Kapitale wuchsen zu gewaltiger Größe an. Kleinere Kapitale wurden einverleibt oder vernichtet, selbstständige Handwerker und Kleinkapitalisten verloren ihre Existenz. Zugleich organisierten die großen Konzerne riesige Menschenmassen unter ihrer Herrschaft. Arbeiteten in einem zünftigen Handwerksbetrieb eine handvoll Menschen zusammen, in den frühkapitalistischen Manufakturen in der Regel einige Dutzend, so beschäftigen moderne Großkonzerne zehntausende oder gar hunderttausende von Arbeiterinnen und Arbeitern. Zugleich steht die Akkumulation in enger Wechselwirkung mit dem technischen Fortschritt. Der Einsatz der modernen industriellen Produktionsverfahren erfordert riesige und stets wachsende Kapitalmassen. In vielen Wirtschaftszweigen sind die für eine rentable Produktion nötigen Investitionen so gigantisch, dass sie selbst von den reichsten Kapitalisten nicht mehr aufgebracht werden können. Banken und Aktiengesellschaften sorgen hier für die Zusammenfassung unzähliger Einzelkapitale.

Kleine und große Krisen

Der Akkumulationsprozess des Kapitals vollzieht sich nicht reibungslos. Weltweite Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit gehören ebenso zum Kapitalismus wie Warentausch und Profit. Auf Zeiten rasanten Wirtschaftswachstums folgen mit Notwendigkeit ökonomische Talfahrten. In regelmäßigen Abständen von 7 bis 10 Jahren gerät der kapitalistische Reproduktionsprozess ins Stocken. Unternehmen finden für ihre Produkte keinen Absatz mehr, Maschinen stehen still, Arbeiter werden entlassen. Die kaufkräftige Nachfrage bricht ein. Jeder Betrieb, der in Konkurs geht, bringt andere in Gefahr. Zulieferer verlieren ihre KundInnen, SchuldnerInnen können nicht mehr zahlen, Gläubiger bleiben auf ihren Außenständen sitzen und geraten selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Löhne und Preise geraten ins Rutschen. Es entwickelt sich eine sich selbstverstärkende Abwärtsspirale, die das gesamte Wirtschaftssystem erschüttert und Millionen von Menschen um ihre Existenz bringt. Nicht dass die gesellschaftliche Reproduktion ab und an ins Stocken gerät, ist dabei das Besondere. Zeiten von Not und Hunger hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. In früheren Epochen waren sie jedoch in aller Regel die Folge von außerökonomischen Einflüssen - Missernten, Seuchen oder Naturkatastrophen nahmen der Bevölkerung die Lebensgrundlagen und führten zu Massenelend. Heutzutage verfügt die Menschheit allerdings längst über die technischen Mittel, um zu verhindern, dass äußere Einflüsse die Reproduktion nachhaltig stören – schlechte Ernten oder harte Winter bedeuten zumindest in den Industriestaaten längst keine Katastrophen mehr. Im Kapitalismus bringt nicht die Natur, sondern die ökonomische Struktur der Gesellschaft das Elend hervor. Wirtschaftskrisen brechen nicht aus, weil zu



wenig, sondern weil ‚zu viel' produziert wird. Menschen geraten in Not, weil die Lager überquellen, Arbeitslose sitzen auf der Straße, weil modernste Maschinen stillstehen. Dennoch stellt der normale Konjunkturzyklus für die Stabilität des Kapitalismus keine Bedrohung dar. Zwar stürzt er regelmäßig Millionen von Menschen ins Elend, für das kapitalistische System bedeutet er jedoch eine notwendige Regenerationsphase. Die Märkte werden bereinigt, insbesondere kleine Betriebe verschwinden von der Bildfläche. Mit jedem Unternehmen, das in der Krise pleite macht, verschwindet für die übrig gebliebenen ein Konkurrent. Die Arbeitslosigkeit schwächt die Gewerkschaften, drückt auf die

Löhne und schafft damit günstige Voraussetzungen für noch erfolgreichere Ausbeutung. Das gesunkene Lohn- und Preisniveau bedeutet eine gute Ausgangsbasis für neue, profitable Investitionen und damit für eine neue Akkumulationsdynamik. Der Übergang von Krisen und Stagnationsphasen zu einem neuen Aufschwung ist jedoch kein Automatismus, der sich mit naturgesetzlicher Sicherheit einstellt. Die Entwicklung des Kapitalismus führt an Grenzen, an denen die ‚Selbstheilungskräfte des Marktes' versagen. Sowohl in der Gründerzeitkrise nach 1873 als auch in der Weltwirtschaftskrise nach dem ‚Black Thursday' am 24. Oktober 1929 war dieser Punkt erreicht. Solche so genannten ‚großen Krisen' bringen keine selbsttragende Aufschwungdynamik mehr hervor. Die Abwärtsspirale geht ins Bodenlose und bedroht alle gesellschaftlichen Bereiche. Ihre Überwindung erfordert tief greifende Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen. Damit bilden die großen Krisen nicht nur ökonomische, sondern zugleich auch politische Wendepunkte der Entwicklung. In ihnen wird deutlich, dass der Kapitalismus von inneren Widersprüchen zerrissen ist, dass es ein liberales ‚weiter so' nicht mehr geben kann. Die wirtschaftlichen, aber auch die politischen und ideologischen Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft geraten ins Wanken. Wie der Ausweg aus einer solchen Krise aussieht, ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Frage, eine Frage von Klassenkämpfen. In Deutschland führten sowohl die Gründerzeitkrise als auch die Weltwirtschaftskrise zu einem Aufschwung der revolutionären Kräfte. Doch blieben diese Bewegungen letztlich erfolglos – den herrschenden Eliten gelang es, ihre ‚Lösungen' der gesellschaftlichen Probleme durchzusetzen: Imperialismus, Faschismus und Krieg.

Abkürzungsverzeichnis

Ak: Arbeitskraft (Die Fähigkeit des Arbeiters zu arbeiten, nicht zu verwechseln mit der Arbeit selbst.)
c: konstantes Kapital (Kapital in Form von Produktionsmitteln)
G: Geld (genauer: Wert in Geldform)
G': „mehr Geld als vorher"
l: lebendige Arbeit (Arbeit, die von den Arbeitern während des laufenden Produktionsprozesses geleistet wird. Im Gegensatz zu ‚toten Arbeit', die sich in vorangegangenen Produktionsprozessen in Produktionsmitten vergegenständlicht hat.)
m: Mehrwert (Differenz zwischen dem von den Arbeitern geschaffenen und dem ihnen in Form ihres Lohns ausgezahlten Wert)
m': Mehrwertrate (quantitatives Verhältnis von Mehrwert und variablem Kapital)
Pm: Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe, Vorprodukte etc.)
v: variables Kapital (Kapital in Form von menschlicher Arbeitskraft bzw. Wert der vom Kapitalisten gekauften Arbeitskraft)
W: Ware (genauer: Wert in Warenform)
W': „Ware von mehr Wert als vorher"

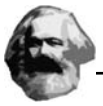
Wissenschaftlicher Sozialismus

Was verstehen wir unter wissenschaftlichem Sozialismus?

Als wissenschaftlichen Sozialismus (oder auch wissenschaftlichen Kommunismus) verstehen wir neben der marxistischen Philosophie und der politischen Ökonomie einen der drei Bestandteile der marxistischen Weltanschauung. Häufig wird dieser Begriff aber auch im weiteren Sinne für die gesamte marxistische Lehre benutzt. Als Bestandteil des Marxismus-Leninismus hat der wissenschaftliche Sozialismus sowohl grundlegende Gemeinsamkeiten mit den anderen beiden Bestandteilen, als auch spezifische Aufgaben. Er ist eine eigenständige Wissenschaftsdisziplin und besitzt einen eigenen Gegenstand. Der wissenschaftliche Sozialismus „...untersucht die Gesetzmäßigkeit der Vorbereitung, Herausbildung und Entwicklung der kommunistischen Gesellschaftsformation und damit der Verwirklichung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse...(Er ist)...die Wissenschaft vom Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution, vom Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als eines einheitlichen sozialen Organismus, vom revolutionären Weltprozess und von der wissenschaftlichen Führung dieser Entwicklung durch die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei...“ (Kleines Politisches Wörterbuch). Auf verschiedene Aspekte dieses weiten Spektrums wird im weiteren Verlauf der Grundlagenschule noch näher eingegangen. So gibt es zur revolutionären Strategie und Taktik einen eigenen Abschnitt; auf die sozialistische und kommunistische Gesellschaftsordnung wird im Kapitel „Staat und Revolution“ näher eingegangen. Daher wollen wir uns zunächst auf die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus, auf die Thematik von Klassen und Klassenkampf sowie auf die Grundzüge der sozialistischen Gesellschaft beschränken.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

Bereits Jahrhunderte vor der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus wirkten Strömungen des sozialen und politischen Denkens, soziale Utopien und gesellschaftliche Bewegungen, die das Streben der Werktätigen nach Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung widerspiegelten, Missstände der Ausbeuterordnung kritisierten und Vorstellungen von einer neuen, gerechteren Gesellschaftsordnung entwickelten. Zu ihnen gehörten vor allem jene, die als sozialistische Utopien, als utopischer Sozialismus, in die Geschichte eingegangen sind und historische Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus bilden. Dieser vormarxsche Sozialismus begann sich in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Europa herauszubilden. Seine wichtigsten Vertreter waren C.-H. de Saint-Simon, C. Fourier und R. Owen. Der vormarxsche Sozialismus konnte jedoch in seiner Gesamtheit für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen kein realisierbares politisches Kampfprogramm begründen. Die Hauptursachen dafür lagen im damaligen niedrigen Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Widersprüche, in der Unreife der Arbeiterklasse und ihres Kampfes und auch in der damals vorherrschenden idealistischen Auffassung über die Gesellschaft. „...Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden...“ (Lenin). Erst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren die Voraussetzungen für die Entwicklung des Sozialismus von einer Utopie zur Wissenschaft herangereift. Auf ökonomischem Gebiet hatte sich in einigen Ländern im Gefolge der industriellen Revolution die kapitalistische Produktionsweise herausgebildet und es wurde der Übergang vom Manufaktur- zum Industriekapitalismus vollzogen. Die grundlegenden Klassengegensätze und ihre Unversöhnlichkeit traten immer deutlicher zutage. Auf wissenschaftlich-theoretischem Gebiet war das fortschrittliche Denken zu wesentlichen neuen Erkenntnissen und Fragestellungen gelangt. Der welthistorische Verdienst von Marx und Engels besteht darin, dass sie „... dank der völligen Beherrschung alles dessen, was die frühere Wissenschaft



zu bieten hatte...“ (Lenin) einen umfassenden wissenschaftlichen Nachweis der Notwendigkeit zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus gaben. Die neue Gesellschaftsordnung wurde jetzt aus den objektiven gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen als unvermeidliches Resultat der revolutionären Lösung der Widersprüche des Kapitalismus begründet. Marx und Engels entdeckten im Proletariat jene gesellschaftliche Kraft, der aufgrund ihrer objektiven Existenzbedingungen und Eigenschaften die historische Aufgabe zukommt, die Ausbeutergesellschaft zu beseitigen und die neue, klassenlose Gesellschaft aufzubauen. Der wesentliche Unterschied zum utopischen Sozialismus besteht also in der Erforschung der Klassen und des Klassenkampfes.

Klassen und Klassenkampf

Die Existenz von Klassen und Klassengesellschaften ist keine Erfindung von Marx oder Engels. Klassengesellschaften gibt es schon seit vielen tausend Jahren, nicht erst seit der Entstehung des Kapitalismus. Ihre Existenz ist auch nicht erst von Marx oder Engels aufgedeckt worden. „...Was mich anbetrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1.nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet...“ (Marx). Eine bis heute sehr prägnante und wissenschaftlich klare Definition des Begriffs „Klasse“ finden wir in der Arbeit von W. I. Lenin „Die große Initiative“: „...Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem größtenteils in Gesetzen fixierten (und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann, infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft...“
Eine Klasse besteht und definiert sich also als eine große soziale Gruppe, die sich in Bezug auf ihre Rolle im System der gesellschaftlichen Produktion von anderen durch gemeinsame Merkmale unterscheidet. Diese soziale Gruppe besteht nicht als eine monolithische, unveränderliche Struktur, sie befindet sich in einer ständigen geschichtlichen und strukturellen Entwicklung. Ihre Grenzen gegenüber anderen Klassen sind nicht starr. Das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Klasse ist nicht unbedingt und nicht automatisch identisch mit der strukturellen, objektiven Erfüllung bestimmter sozialer Merkmale. Marx, Engels und auch später Lenin machten darauf aufmerksam, dass zum Begriff der „Klasse“ auch das Element der sozialen Dynamik und der Bewusstheit gehört. Am Beispiel des französischen Kleinbauerntums zur Mitte des 19. Jahrhunderts verdeutlichte Marx, dass deren rein zahlenmäßige Stärke nur „...eine einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet...“ darstellt. Weiter heißt es: „...Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden...“
Nicht anders sah es später W. I. Lenin: „...Klasse ist ein Begriff, der sich im Kampf und in der Entwicklung herausbildet. Keine Wand trennt eine Klasse von der anderen. Die Arbeiter und Bauern sind nicht durch eine chinesische Mauer voneinander getrennt. .. Es wäre absurd, zu behaupten, das Proletariat hätte sich sofort als Klasse organisieren können. das dauerte Jahrzehnte....“

Bourgeoisie und Proletariat

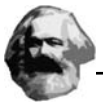
In den „Grundsätzen des Kommunismus“ schreibt Engels, dass mit der industriellen Revolution „... zwei neue, allmählich alle übrigen verschlingenden Klassen geschaffen worden (waren), nämlich
I. Die Klasse der großen Kapitalisten, welche in allen zivilisierten Ländern schon jetzt fast aus-

schließlich im Besitz aller Lebensmittel und der zur Erzeugung der Lebensmittel nötigen Rohstoffe und Instrumente (Maschinen, Fabriken) sind. Dies ist die Klasse der Bourgeois oder die Bourgeoisie.

II. Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, den Bourgeois ihre Arbeit zu verkaufen, um dafür die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten. Diese Klasse heißt die Klasse der Proletarier oder das Proletariat...“

Später präzisierten Marx und Engels aufgrund ihrer ökonomischen Studien diese allgemeine Definition dahingehend, dass sie nicht vom Verkauf der „Arbeit“ sondern der „Arbeitskraft“ als typisches Klassenmerkmal des Proletariats sprachen. In einer Erläuterung zur Herausgabe der englischen Ausgabe des „Kommunistischen Manifest“ von 1888 schrieb Engels dann auch: „...Unter Bourgeois wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletarier die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können...“ Unter „Arbeiterklasse“ verstanden Marx und Engels also nicht nur die in der direkten materiellen Produktion tätigen industriellen (Maschinen-)Arbeiter im engeren Sinn. Diese bilden jedoch, da sie direkt in der Waren- und Mehrwertproduktion tätig sind, und oft auch zu zehntausenden in Großbetrieben zusammengefasst und zum großen Teil auch gewerkschaftlich organisiert sind, den „Kern“ der Arbeiterklasse. Hier gibt es die größten Kampf- und Streikerfahrungen, hier ist der Grad der betrieblichen und gewerkschaftlichen Organisiertheit am höchsten. Der traditionelle Arbeiteranteil ist in den letzten Jahrzehnten gegenüber der schnell anwachsenden Zahl der Angestellten im Gefolge der Ausweitung des Dienstleistungssektors deutlich zurückgegangen. Seit Mitte der 70er Jahre übertrifft in Deutschland die Zahl der Angestellten die Zahl der klassischen industriellen Arbeiter. Der Arbeiteranteil an der Gesamtheit der lohnabhängig beschäftigten Arbeiterklasse beläuft sich nach den neusten Daten des statistischen Bundesamtes von Anfang 2006 derzeit auf noch knapp 26 % (produzierendes Gewerbe plus Bauwirtschaft). Fast 72 % der Erwerbstätigen sind im Dienstleistungsbereich tätig. Natürlich gibt es auch im Kapitalismus noch andere Klassen, z.B. die Bauern. In etlichen Ländern gibt es auch heute noch die Klasse des Adels. Aber, so schrieben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ von 1848: „...Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkte gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat...“ So wie es innerhalb der beiden Hauptklassen auch nach vielen Merkmalen sich unterscheidende Untergruppen (z.B. nach Art der beruflichen Qualifikation, unterschiedlicher Lohn- und Gehaltshöhe, religiöser Zugehörigkeit, regionalen und nationalen Herkunft usw.) gibt, so gibt es auch zwischen diesen beiden Hauptklassen wichtige „soziale Schichten“ (z.B. die lohnabhängige Intelligenz, freiberuflich Tätige, das traditionelle oder auch neu entstehende Handwerkertum), deren Zahl auf Grund der dynamischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Aufgrund ihrer starken Binnendifferenzierung und der sowohl in Richtung Arbeiterklasse wie in Richtung Bourgeoisie fließenden Übergänge sprechen wir hier nicht von einer eigenen „Klasse“, sondern von „Schichten“. In Deutschland lässt sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts grob folgende prozentuale Aufteilung der Klassenstruktur auflisten:

- Produktive, d.h. an der Produktion und Realisierung des Mehrwerts beteiligte Lohnarbeiterklasse: 77%,
- Selbst arbeitende Eigentümer: 7%,
- lohnabhängige Bedientenklasse (mit Beamten): 12%,
- Kapitalistenklasse und Grundbesitzer: 3%,
- Lumpenproletariat : 1%.



Marxisten sehen in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft und Potenz für grundlegende soziale, antikapitalistische und revolutionäre Veränderungen. Lenin hat dies einmal in folgendem knappen Satz auf den Punkt gebracht: „...Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft...“

Die sozialistische Gesellschaft

Der alles entscheidende Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft besteht in der Frage des Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln (den Fabriken, Maschinen, etc.). Im Kapitalismus gehören die Produktionsmittel privaten Eigentümern, eben den Kapitalisten. Dabei ist egal, ob die bürgerliche Rechtsform eine Privatfirma im Stil eines Familienbetriebs, eine Aktiengesellschaft oder etwas anderes ist. Im Sozialismus ist das Eigentum ein „gemeinschaftliches“, entweder in Form von Genossenschaften oder in Form von demokratisch kontrolliertem Eigentum eines neuen sozialistischen Staates. Marx und Engels unterschieden inhaltlich zwei Stufen innerhalb der nach-kapitalistischen Gesellschaftsformation. Marx charakterisierte sie in seiner “Kritik des Gothaer Programms”, von 1875. (Dies war eine Auseinandersetzung mit dem ersten Parteiprogramm der neuen Sozialdemokratischen Partei, die sich 1875 einerseits aus der Partei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht und andererseits aus den Anhängern von Ferdinand Lassalle zusammengeschlossen hatte.) Marx schrieb: “...Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats..” In dieser “Übergangsperiode“ existiert laut Marx “... eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermerkmalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt....” Zu den “ökonomischen Muttermerkmalen” zählt die Fortexistenz des Leistungsprinzips und der Warenproduktion. “Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den gegebenen Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andrerseits nicht in das Eigentum der einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. ... (es) herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenzen, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit ... Aber diese Missstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist...” Der Sozialismus ist also noch nicht der entwickelte Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, sondern eine erste Etappe auf dem Wege dahin. Er setzt den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus voraus. Die entscheidende Veränderung zum Kapitalismus besteht aus folgenden Hauptmerkmalen:

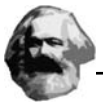
a) Politische Macht der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen und der Enteignung der Bourgeoisie,

b) Wegfallen der ökonomischen Ausbeutung der Lohnarbeiter (der Mehrwert wird gesamtgesellschaftlich “konsumiert” und nicht mehr privat). Die “Lohnsklaverei” im Sinne der politisch-ökonomischen Ausbeutung entfällt.

c) Die gesellschaftliche Planung der Produktion auf Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln.

Friedrich Engels drückte diese Hauptunterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus so aus: „Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmten Plan wird nunmehr möglich. .... Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus...“ (Engels).

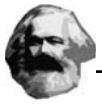
Auch der Kommunismus ist nicht erreichbar ohne eine oder mehrere Zwischenstufen und Perioden, in denen sich die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen herausbilden müssen, auf deren Grundlagen erst diese kommunistische, klassenlose Gesellschaft aufgebaut werden kann. In den 50er



Jahren des 20. Jahrhunderts hatte man in China während der Zeit des „Großen Sprunges“ versucht, mit einem einfachen gewaltigen Kraftakt von einem eben noch feudalistisch - kapitalistischen Staat mit einem Satz in den Kommunismus zu springen. Dieses Experiment führte in eine ziemliche Katastrophe und scheiterte. Auch die chinesischen Kommunisten sahen dann später ein, dass die durch die sozialistische Revolution eingeleitete Umwandlung der Macht- und Eigentumsverhältnisse erst den Anfangspunkt der historischen Entwicklung zu einer nichtkapitalistischen, sozialistisch-kommunistischen Ökonomie darstellt, an deren Endpunkt die kommunistische, klassenlose Gesellschaft steht. Das Ganze erfordert eine so tief greifende soziale und politische Umwälzung, dass der Begriff „Revolution“ auch hierfür genau der Richtige ist. Die Dauer des Anfangsstadiums, des Sozialismus, ist historisch nicht genau zu definieren. Marx und Engels gingen noch von einer nur kurzen Phase aus. Lenin in den ersten Jahren nach der Oktoberevolution auch. Erst mit Ausbleiben der westeuropäischen Revolution orientierte er sich auf eine längere sozialistische Phase und auf den “Aufbau des Sozialismus in einem Land” um. Diese Orientierung wurde nach Lenins Tod durch Stalin gegen seinen politischen Gegenspieler Trotzki durchgesetzt. Noch zu Lenins Lebzeit schrieb er das neue Parteiprogramm der Bolschewiki ab März 1918 (der VII. Parteitag brachte auch die Umbenennung in “Kommunistische Partei Russlands (B)”) und schrieb den Begriff “Sozialismus” eindeutiger als im vorherigen Programm fest. Die Bolschewiki benutzten nun das Wort “Sozialismus” zur Typisierung der neuen Ordnung als einer “Übergangsperiode” zur endgültigen kommunistischen Formation. Sie nahmen damit eigentlich genau den Gedanken auf, den Marx in seiner „Kritik am Gothaer Programm“ skizziert hatte. Lenin schätzte auf dem VII Parteitag im März 1918 ein, dass man in Russland trotz der erfolgreichen Oktoberrevolution erst den „Übergang zum Sozialismus“ begonnen habe. “Wie viele Etappen des Übergangs zum Sozialismus noch vor uns liegen, wissen wir nicht und können wir nicht wissen.” (Referat über die Revision des Parteiprogramms und die Änderung des Namens der Partei, Lenin Werke Band 26, S.). Rosa Luxemburg benutzte den Begriff “Sozialismus” in ähnlichem Sinne in ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918. Das erste Programm der KPD stellte auch die bekannte Parole auf: “Sozialismus oder Untergang in der Barbarei”. Weiter hieß es darin: “Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt”. Die KPD bezeichnete das Resultat der siegreichen sozialistischen Revolution als “Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie”. In der DDR gab es unter Walter Ulbricht, dem damaligen Generalsekretär der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – SED“, im Jahre1968 die These von der “relativen Eigenständigkeit” dieser sozialistischen Phase. Damit wurde auch eine längere historische Dauer dieses “Zwischenstadiums” angenommen. Diese Vorstellung wurde aber bald zugunsten des Konzepts der “entwickelten sozialistischen Gesellschaft” fallen gelassen, die über einen längeren Zeitraum die “materiell-technische Basis des Kommunismus” schaffen würde.

Arbeitsfragen

1. Wodurch unterscheidet sich der wissenschaftliche vom utopischen Sozialismus? Was waren die Vorrausetzungen für die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft?
2. Wäre eine Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung vor der kapitalistischen Gesellschaft möglich gewesen? Warum scheiterten alle diese Versuche (Sklavenaufstände, Bauernkriege etc.)?
3. Woraus begründen sich die drei Grundbedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung? Gibt es weitere?
4. Diskutiert Lenins Klassendefinition. Was ist das Hauptmerkmal und wie verhält es sich zu den anderen Merkmale ?
5. Diskutiert die besondere Rolle des Kerns der Arbeiterklasse. Kann das Industrieproletariat aufgrund seiner Stellung alleine die sozialistische Gesellschaft erkämpfen? Welche Bedeutung hat diese Frage für unsere Strategie und Taktik?

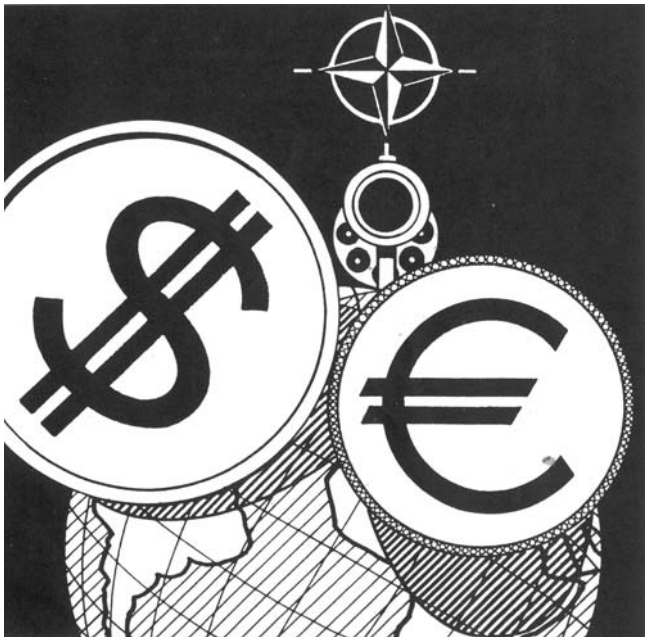


Imperialismus

Lenin stellte 1916 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ fest, dass sich der Kapitalismus wie Marx und Engels ihn im 19. Jahrhundert untersucht hatten, zu einem neuen Stadium entwickelt hatte. Er knüpfte dabei an Engels' Hinweisen an, die er in seinen letzten Lebensjahren machte. So beobachtete er die Entstehung immer größerer Unternehmen als Aktiengesellschaften, die sich gemeinsam zusammenschlossen und Kartelle bildeten, d.h. sie teilten den Markt unter sich auf, trafen Absprachen über Preise, Löhne und zu produzierende Produktmengen und schalteten damit die freie Konkurrenz aus. Bürgerliche Geschichtsschreiber bezeichnen als Imperialismus die Kolonialzeit von 1880 bis 1914 oder eine besonders aggressive Außenpolitik. Lenin stellte fest, dass der Imperialismus nicht bloß eine bestimmte Politik ist, die je nach Interessenslage angewandt wird, sondern eine ökonomische und politische Veränderung des Kapitalismus, die um die Jahrhundertwende in den hoch industrialisierten Ländern wie England, Frankreich, Deutschland und USA abgeschlossen war.
Er stellte folgende grundlegende Merkmale des Imperialismus fest:

Konzentration der Produktion und Bildung von Monopolen

Die durch die kapitalistische Konkurrenz bedingte ständige Kapitalanhäufung und –zentralisation führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Bildung von Großunternehmen. Aus der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen wuchsen ständig größere und mächtigere Unternehmen hervor. Einerseits durch Kapitalkonzentration, andererseits durch freiwillige oder unfreiwillige Zusammenschlüsse von Kapitalen (Fusionen und Übernahmen), also Kapitalzentralisation. Zahlreiche revolutionäre technische Entwicklungen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten zu neuen Industrien wie Maschinenbau, Elektrotechnik, Autoindustrie, Hütten- und Stahlindustrie. Diese Industriezweige erhöhten die Mindestgröße des notwendigen Kapitals und der notwendigen Produktionsausmaße. Da kleine Unternehmen nicht in der Lage waren mitzuhalten, beschleunigte sich die Kapitalkonzentration noch einmal. Die Unternehmen wurden jedoch nicht nur quantitativ größer. Sie besaßen nicht nur mehr und bessere Produktionsmittel sowie Geldkapital, es fand auch eine qualitative Entwicklung statt. Denn als nur noch eine geringe Zahl von marktbeherrschenden Unternehmen jeweils einer Branche übrig blieben, konnten sie Absprachen darüber treffen, wer welchen Markt und welche Rohstoffquellen bekommt, wer wie viel produziert und wie hoch die Preise sein sollen. Diese Möglichkeit war vorher bei den vielen existierenden Unternehmen in einem Markt nicht möglich. Lenin nannte diese neuen Großunternehmen Monopole, das neue Stadium des Kapitalismus Monopolkapitalismus.
Als entscheidendes Merkmal des Monopolkapitalismus benannte er daher das Umschlagen der freien Konkurrenz in das Monopol. Das bedeutet jedoch nicht, dass keine Konkurrenz mehr existiert, denn schließlich führen die Unternehmen untereinander einen Kampf, der so heftig wie nie zuvor ist. Anders als im frühen Kapitalismus geht es nämlich nicht mehr darum, ob eins von tausenden Unternehmen vom Markt gedrängt wird, sondern um riesige Kapitale, riesige Märkte, um alles oder nichts. Die Übernahmeschlachten zwischen den Großkonzernen werden mit aller Härte geführt, teilweise begleitet von nationalistischen Medienkampagnen. Wo das Ausschalten des Konkurrenten nicht möglich ist, besteht jedoch die Möglichkeit der Herstellung des Monopols durch Absprachen oder alleinige Dominanz eines Unternehmens. Des Weiteren existieren immer noch kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Diese sind im Gegensatz zum früheren Kapitalismus jedoch völlig abhängig von den Monopolen. Die Abnehmer von Konsumgütern wie Lebensmittel etwa, die Großhandelsunternehmen, diktieren den KMU die Preise. Beim Verkauf sind sie dann sogar noch in der Lage, die Preise zu erhöhen. Damit entsprechen diese Preise zeitweise nicht mehr wie früher im Durchschnitt dem Warenwert, sondern bringen den Monopolen Extraprofite. Diese Möglichkeit sichert ihnen ihre Existenz und verhindert die Niederlage in der Konkurrenz mit nichtmonopolistischen Unternehmen. Imperialismus ist daher eine Verbindung von Monopolherrschaft mit der freien Konkurrenz.
Die Monopole machten schon zu Lenins Zeiten zahlenmäßig in Deutschland nur 0,9% aller Unternehmen aus, beschäftigten aber 38% der Arbeiter. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit beschäftigen 0,2% der Unternehmen in der EU 21,5% der Arbeiter. Seit den 50er Jahren ist die Anzahl der Betriebe mit einer Größe von über 1000 Beschäftigten zurückgegangen. Die Macht der Großkonzerne ist jedoch weiter gestiegen. Sie haben lediglich die Produktionseinheiten verkleinert und Outsourcing



betrieben. Formal selbstständige „mittelständische“ Unternehmen sind fast immer derart abhängig von Monopolen, dass sie wie oftmals tatsächlich geschehen eher ausgelagerte Abteilungen großer Konzerne sind.

Die Banken

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz war die Rolle der Banken darauf beschränkt, dem Industrie- und Handelskapital Kredite zu gewähren, deren Geldkapital auch umgekehrt als Kredit entgegenzunehmen („Einlagen“) und Zahlungen zu vermitteln. Die Differenz zwischen den Einnahmen aus Zinsen der Kreditnehmer und Ausgaben aus Zinsen der Kreditgeber waren ihr Gewinn. Sie waren nicht direkt an Industriekapital beteiligt und spielten eine relativ geringe Rolle. Mit zunehmender Konzentration des Kapitals wurden die gewährten Kredite ebenso wie die Einlagen größer. Mit jedem Investitionszyklus, in dem sich ein Kapital reproduzierte, wurde das benötigte fixe Kapital, also das Kapital welches in Produktionsanlagen investiert wird, größer. War es im vormonopolistischen Kapitalismus für ein Unternehmen noch möglich, die Mittel zum neuen Reproduktionszyklus aus eigenem Kapital bereitzustellen, wurde es bei den gigantischen Unternehmen im Imperialismus unmöglich. Der Anteil des geliehenen Kapitals am Gesamtkapital eines Unternehmens und damit die Bedeutung der Banken für die Kapitalanhäufung wuchs. Die entstandenen Industriemonopole brachten immer größere Profite hervor, von denen ein großer Teil zunächst ungenutzt bei den Banken brachlag. Parallel zur Bildung der Monopole in der Industrie bildeten sich aus einer Vielzahl von kleinen Banken eine geringe Zahl von Bankmonopolen. Kleine und mittlere Banken wurden schnell verdrängt, da sie die Kreditbedürfnisse der Monopole nicht befriedigen konnten. Die verbliebenen Bankmonopole waren nun ebenso wie die Industriemonopole zu gemeinsamen Absprachen in der Lage, beispielsweise zur Kreditvergabe.

Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital

Die Beziehungen zwischen Banken und Industrie veränderten sich im Imperialismus. Bis zur Bildung der Monopole bestanden sie hauptsächlich aus Kreditvergabe für eine bestimmte Zeit ohne eine engere Bindung. Nach Abzahlung eines Kredites durch ein Unternehmen riss die Verbindung ab. Für einen neuen Kredit suchte sich das Unternehmen bei einem besseren Angebot eine andere Bank. Mit der Bildung der Bankmonopole und der Aufhebung der freien Konkurrenz konnten die Kreditnehmer nicht mehr zwischen verschiedenen Banken wählen, sondern waren an eine Bank gebunden. Sie waren nun gezwungen, ihre gesamten finanziellen Operationen über diese Bank abzuwickeln. Diese langfristige Bindung an eine Bank hat für die Industrieunternehmen jedoch auch Vorteile, da ihnen so die benötigten hohen Kredite sicher sind. Für die Banken bedeutet dies, dass sie nicht mehr nur wie früher die Kreditwürdigkeit für eine bestimmte Kreditdauer kennen, sondern langfristig die Verwendung des Kredites durch die Unternehmen kontrollieren müssen. Die Tätigkeit der Banken bleibt jedoch nicht nur die Kreditvergabe. Sie kaufen Aktien von Industrieunternehmen, gründen neue Aktiengesellschaften, investieren in profitable Unternehmen, strukturieren unrentable Unternehmen um. Dadurch werden sie selber zu direkten Eigentümern der Produktionsmittel. Umgekehrt drängt das Industriekapital ins Bankkapital. Industriemonopole kaufen Aktien von Banken und eröffnen sogar eigene Banken. Damit haben sie teil am Bankprofit und erhalten Kredite zu Vorzugskonditionen. Das Bank- und Industriekapital verflechtet sich und verschmilzt miteinander. Das gegenseitige Kaufen von Aktien spiegelt sich auf der Personalebene wider: Banken schicken ihre Vertreter in die Aufsichtsräte und Vorstände der Industrie, die wiederum ihre Vertreter in die Leitungen der Banken schickt. Dieses neue Kapital nannte Lenin Finanzkapital. Die frühere Trennung von Bankiers und Industriekapitalisten ist aufgehoben. Die Tendenz des Kapitalismus, dass sich die Kapitalfunktion, d.h. das managen eines Betriebes

vom Kapitaleigentum trennt, nimmt im Imperialismus immer stärkere Formen an. Das Management eines Industrieunternehmens wird nicht mehr von den Kapitalisten selbst, sondern von bezahlten Angestellten ausgeführt. Bei den Banken selbst trennt sich ebenfalls Verwaltung der Aktien und Wertpapiere bzw. der Handel mit ihnen, das von den früheren Bankiers erledigt wurde, vom Einstreichen der Gewinne.

Kapitalexport

Das angehäufte Kapital wuchs derart an, dass es zu einem gewissen Teil nicht mehr profitabel in den Heimatländern der Monopole angelegt werden konnte. Zeitgleich zur Entstehung dieses Kapitalüberschusses entstand die Möglichkeit zum Kapitalexport in andere Länder, d.h. das Investieren von Kapital ins Ausland. Dies waren zunächst die bereits früher eroberten Kolonien. Dort wurden Eisenbahnen und andere Verkehrswege und Infrastruktur fertig gestellt oder gebaut, die einen internationalen Waren- und Kapitalstrom neuen Ausmaßes ermöglichten. Die bereits früher kolonisierten Länder wurden damals in den Warenaustausch mit den kapitalistischen Ländern einbezogen. Der Imperialismus änderte diese Rolle dahin, dass sie nun auch in die Produktion einbezogen wurden. Das in den kapitalistischen Metropolen überschüssige Kapital floss in die Kolonien und versklavte die abhängigen Völker ökonomisch. Zum einen durch den extrem niedrigen Lohn, der den Monopolen Extraprofite sicherte, zum anderen wurden die abhängigen Länder als Lieferanten für meist nur wenige Rohstoffe benutzt, so dass sich keine selbstständig entwickelnde Wirtschaft bilden konnte. Diese Tendenz ist nicht neu, hat sich aber seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts enorm gesteigert.
Die Ausbeutung der Lohnarbeiter der Kolonien ist entweder direkte Ausbeutung durch ausländische Monopole, oder Gewährung von Krediten an einheimische Kapitalisten, also indirekte Ausbeutung. Dies erfordert meist auch eine indirekte politische Herrschaft durch reaktionäre Regierungen und Monarchien. In jedem Fall erfordert der Kapitalexport einen Kampf der Monopole gegen Unabhängigkeitsbewegungen der abhängigen Länder.
Überschüssiges Kapital wird jedoch auch in entwickelte kapitalistische Länder exportiert und dort angelegt. Damit entstehen international zwei besonders wichtige Arten von Beziehungen zwischen den Ländern: Das Verhältnis zwischen der Monopolbourgeoisie und den ausgebeuteten Völkern der unterentwickelten Länder auf der einen Seite und das Verhältnis zwischen den Monopolbourgeoisien der entwickelten Länder selber beim Kampf um die besten Anlagemöglichkeiten.

Die Aufteilung der Welt unter den Monopolen

Das Auftreten gigantischer Unternehmen auf dem Weltmarkt führte zu einem internationalen Konkurrenzkampf. Was auf nationaler Ebene möglich wurde, die Aufteilung des Marktes mit Hilfe von Absprachen, entstand auch auf internationaler Ebene. Unternehmen der jeweiligen Branche schlossen einzelne Vereinbarungen ab oder bildeten Kartelle, die den Weltabsatzmarkt und die Rohstoffquellen untereinander aufteilten. Diese Absprachen sind immer nur von begrenzter Dauer, da sich die einzelnen Unternehmen unterschiedlich schnell entwickeln, neue Produktionszweige und damit neue Märkte entstehen und Rohstoffquellen versiegen können. Dies macht eine Neuaufteilung auf Grundlage der jeweiligen Stärke der Monopole nötig.

Die Aufteilung der Welt unter den Großmächten

Die Eroberung von Kolonien ist im Imperialismus eine Notwendigkeit für das Monopolkapital. Die Formen der Kolonialisierung unterscheiden sich dabei. Eine Kolonialmacht kann sich durch direkte politische und militärische Herrschaft ein Land unterordnen, durch ökonomische Abhängigkeit mit Hilfe von immer neuen Krediten, die nie abbezahlt werden können, durch formal gleichberechtigte Abkommen wie Freihandelszonen, die in der Praxis jedoch nur dem übermächtigen „Partner“ nützen, durch die Installation von Marionettenregierungen, durch Spaltung der Bevölkerung eines Landes in Religionsgruppen oder Stämme, durch die Teilung eines Landes in mehrere kleine Staatengebilde oder durch diplomatischen Druck. Oft mischen sich diese Formen. Die Intensität der kolonialen Beherrschung ist unterschiedlich. Im internationalen Kampf der Monopole um Absatzmärkte ist die Aussicht auf Erfolg mit eigenen Kolonien besser, da diese notfalls der Konkurrenz verschlossen werden können und zu alleinigen Märkten werden. Ebenfalls nur durch Kolonien kann die Zufuhr von Rohstoffen erfolgen, da diese zu einem großen Teil aus den abhängigen Ländern kommen. Und schließlich ist die Eroberung fremder Länder auch unter militärischen Gesichtspunkten für das Kapital interessant, denn jede Kolonie bietet die Möglichkeit von militärischen

Stützpunkten und Aufmarschgebieten.
Zu Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus waren die für das Kapital interessanten Kolonien unter den Imperialisten aufgeteilt. Das Streben nach Kolonialbesitz erforderte daher die Neuaufteilung der Kolonien und Einflussgebiete. Insbesondere Länder, die bei der Verteilung besonders schlecht abgeschnitten haben, also ihrer Stärke entsprechend zu wenig vom kolonialen Kuchen abbekommen haben sowie Länder, deren Rohstoffquellen in Gefahr sind, drängen auf eine Neuaufteilung. Die Grundlage, nach der die Imperialisten die Welt unter sich aufteilen ist die jeweilige wirtschaftliche, militärische, politische und finanzielle Stärke.
Die Stärke der einzelnen imperialistischen Staaten ändert sich allerdings ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmen, Monopole, Industriezweige und Länder kann es im Kapitalismus nicht geben.
Die durch Spontaneität und Anarchie geprägte kapitalistische Produktionsweise bringt gesetzmäßig eine ungleiche ökonomische Entwicklung hervor. „Unter dem Druck des Konkurrenzkampfes entwickeln sich bereits die einzelnen Betriebe innerhalb eines Zweiges ungleichmäßig, einzelne machen einen Sprung nach vorn, was andere wiederum zu verstärkter Akkumulation veranlasst. Diese Ungleichmäßigkeit setzt sich innerhalb einer Volkswirtschaft und zwischen den Volkswirtschaften kapitalistischer Länder fort. Ursachen dieser Entwicklung sind insbesondere die unterschiedliche Akkumulationskraft infolge unterschiedlicher Ausbeutungsraten in den einzelnen Ländern und die Möglichkeiten, die in dem immer rascheren Entwicklungstempo der Technik liegen.“ (Ökonomisches Lexikon, Berlin 1969).
Daher brechen solche Kämpfe immer wieder auf. Entweder „friedlich“, d.h. durch Wirtschaftskriege und Diplomatie oder militärisch durch Stellvertreterkriege in den Kolonien oder durch direkte Kriege zwischen den imperialistischen Ländern. Der erste und der zweite Weltkrieg waren die verheerendsten zwischenimperialistischen Neuaufteilungskämpfe.

Der Staat

Der Staat im Imperialismus sorgt nicht mehr für die besten Verwertungsbedingungen für die gesamte Kapitalistenklasse schlechthin, sondern vor allem für das Monopolkapital. Zu Zeiten des frühen Kapitalismus übte der Staat nur eingeschränkt ökonomische Funktionen aus. Im Imperialismus mischt er sich direkt in die Produktion und Verteilung ein und beteiligt sich in phasenweise unterschiedlichem Maße daran. Bereiche mit besonders hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals werden wegen der niedrigeren Profitrate vom Staat übernommen. So wurden die zunächst privaten preußischen Eisenbahnen nach und nach vom Staat aufgekauft, weil sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren. 1920 wurden die Länderbahnen dann zur Reichseisenbahn, der späteren Reichsbahn, vereinigt. Die für moderne Hochtechnologie erforderlichen Mittel für Forschung und Entwicklung übersteigt die Möglichkeiten einzelner Monopole, so dass der Staat als Instrument des Monopolkapitals einspringen muss. Die auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung sich verschärfenden Struktur- und Regionalkrisen machen regulierende Eingriffe des Staates nötig.
Heute befasst sich die Mehrzahl der Ministerien mit der Regulierung ökonomischer Probleme: Vom Einsatz des Staatseigentums, über Steuer-, Wachstums- und Währungspolitik bis zur Wissenschafts- und Bildungspolitik. Der Staat wird zu einem wesentlichen Moment der ökonomischen Reproduktion. Monopolistischer Kapitalismus in diesem Stadium wird staatsmonopolistischer Kapitalismus genannt.

Der Platz des Imperialismus in der Geschichte

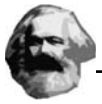
Der Kapitalismus befand sich bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in einem aufsteigenden, progressiven Stadium. Die kapitalistische Produktionsweise überwand seit dem 15. Jahrhundert Schritt für Schritt die Feudalwirtschaft, die für die Produktivkräfte zu einem Hemmnis geworden war. Zunächst in den Manufakturen, später in der Industrie konnten sich die Produktivkräfte voll entfalten und dafür sorgen, dass die neu entstandenen Märkte befriedigt wurden. „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschifffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“ (K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei). Bis zum Eintritt in das imperialistische Stadium hatte der Kapitalismus nur eine Tendenz: schnellstmögliche technische Entwicklung. Zwar hatte zu dieser Zeit jeder einzelne Kapitalist das Interesse, seine Erfindung oder technische Neuerung geheim zu halten, damit er eine gewisse Zeit Extraprofit machen

konnte. Dies war jedoch nur für eine gewisse Zeit möglich, bis sich die Konkurrenten seine Neuerungen aufgrund des Erfolgs kopierten. Im Imperialismus kommt eine zweite, der ersten entgegengesetzte Tendenz hinzu. Die Tendenz zu Stagnation in der Technikentwicklung. Dies erscheint zunächst fragwürdig, hat doch das 21. Jahrhundert die wissenschaftlich-technische Revolution, die Erfindung der Mikroelektronik, Computer, künstliche Intelligenz usw. hervorgebracht. Der Imperialismus hebt die Konkurrenz nicht auf Dauer auf. Auch Monopole stehen vor allem international in Konkurrenz zueinander, wenn sie sich nicht einig werden. Dennoch, da wo die freie Konkurrenz aufgehoben wird, sinkt die Notwendigkeit für technische Neuerung. Die Schere zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer Anwendung klafft immer weiter auseinander. Lenins Charakterisierung des Imperialismus als „faulender Kapitalismus“ bedeutet, dass die Monopole die technische Entwicklung hemmen. Autos könnten schon längst mit ökonomischerer Antriebstechnik fahren, die Verflechtung von Öl- und Autoindustrie verhindert dies. Längst sind die technischen Möglichkeiten für einen schrankenlosen elektronischen Informationsaustausch geschaffen, doch Monopole lassen sich massenhaft Software (also letztlich mathematische Formeln und Algorithmen) patentieren, um ihr Monopol aufrecht zu erhalten. Wissen über wichtige Medikamente lagert in den Schubladen der Pharmakonzerne, weil es 20 andere profitable Medikamente ersetzen würde. Obwohl jedes Großunternehmen planwirtschaftlich geführt wird, gibt der Imperialismus eine gesamtgesellschaftliche Planung nicht her. Dort wo Neuerungen stattfinden, werden sie oft in mehreren Unternehmen unabhängig voneinander parallel entwickelt, obwohl im Gegensatz zum früheren Kapitalismus eine Planung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab möglich wäre. Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen. Der Unterschied zum früheren Kapitalismus ist also die Tendenz zur Verhinderung technischen Fortschritts nicht nur für Konkurrenten, sondern sogar im eigenen Unternehmen. Zwar sind während des imperialistischen Stadiums die Produktivkräfte gewachsen wie nie zuvor, bei einer Befreiung der Wissenschaft von der Monopoldiktatur wäre allerdings längst ein höheres technisches- und Lebensniveau, die Beseitigung von Umweltzerstörung und Krankheiten möglich. Der Kapitalismus ist also nicht mehr ein Antrieb für die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern zu einem Hemmnis für sie geworden.

Der heutige Stand der Produktivkräfte verlangt nach Abschaffung dieses Hemmnisses. Diese Notwendigkeit wird ergänzt durch die Möglichkeit des Sozialismus und seine Vorbereitung innerhalb des Kapitalismus bis aufs Äußerste. Die Arbeiterklasse ist zur übergroßen Mehrheit der Gesellschaft geworden, während die herrschende Klasse im Gegensatz zum früheren Kapitalismus oder zu anderen früheren Klassengesellschaften keinerlei Funktion mehr hat. Sie hat längst nicht mehr Organisation und Leitung der Produktion inne, sondern führt ein rein parasitäres Dasein: der heutige Kapitalismus selbst hat sie überflüssig gemacht. Die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums vollzieht sich längst nicht mehr in tausenden voneinander isolierten Betrieben sondern in riesigen, planwirtschaftlich geführten Produktionseinheiten. Das letzte Hindernis zu einer gesellschaftlich geplanten Wirtschaftsweise, bei der nicht Einzelne über das Schicksal von Millionen Menschen entscheiden, in der statt Fremdbestimmung Selbstbestimmung der Produzenten herrscht, ist das private Eigentum. Sämtliche Bedingungen für die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus sind heutzutage gegeben. Der Imperialismus ist also das letzte Stadium des Kapitalismus, der „Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats.“ (Lenin).

Arbeitsfragen

1. Welche Bedeutung hat der Imperialismus für Deutschland? Was bedeutet die Monopolbildung z.B. für Arbeitslosigkeit oder Bildung?
2. Wie ist das Verhältnis zwischen den imperialistischen Staaten untereinander und zu den Monopolen? Was bedeutet das für die Strategie der SDAJ?
3. Wie kann der Kampf gegen die Monopole am effektivsten geführt werden?



Strategie und Taktik

Von Lenin stammt der Satz „Die revolutionäre Theorie ist kein Dogma. Sie nimmt nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt an." Dies gilt natürlich in verstärktem Maße für Fragen der Strategie und Taktik. Weder Marx, Engels noch Lenin waren ausschließlich Theoretiker des Sozialismus. Ihre Theorie beeinflusste und festigte einerseits die Arbeiterbewegung ungemein, andererseits entwickelten die „Klassiker" viele theoretische Grundsätze auch erst in und durch die konkreten Erfahrungen der Klassenkämpfe an denen sie teilnahmen. Marx und Engels, insbesondere aber Lenin prägten grundlegende strategische und taktische Leitlinien, die allgemeingültigen Charakter für die Arbeiterbewegung und die kommunistischen Parteien tragen. Dies betrifft die Frage der Rolle der KP, die Frage der Kampfformen, der Stellung zum gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampf und die Dialektik von Reform und Revolution. Das Wissen um diese Prinzipien bedeutet für uns auch, die Strategie und Taktik heute – ausgehend von der Analyse unserer Kampfbedingungen – konkret auszuarbeiten.

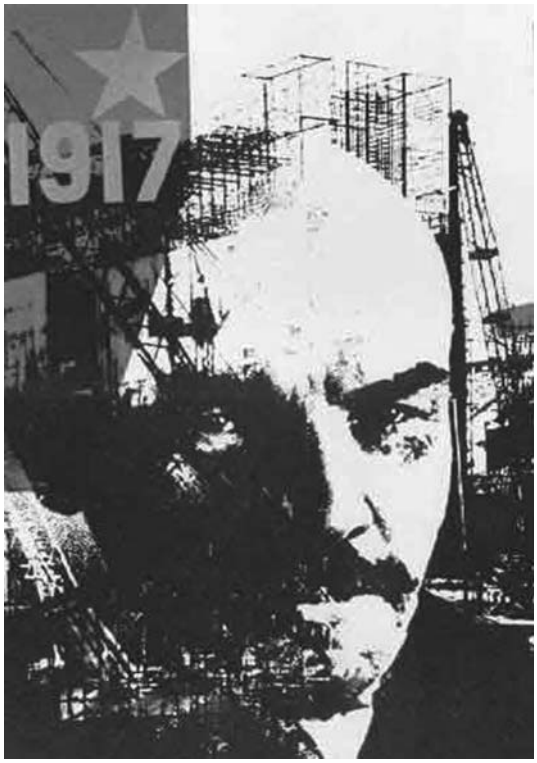
Rolle und Aufgaben der kommunistischen Partei und des revolutionären Jugendverbands

Vor der Revolution – und nur darum soll es hier gehen – ist die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei die Entwicklung von Klassenbewusstsein. Sie ist die Organisation, die den politischen Kampf als Klassenkampf begreift und führt. Im Klassenkampf wächst das Klassenbewusstsein. Die entscheidende Bedeutung des Klassenbewusstseins und der Klassenorganisation ergab sich für Marx und Engels aus der Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen Bewusstseinsinhalte, die sich unter den Arbeitern auf der Basis ihrer sozialen Lage spontan herausbilden, einem (wenn überhaupt) rein gewerkschaftlichen Bewusstsein entsprechen. Dabei handelt es sich zwar um eine elementare Erfassung des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Kapitalisten, um die Überzeugung, dass man sich in Verbänden zusammenschließen muss, um gemeinsam für die unmittelbaren ökonomischen Interessen zu kämpfen. Das Bewusstsein umfasst aber weder die gesamtgesellschaftliche Dimension des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, noch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Aus der Beschränktheit dieses spontanen Bewusstseins ergibt sich die Notwendigkeit einer organisierten, bewusstseinsbildenden Kraft in der Arbeiterklasse. Marx und Engels analysierten, dass die soziale Befreiung der Arbeiterklasse nur auf politisch-revolutionärem Weg möglich ist. Daraus leitet sich die Notwendigkeit einer politischen Organisation, einer Arbeiterpartei auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus ab. Über sie heißt es im Kommunistischen Manifest, sie unterscheide sich von anderen proletarischen Vereinigungen einerseits dadurch, dass sie „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats" hervorhebe, andererseits dadurch, dass sie „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung" vertrete. „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus". Die Notwendigkeit einer revolutionären Arbeiterpartei war für Marx und Engels allgemeingültig: „In unserer Taktik steht eins fest für alle modernen Länder und Zeiten: die Arbeiter zur Bildung einer eigenen, unabhängigen und allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten Partei zu bringen."

Die kommunistische Partei muss die Avantgarde (Vorhut) der Arbeiterklasse sein. Klar ist, dass sie diese Rolle nicht durch Wunsch, Definition oder Gesetz innehat, sondern sich dies nur im Kampf herausbilden kann. Zumindest der Anspruch, Avantgarde zu sein, sollte die Partei aber stets auszeichnen. Sie kann nur die kämpferische Avantgarde der Arbeiterklasse sein, wenn sie auch deren theoretische Avantgarde ist. Dabei bedeutet Avantgarde keineswegs, alles besser zu wissen, sondern das bessere und weiterschauende Führen der Tageskämpfe und in ihnen immer den Gesamtzusammenhang im Blick zu haben. Die Partei muss die Massen schulen und in eine selbständige politische Kraft verwandeln. Allerdings ist es keineswegs ausreichend, Vorhut zu sein. Entscheidend für den Erfolg ist die Verbundenheit der Partei mit der Masse der Arbeiter.

Besondere Bedeutung in der Parteitheorie Lenins hat die Hervorhebung des unnachgiebigen Kampfes gegen alle Formen des Opportunismus in Theorie und Praxis. Dies ist für die Partei unerlässlich, weil sie sich nur so gegen die aus der gesamten

Gesellschaft auf die Arbeiterklasse einwirkenden (klein)bürgerlichen Einflüsse schützen, ihre revolutionäre Identität über Flut und Ebbe der Bewegung wahren, ihre Aktionsfähigkeit entwickeln und ihrer Rolle als Avantgarde gerecht werden kann.
Die Organisationsprinzipien der KP, die bereits Marx und Engels ausarbeiteten, umfassen zwei Grundelemente: die demokratische Diskussion und Erarbeitung der Politik und die koordinierte, einheitliche Aktion, die für eine Partei mit großen historischen Zielen und mächtigen, ihrerseits gut organisierten Gegnern unerlässlich ist. „Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und Kritik – so lautet unsere Definition. … Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns.“ Um dies zu erreichen, ist Zentralisation und Disziplin in der Partei notwendig. Ebenso unerlässlich ist die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Auch diese Grundprinzipien müssen der konkreten Kampfsituation angepasst werden, müssen z.B. in der Illegalität anders gehandhabt werden als heute.



Große Bedeutung maß Lenin auch der ständigen Kritik und Selbstüberprüfung der Parteiarbeit bei. „Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber der Klasse und den werktätigen Massen.“

Revolutionäre Jugendverbände wie die SDAJ sind keine kleinen kommunistischen Parteien für junge Leute und können die KP keinesfalls ersetzen. Karl Liebknecht und Lenin traten vehement für die organisatorische Selbständigkeit des sozialistischen/kommunistischen Jugendverbands gegenüber der marxistischen Arbeiterpartei ein. Jugendliche stehen einerseits mitten in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Kapitalismus, haben zugleich aber auch spezifische Probleme und Interessen (geringe politische Rechte, Ausbildungsmangel, Bildungs- und Freizeitabbau…). Lenin stellte fest, dass sich die Jugend deshalb „zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation“ wie ihre Eltern. Ohne die „vollständige Selbständigkeit wird die Jugend nicht imstande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln.“ Für Lenin besteht die Hauptaufgabe der Jugendverbände darin zu lernen, den Sozialismus zu studieren. Dabei geht es natürlich nicht nur um Bücherwissen. „Ihr sollt aus euch Kommunisten erziehen. Die Aufgabe des Jugendverbandes ist es, seine praktische Tätigkeit so zu gestalten, dass diese Jugend, indem sie lernt, sich organisiert, sich zusammenschließt und kämpft.“ Die Jugendverbände dürfen sich beim Lernen also nicht im Studierzimmer einschließen, sondern müssen sich aktiv und eigenständig an den Tageskämpfen der arbeitenden und lernenden Jugend beteiligen, sie formen und im Studieren und Kämpfen ihren eigenen Weg im Klassenkampf gehen.

Strategie und Taktik allgemein

Unser Kampf hat ein klar definiertes Ziel: die klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Not. Als Strategie kann man das Kampfkonzept zur Erreichung dieses Ziels auf Grundlage der gegebenen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnen. Demgegenüber ist die Taktik ein Teil der Strategie und ihr untergeordnet. Die Strategie ergibt sich aus der Analyse der Klassenkonstellation und bedeutet die Festlegung der Hauptkraft der Revolution (für uns die Arbeiterklasse) und ihrer potentiellen Reserven (z.B. Bauern, Kleingewerbetreibende…). Die Strategie bleibt in einer gegebenen Etappe (in unserem Fall bis nach der sozialistischen Revolution) weitgehend unverändert. Die Taktik ist die Festlegung der Linie für verhältnismäßig kurze Zeiträume der „Flut oder Ebbe“ der revolutionären Bewegung. Taktische Mittel sind z.B. die Ersetzung von Kampf- und Organisationsformen, sowie von Losungen durch variierte oder neue. Die Strategie hat also das Ziel des Sturzes des Imperialismus, die Taktik unterschiedliche Ziele, z.B. die erfolgreiche Durchführung einer Kampagne.

Die Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes kann jeweils nur auf der Grundlage einer allseitigen Analyse der ökonomischen und politischen Situation und Tendenzen erarbeitet werden. „Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen aller Klassen … und der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft … kann als Grundlage für eine richtige Taktik … dienen. Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet". Die Taktik muss selbstverständlich in einer Phase der politischen Stagnation, der relativ friedlichen Entwicklung oder eines rasanten Aufschwungs der revolutionären Bewegung jeweils unterschiedlich sein (àKampfformen).

Kompromisslos zum Sozialismus?

Der Weg zum Ziel verläuft nicht linear, die Bewegung durchläuft immer verschiedene Phasen, die Flexibilität und immer wieder auch Kompromisse erforderlich machen. Auch die Geschichte der Bolschewiki war vor und nach der Oktoberrevolution voll von Kompromissen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien. Es ist klar, dass die Kommunistische Partei – ideologische Festigkeit vorausgesetzt – taktisch sehr flexibel agieren muss. Lenin wandte sich vehement gegen „linke" Dogmatiker, die jeden Kompromiss ablehnen. „Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, … der hundertmal schwieriger ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege…, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die Ausnutzung von (wenn auch zeitweiligen) Interessensgegensätzen zwischen den Feinden, auf Übereinkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden…) Verbündeten verzichten – ist das nicht über alle Maßen lächerlich?" Allerdings ist es bei allen Zwischenstationen und Kompromissen unabdingbar, das Ziel klar im Auge zu behalten und zu verfolgen. Eine einfache Antwort auf die Frage welche Kompromisse zulässig sind, kann es nicht geben. Lenin verweist auf Streiks, bei denen die Forderungen der Arbeiter nicht voll durchgesetzt werden konnten. Jeder könne den Unterschied erkennen „zwischen einem Kompromiss, der durch die objektiven Verhältnisse erzwungen ist … und einem Kompromiss von Verrätern, die ihren Eigennutz…, ihre Empfänglichkeit für Einschüchterungen,… für Überredungskünste, für Almosen, für Schmeicheleien der Kapitalisten, hinter objektiven Ursachen verbergen." Klar ist, dass diese Analyse nicht immer einfach ist. „(…) eine allgemeine Regel … (»keinerlei Kompromisse«) fabrizieren zu wollen wäre Unsinn. Man muss selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden."

Heran an die Massen!

Bei der Aufstellung der Tageslosungen geht es nicht um „Reinheit der revolutionären Lehre", sondern um Losungen, die geeignet sind, die Massen (oder die Azubis in deinem Betrieb/die Schüler deiner Klasse) in Bewegung für ihre Interessen zu bringen, damit sie eigene Erfahrung sammeln können. Erst dadurch kann sich Klassenbewusstsein entwickeln. Zwar ist die Gewinnung der Avantgarde der Arbeiterklasse für die kommunistische Partei Voraussetzung für einen revolutionär-sozialistischen Kurs, aber Lenin betont: „Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen" die Avantgarde unterstützen, „dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es einer eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen (…)."

Kampfformen – Welche sind wann sinnvoll?

Die Gewinnung der Massen ist das zentrale Ziel. Daraus folgt auch, dass die Kampfformen grundsätzlich so gewählt werden müssen, dass die Massen die Bereitschaft entwickeln, die Vorhut zu unterstützen, was nur durch eigene Erfahrung im Klassenkampf zu erreichen ist.
Die Avantgarde und die Arbeiterklasse müssen lernen, alle Formen und Methoden des Kampfes zu beherrschen. Dabei muss der Klassenkampf nach drei Seiten – der theoretischen, der politischen und der ökonomischen – geführt werden. Als Faustregel kann gelten, dass die legalen Kampfformen voll ausgenutzt werden sollten, gleichzeitig aber auch die Vorbereitung auf die Anwendung illegaler Kampfformen stattfinden sollte. Grundsätzlich gilt, dass die revolutionäre Klasse „gerüstet sein muss, aufs schnellste und unerwartetste die eine Form durch die andere zu ersetzen… Unerfahrene Revolutionäre meinen oft, legale Kampfmittel seien opportunistisch, weil die Bourgeoisie auf diesem Gebiet die Arbeiter besonders häufig… betrogen und übertölpelt hat, illegale Kampfmittel dagegen seien revolutionär. Das ist jedoch nicht richtig. Richtig ist, dass Opportunisten und Verräter an der Arbeiterklasse diejenigen Parteien und Führer sind, die (grundsätzlich) nicht fähig oder nicht gewillt sind…, illegale

Kampfmittel anzuwenden. Aber Revolutionäre, die es nicht verstehen, die illegalen Kampfformen mit allen legalen zu verknüpfen, sind sehr schlechte Revolutionäre."
Auch die Frage der Kampfformen kann nur konkret historisch beantwortet werden. Während für viele Kommunisten (z.B. in Kolumbien) der bewaffnete Kampf unabdingbar ist, wäre es für uns zur Zeit natürlich selbstmörderisch, zum bewaffneten Kampf aufzurufen. In solchen Phasen stellt sich die Aufgabe, alle Wege der legalen Entwicklung zur Formierung und Schulung der Arbeiterklasse auszunutzen. In Phasen der Flut der revolutionären Bewegung und in extrem zugespitzten gesellschaftlichen Situationen gewinnt die illegale Arbeit und die Vorbereitung auch auf gewaltsame Angriffe des Klassengegners zunehmend an Bedeutung.

Arbeit auch in reaktionären Gewerkschaften?

Gewerkschaften sind die elementaren Klassenorganisationen der Arbeiter. Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes begründeten Marx, Engels und Lenin einmal rein ökonomisch, damit die Arbeiter der kapitalistischen Tendenz entgegenwirken können, den Marktpreis der Ware Arbeitskraft – den Lohn – auf ein Minimum zu drücken, aber auch als Voraussetzung für die höheren, politischen Kampfformen. Gleichzeitig sind die Grenzen des rein gewerkschaftlichen Kampfes offensichtlich. Die Konjunkturen des Marktes für die Ware Arbeitskraft liegen außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Sie können deshalb das Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Fall die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig „normalen" Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben. Von ihrer ganzen Anlage her sind Gewerkschaften im Kapitalismus nicht mehr und nicht weniger als die „organisierte Defensive der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft". Wenn man Sozialismus will, müssen Revolutionäre den Klassenkampf deshalb nicht nur rein ökonomisch, sondern auch politisch führen.
Was aber wenn die Gewerkschaften ihre Rolle als Klassenorganisation gar nicht oder nur unzureichend ausfüllen und ihre sozialdemokratische Führung ausschließlich auf „Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten setzt? Die Ansicht, dass Kommunisten nicht in reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollten, nennt Lenin im „Linken Radikalismus" „lächerlichen, kindischen Unsinn". In Deutschland kamen nach der Novemberrevolution ultralinke Positionen auf, die den Austritt aus den Gewerkschaften forderten und die Schaffung einer syndikalistischen „Arbeiter-Union" propagierten. Luxemburg, Liebknecht u.a. sowie Lenin teilten die Analyse, dass die Gewerkschaften in Deutschland von einer Arbeiteraristokratie geführt werden, die „beruflich beschränkt, borniert, selbstsüchtig, verknöchert, eigennützig, spießbürgerlich, imperialistisch gesinnt und vom Imperialismus bestochen" ist. Der Kampf gegen die sozialpartnerschaftlich und z.T. offen verräterisch agierende Führung müsse deshalb mit aller Schärfe aufgenommen werden. „Doch den Kampf gegen die »Arbeiteraristokratie« führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen… Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluss der reaktionären Führer überlassen." Um Klassenbewusstsein zu schaffen und die Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, muss man – so Lenin weiter – „unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muss jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch… in allen…Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen." Dies gilt heute noch immer, trotz Mitgliederschwund der DGB-Gewerkschaften. „Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, dass sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische »linke« Losungen von ihnen ab(zu)sondern."
Die Arbeit in den Gewerkschaften muss allerdings um erfolgreich zu sein in Partei und Jugendverband geplant, abgesprochen und systematisch betrieben werden und darf nicht zur privaten bzw. individuellen Aktivität einzelner Genossen werden.

Haltung von revolutionären Sozialisten zum Parlamentarismus

Wenn von legalen Kampfmitteln die Rede war, dann ist damit an wichtiger Position auch die Teilnahme an Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten gemeint. Die unbedingte Ausnutzung aller legalen Wege durch die KP beinhaltet grundsätzlich auch ihre Kandidatur zu Wahlen. Dabei muss aber klar sein, dass die Erringung der Macht auf parlamentarischem Weg unmöglich ist und die außerparlamen-

tarischen Kämpfe immer Vorrang haben müssen. Die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie ergibt sich aus dem grundsätzlichen Charakter des Staates im Kapitalismus als Staat der Kapitalisten. Solange es verschiedene Klassen gibt, kann man nur von Klassendemokratie sprechen. Trotz formaler Gleichheit stößt man in der bürgerlichen Demokratie auf Tausende tatsächliche Begrenzungen und Manipulationen. Offensichtlichstes Beispiel ist die Außenpolitik. „In keinem, selbst nicht in dem demokratischsten bürgerlichen Land wird sie offen betrieben“ (Fragen von Krieg und Frieden, des Militärs und der Geheimdienste werden nicht nur an der Öffentlichkeit, sondern auch am Parlament vorbei entschieden). Reale Beschränkungen gibt es für die Arbeiter aber auch in der Nutzung der Presse- oder Versammlungsfreiheit, schon allein aus finanziellen Gründen. „Die Teilnahme am Parlament (das in der bürgerlichen Demokratie nie über die wichtigen Fragen entscheidet: diese Fragen werden von der Börse, von den Banken entschieden) ist den werktätigen Massen durch tausenderlei Hindernisse versperrt, und die Arbeiter wissen und … fühlen ausgezeichnet, dass das bürgerliche Parlament eine ihnen fremde Einrichtung ist, ein Werkzeug zur Unterdrückung der Proletarier durch die Bourgeoisie (…).“ Hinzu kommt, dass es keinen Staat gibt, in dem es in der Verfassung nicht Hintertürchen gäbe, die den Herrschenden die Möglichkeit sichern „bei Verstößen gegen Ruhe und Ordnung“ Militär gegen die Arbeiter einzusetzen (Notstandsgesetze, Diskussion über Bundeswehreinsatz im Inneren in Deutschland). Es kann keine wirkliche Gleichheit in einem Klassenstaat geben zwischen Ausgebeuteten und den Ausbeutern, die viele Generationen lang durch ihre Bildung, durch ein Leben in Reichtum und durch ihre Routine eine Sonderstellung einnahmen. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie nicht zerschlagen ist (à Staat und Revolution), ist eine Mehrheit im Parlament für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten entweder unmöglich (weil die Bourgeoisie im Notfall stets die Verfassung oder das Wahlgesetz ändern wird) oder unverlässlich (z.B. könnten die Wahlen für ungültig erklärt, die KP verboten, das Parlament aufgelöst werden usw.).

In der sozialistischen und kommunistischen Bewegung wurden bis heute mehrfach verschiedene Formen des parlamentarischen Weges zum Sozialismus propagiert. Ihnen ist die Missachtung der marxistischen Lehre vom Staat gemein. Rosa Luxemburg stellte fest: „Die Idee einer sozialdemokratischen (heute kommunistischen) Parlamentsmehrheit erscheint als eine Kalkulation, die bloß mit der einen, formellen Seite der Demokratie rechnet, die andere Seite aber, ihren reellen Inhalt völlig außer acht lässt.“ Lenin nannte den von Kautsky propagierten parlamentarischen Weg „waschechten, trivialsten Opportunismus, die Preisgabe der Revolution in der Tat bei Bekenntnis zu ihr in Worten.“

Einige mögen fragen, warum sich die Kommunisten denn überhaupt an bürgerlichen Wahlen beteiligen sollten. Uns mag klar sein, dass wir durch den Parlamentarismus keine entscheidenden Schritte zum Sozialismus machen können und dass im Parlament nicht die realen Entscheidungen fallen. Es kommt aber darauf an, „dass wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten“ (Lenin). Aufgabe der Kommunisten ist es zwar gerade nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse herabzusinken, sondern ihnen ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile aufzuzeigen. „Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den tatsächlichen Bewusstseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse nüchtern zu prüfen.“ Vor dem Hintergrund des schwach entwickelten politischen Bewusstseins in großen Teilen der Klasse, ist die „Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte Pflicht …, gerade um die unentwickelte, geduckte und unwissende Masse aufzurütteln und aufzuklären“ . Dies gilt solange, wie die Kommunisten noch nicht in der Lage sind, das reaktionäre Parlament durch proletarisch-demokratische Organe zu ersetzen, also bis zur Revolution. Dabei muss aber immer klar sein, dass Massenaktionen, z.B. ein großer Streik, immer wichtiger sind als die parlamentarische Aktion. Allerdings sind auch diejenigen im Unrecht, die einen Verzicht auf die Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten generell für unzulässig erklären. Unter bestimmten Umständen kann auch eine Wahlboykottkampagne Erfolg versprechend sein, wenn die außerparlamentarischen Bewegungen sehr stark sind.

Die Kommunistische Partei sollte Wahlkampf und Parlamentstribüne ausnutzen, um das reaktionäre Wesen der Bourgeoisie zu entlarven, die Massen zu erziehen und die revolutionären Kräfte zu sammeln. Kommunisten müssen einen Parlamentarismus hervorbringen, „der mit Opportunismus und Karrierismus nichts zu tun hat… Sie dürfen mit dem Volk nicht in gelehrter Sprache reden, dürfen nicht im geringsten auf einen »Sitz« im Parlament erpicht sein, sondern müssen überall das Denken wachrütteln, die Masse in Bewegung bringen und das Volk mit dem Bolschewismus so vertraut machen, wie

das sonst niemals außer während Wahlkampagnen möglich war."

Reform und Revolution

Nach Marx, Engels und Lenin ist der Klassenkampf der Arbeiter seinem historischen Ziel nach ein Kampf um die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Seinem jeweiligen Inhalt nach ist es der dieses Ziel unbeirrbar anstrebende Kampf für die ökonomischen, politischen und moralischen Interessen der Arbeiterklasse. Sie kann im Rahmen des Kapitalismus zwar einzelne Verbesserungen ihrer Situation erreichen, ihre soziale, politische und geistig-moralische Emanzipation aber nur durch eine sozialistische Umwälzung. Wenn im Tageskampf nicht das sozialistische Ziel im Auge behalten wird, würde die Bewegung orientierungslos werden, andererseits wird das Ziel nicht allein durch Propagierung des Ziels, sondern durch die Kämpfe erreicht, die die Erfahrung und die Kräfte der Arbeiterklasse steigen lassen.
Der Kampf um Reformen ist also dem revolutionären Ziel untergeordnet, dennoch ist der Platz der Sozialisten „in den Reihen der Kämpfer für jeden unmittelbaren Erfolg, der im Interesse der Arbeiterklasse zu erzielen ist". Der Kampf um Reformen ist ein Muss für Kommunisten.
Der alltägliche Kampf um soziale Reformen, um die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen und um demokratische Einrichtungen bildet den entscheidenden Weg, den Klassenkampf zu leiten und auf das Ziel der Ergreifung der politischen Macht hinzuarbeiten. Auch wenn der Staat auch in einer demokratischen Republik eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere bleibt, bedeutet das nicht, „dass die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei, wie manche Anarchisten »lehren«. Eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt" .
Zwischen Reform und Revolution besteht also ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist. Demokratische und soziale Reformen dienen einerseits der unmittelbaren Hebung der Lage der Arbeiter und damit der Verbesserung der Kampfbedingungen. Zum anderen kann nur der gewerkschaftliche und politische Kampf um Reformen die Arbeiterklasse, d.h. den subjektiven Faktor der sozialistischen Umwälzung auf die Revolution vorbereiten.
Revolutionäre müssen immer den Doppelcharakter von Reformen beachten. Dieser beinhaltet, dass einerseits ohne den Kampf um Reformen kaum Klassenbewusstsein entstehen kann und andererseits der erfolgreiche Kampf um Reformen immer auch Illusionen nähren kann. Es beginnt bei dem Punkt, dass eine Einstellung genährt wird, dass der Gegner doch nicht unversöhnlich gegenübersteht (schließlich macht er Zugeständnisse). Es geht über die ideologische Verfestigung dieser Einstellung, es gäbe ja eine „Sozialpartnerschaft", in der Kapitalisten und Arbeiter ihre Gegensätze ausgleichen könnten, bis zur Vorstellung, dass gesellschaftlicher Fortschritt, sogar der Weg zu einer gerechteren, sozialistischen Gesellschaft über eine Anhäufung von Reformen zu erreichen sei. Diese Ideologie ist in weiten Teilen der Arbeiterbewegung vorherrschend. Sie ist/war die ideologische Basis der traditionellen Sozialdemokratie.
Reformisten sehen die Bedeutung von Reformen darin, dass sie „die kapitalistische Ausbeutung selbst stufenweise einschränken, der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr ihren kapitalistischen Charakter nehmen und den sozialistischen aufprägen" . Die monopolkapitalistischen Eigentums- und Staatseinrichtungen entwickeln sich aber tatsächlich in die entgegengesetzte Richtung. Während die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft sich einerseits der sozialistischen immer mehr annähern, errichten die politischen und rechtlichen Verhältnisse andererseits zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. „Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreform wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht. Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d.h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat".
Demnach bereitet der Kampf um Reformen (oder gegen Verschlechterungen) dem Sozialismus nicht objektiv den Weg, sehr wohl aber subjektiv, indem er Klassenbewusstsein und Erkenntnis über die Notwendigkeit der Revolution vermitteln kann, allerdings nur, wenn man die (positiven) Ergebnisse des Kampfes nicht als Schritte auf einer Stufenleiter zum Sozialismus darstellt. In einer revolutionären Strategie muss im Gegensatz dazu, die Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampf „als Leitstern vorausgehen" (Luxemburg).
Der dialektische Materialismus geht davon aus, dass sich die antagonistischen Widersprüche in einem System solange entwickeln und verschärfen, bis sie

in einem revolutionären Umschlag aufgehoben werden. Dies gilt analog auch für die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus (z.B. dem zentralen zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und privater Aneignung). Reformisten hingegen wollen die Widersprüche objektiv nicht durch ihre konsequente Entwicklung aufheben, sondern ihnen die Spitze abbrechen, sie abstumpfen. „Wer sich daher für den Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten." Wegen ihres fehlenden Widerspruchs zum kapitalistischen System und der Angst vor der Zuspitzung können Reformisten auch die Tageskämpfe nicht in aller Konsequenz führen und verraten nicht nur den revolutionären, sondern auch den konsequent-reformerischen Kampf.
Dennoch müssen wir natürlich auch mit Menschen mit reformistischen Illusionen im Rahmen der von uns angestrebten Aktionseinheit der Arbeiterklasse zusammenarbeiten (denn vor allem in den Kämpfen um Reformen können wir mit ihnen in die Debatte um die Begrenztheit des Reformkampfs treten). Der Reformismus ist aber einer unserer ideologischen Hauptgegner in der Arbeiterbewegung.

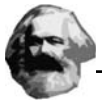
Kann es einen friedlichen Übergang zum Sozialismus geben?

Marx sprach in den 1870ern von der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus in England und Amerika, allerdings als Ausnahme vom gewaltsamen Weg „als Hebel der Revolution". Dieser Satz wurde u.a. von Kautsky aufgegriffen und zum generellen theoretischen Leitmodell der II. Internationale gemacht. Lenin kämpfte vehement gegen eine solche Grundlinie an, vor allem mit Verweis auf die Marxsche Lehre vom Staat: „Erstens hielt Marx auch damals diese Möglichkeit für eine Ausnahme. Zweitens gab es damals noch keinen monopolistischen Kapitalismus, d.h. keinen Imperialismus (Anm.: Der Imperialismus zeichnet sich durch sehr geringe Friedfertigkeit und entwickelten Militarismus aus). Drittens gab es damals gerade in England und Amerika kein stehendes Heer (jetzt gibt es ein solches) als wichtigsten Apparat der bürgerlichen Staatsmaschinerie." Grundsätzlich müssen Revolutionäre sich auch auf eine gewaltsame Revolution einstellen. Gewalt spielt – so Marx im „Kapital" - auch eine revolutionäre Rolle. Sie ist „die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht", das Werkzeug, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt. Lenin kam zu dem kategorischen Schluss, dass „die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ohne gewaltsame Revolution unmöglich (ist)."
Klar ist, dass wir jede Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus nutzen wollen und werden (z.B. indem wir die Polizei und das Militär zersetzen und funktionsunfähig machen). Kommunisten müssen sowohl auf eine friedliche als auch auf die nichtfriedliche Entwicklung vorbereitet sein. Tun sie letzteres nicht, können die Arbeiter politisch und ideologisch entwaffnet werden, weil sie auf bewaffnete Angriffe der Bourgeoisie nicht vorbereitet sind. Die Geschichte zeigt, dass Gewalt nach innen wie nach außen (bis hin zur Errichtung faschistischer Diktaturen) stets das Mittel reaktionärer herrschender Klassen war, die ihre Macht und ihre Privilegien gegen ökonomisch und politisch unterdrückte Klassen verteidigten, und die damit diesen Klassen keinen anderen Ausweg ließen, als ihrerseits Gewalt anzuwenden.
Die Revolution ist gezwungen, „alle ihre Kräfte zu konzentrieren gegen die Staatsgewalt", nicht die Verbesserung der Staatsmaschinerie, „sondern ihre Zerstörung" ist deshalb ihre Aufgabe (Lenin, Staat und Revolution). Für Marx und Engels war es die entscheidende Lehre der Pariser Kommune, „dass die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann" (Marx/Engels, Vorrede zum „Manifest" von 1872). Einen klassenlosen Staat oder einen Staat, der über den Klassen steht, kann es nicht geben. Deshalb wandte sich Lenin auch in schärfster Form gegen Modelle u.a. Kautskys, die eine friedliche Einführung des Sozialismus über verschiedene „Übergangsstufen" oder ökonomische Etappen propagierten. „Zwischen dem Staat der Kapitalisten… und dem Staat des Proletariats… gibt es viele Übergangsstufen", so Vandervelde (ein führender Vertreter der II. Internationale). Dazu erklärt Lenin: „Der Eklektiker will keine allzu absoluten Behauptungen, um seinen kleinbürgerlichen Wunsch, die Revolution durch »Übergangsstufen« zu ersetzen, anbringen zu können. Dass die Übergangsstufe zwischen dem Staat als Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse und dem Staat als Herrschaftsorgan des Proletariats eben die Revolution ist, die im Sturz der Bourgeoisie und im Zerbrechen… der Staatsmaschine der Bourgeoisie besteht, darüber schweigen die Kautsky und Vandervelde… (Sie) verkleistern alles Konkrete und Exakte im Klassenkampf, indem sie den allgemei-

nen Begriff des »Übergangs« unterschieben, hinter dem man die Abkehr von der Revolution verbergen kann. (…) vermittels der Phrase »Übergang…« kann man den ganzen Unterschied zwischen Revolution und Reform… umgehen.“ Eine eigenständige politisch-ökonomische Etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann es nicht geben. Historische Revolutionen beinhalteten jedoch oft eine Phase der „Doppelherrschaft“ (so zwischen Februar und Oktober 1917 in Russland). Ein solcher Zustand strebt allerdings in kürzester Zeit und mit aller Macht zur Entscheidung zugunsten oder zuungunsten der Revolution.
Diese Erkenntnis bedeutet nicht die illusionäre Vorstellung, dass die sozialistische Revolution auf einen Schlag möglich wäre. Die sozialistische Umwälzung setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat wahrscheinlich mehr als einmal zurückgeworfen werden wird. Ebenso wenig kann damit die Notwendigkeit von Zwischenzielen der revolutionären Bewegung bestritten werden, die sich jedoch nicht auf den zentralen Ebenen des Staatsapparats abspielen werden. Nur in begrenztem Umfang (z.B. Betriebsräte, Teile der Justiz) können Bastionen des bürgerlichen Staates erobert und für die Revolution genutzt werden. Unabhängig davon bleibt auch die Notwendigkeit einer strategischen Bündnispolitik der kommunistischen Parteien auch mit nichtproletarischen Klassen und Schichten.

Arbeitsfragen

1. Was ist unter dem Begriff der Avantgarde der Arbeiterklasse zu verstehen?
2. Warum ist die organisatorische Unabhängigkeit des sozialistischen Jugendverbands von der KP sinnvoll?
3. Welche Ziele verfolgen KommunistInnen mit der Beteiligung an Wahlen zum bürgerlichen Parlament?
4. „Der Kampf um die Sozialreform ist das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck.“ Ist unsere Haltung zu Reformen also rein taktisch?
5. Wie kann es gelingen, gemeinsam mit Kollegen mit parlamentarischen und reformistischen Illusionen zu kämpfen und gleichzeitig den Kampf gegen die Ideologie des Reformismus zu führen?
6. Wie stehen KommunistInnen zur Frage der Gewalt?



Staat und Revolution

Für die Entwicklung einer revolutionären Strategie und Taktik, die notwendig ist, um unser Ziel, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, zu erreichen, ist die Frage des Staates von großer Bedeutung. Welchen Charakter besitzt der Staat im Kapitalismus? Ist er eine über den Klassen stehende, quasi naturgegebene Einrichtung, die jede Gesellschaft, unabhängig von ihrer ökonomischen Basis benötigt? Hat es den Staat immer gegeben und wird es ihn immer geben? Lässt sich der heutige Staat, sofern die Arbeiterklasse erstmal die Macht erobert hat, dazu benutzen, um auf seiner Grundlage die sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Lenin schrieb in der Einleitung zu seinem Werk „Staat und Revolution" zur Bedeutung dieser Frage: „ Der Kampf um die Befreiung der werktätigen Massen vom Einfluss der Bourgeoisie im allgemeinen und der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen ist ohne Bekämpfung der opportunistischen Vorurteile in Bezug auf den Staat unmöglich." Im folgenden Kapitel der Grundlagenschule wollen wir uns also mit allen diesen Fragen beschäftigen. Beginnen müssen wir zunächst mit der Frage, was wir überhaupt unter einem Staat verstehen.

Was ist ein Staat?

Friedrich Engels setzte sich in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" ausführlich mit der Entstehung des Staates im Verlauf der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auseinander. Er wies nach, dass es den Staat keineswegs schon immer gegeben hat, sondern dass er erst zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich mit der Entstehung des Privateigentums und der daraus resultierenden Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen, entstanden ist: „Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht...Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist." In der Urgesellschaft, in der es kein Privateigentum und keine Klassen gab, existierte also auch kein Staat. Dieser wurde erst notwendig, als mit den Klassen auch der Klassenkampf aufkam. Diese Erkenntnis ermöglicht es uns, seine grundlegende Funktion, sein Wesen zu erkennen: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können...Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen `Ordnung`, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft." (Lenin).

In allen bisherigen Klassengesellschaften, also in der Sklavenhaltergesellschaft, im Feudalismus und im Kapitalismus, hat es Staaten gegeben. Gemeinsam haben sie alle im wesentlichen zwei Faktoren: Ersten „...kennzeichnet sich der Staat...durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet...", also nicht wie in der Urgesellschaft nach Geschlechtern und Stämmen. Dazu gehört auch, dass es ein fest definiertes Staatsvolk gibt, die Menschen im jeweiligen Gebiet werden also nach Staatsbürgern und Menschen, die diese Staatsangehörigkeit nicht besitzen unterteilt. Zweitens „...die Errichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung...Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus „...Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art..."(Engels). Zur Sicherung ihrer Herrschaft ist jede herrschende Klasse gezwungen, besondere Formationen bewaffneter Menschen (also Polizei, stehendes Heer, Justizorgane) zu unterhalten, da die allgemeine Volksbewaffnung (d.h. die Bewaffnung auch der unterdrückten Klassen) ein unkalkulierbares Risiko für die Ausbeuterklasse darstellt. Zur Finanzierung dieser Organe sind Steuern und Staatsschulden notwendig. Um diese einzutreiben und zu verwalten wird wiederum eine weitere Gruppe von Menschen erforderlich: Beamte. Diesen räumt jeder Staat eine privilegierte Stellung ein. Engels schreibt dazu: „Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft...". Diese privilegierte Stellung zeichnet sich aus durch eine Reihe „...Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten..." (Lenin), in der Regel also durch eine bessere Bezahlung und – insbesondere in Deutschland – durch eine gesonderte Altersvorsorge und einen besonderen Kündigungsschutz. Diese Faktoren gelten im Grunde für alle bisherigen Ausbeutergesellschaften. Im Kapitalismus zeichnen den Staat aber noch eine

Reihe von Besonderheiten aus.

Der Staat im Kapitalismus

„...Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat...“, analysierten Marx und Engels im Manifest. Im Kapitalismus treten die Klassengegensätze deutlicher und unverkennbarer hervor als in den vergangenen Ausbeutergesellschaften, da sich alle anderen Klassen und Schichten nach und nach immer mehr in den beiden Hauptklassen auflösen. Daher ist das Kapital gezwungen, seine Herrschaft stärker als zuvor zu verschleiern. Das wirksamste Mittel hierzu ist die bürgerliche Demokratie mit dem allgemeinen Stimmrecht, das den Beherrschten vorgaukelt, es habe ebensoviel Einfluss auf die Geschicke des Staates wie die herrschende Klasse. „... In der demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus...“ und zwar erstens durch die „...direkte Beamtenkorruption...“ und zweitens durch die „...Allianz von Regierung und Börse...“ (Engels). Für beide Methoden lassen sich unzählige Beispiele finden, seien es die sog. „Bestechungsskandale“ oder der muntere Personalaustausch zwischen politischen Spitzenpositionen und Managerposten von Großkonzernen. Die Wahlmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie beschränken sich in der Regel auf bürgerliche Parteien, die sich höchstens durch taktische Fragen voneinander unterscheiden. Reale Oppositionsparteien werden entweder repressiv bekämpft (z.B. KPD-Verbot) oder durch Korrumpierung in das System eingebunden (PDS). Die modernen Massenmedien, die sich in der Regel in den Händen von Großkonzernen befinden, tun ihr übriges. Somit ist das allgemeine Stimmrecht nicht mehr als ein Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie, oder, nach Engels „...der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nicht sein im heutigen Staat...“.

Eine weitere Besonderheit des Staates im Kapitalismus ist seine Rolle als „ideeller Gesamtkapitalist“, dessen Aufgabe es ist, zwischen den durch die kapitalistische Konkurrenz verursachten unterschiedlichen Interessen der einzelnen Kapitalisten bzw. Monopolen zu vermitteln und das Gesamtinteresse der Klasse zu erkennen und durchzusetzen. Über die jeweils im Sinne der Herrschenden richtige Politik kann es natürlich unterschiedliche Vorstellungen geben. Daneben ist es zur Eindämmung des Klassenkampfes und zur Integration reformistischer Bewegungen notwendig, diesen (wenn auch nur in sehr geringem Maße) bestimmte Mitspracherechte einzuräumen. Im Kapitalismus ist der Staat daher „Herrschaftsinstrument und Feld des Klassenkampfes zugleich“ (Programmentwurf der DKP).
Der Staat kann im Kapitalismus durchaus sehr verschiedene Formen annehmen (Monarchie, parlamentarische Republik, faschistische Diktatur etc.). Ihnen allen ist aber eines gemeinsam: Sie sind Diktaturen der Bourgeoisie, Diktaturen einer Minderheit über eine Mehrheit. Trotz dieser Gemeinsamkeit ist es für den Kampf der Arbeiterklasse keinesfalls gleichgültig, welche konkrete Herrschaftsform das Kapital wählt. „...Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, dass auch in der allerdemokratischsten Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist...“ (Lenin). Spätestens die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus haben die Arbeiterbewegung gelehrt, dass die bürgerliche Demokratie ihr die besten Voraussetzungen für ihren Kampf bietet und daher gegen alle reaktionären Veränderungen verteidigt werden muss. Gleichzeitig darf dies nicht zu Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staates führen.

Die sozialistische Revolution

Den grundlegenden Gedanken über die Rolle des Staates in der proletarischen Revolution haben Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest entwickelt: „...Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach

und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren....“ Mit der Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse bekommt der Staat einen völlig neuen Charakter: erstmals in der Geschichte ist er nicht mehr Instrument zur Unterdrückung einer Mehrheit durch eine Minderheit, sondern umgekehrt: Das Proletariat benutzt den Staat zur Unterdrückung der Reste der alten Ausbeuterklasse. Damit hört der Staat zugleich auf, Staat im eigentlichen Sinne zu sein. Die Klassiker verwandten daher auch Begriffe wie „Halbstaat“ oder „Gemeinwesen“. Von großer Bedeutung ist aber die Frage, wie dieser proletarische Staat beschaffen sein muss. Kann die Arbeiterklasse einfach die existierende bürgerliche Staatsmaschine übernehmen oder muss sie sich ein eigenes, völlig neues Instrument schaffen. In ihren frühen Schriften ließen Marx und Engels diese Frage weitgehend offen. Erst die konkreten Erfahrungen aus den bürgerlichen Revolutionen 1848-1851 sowie der Pariser Kommune 1871 ließen sie zu der Überzeugung kommen, dass der bürgerliche Staatsapparat mit seinem stehenden Heer, seiner im Kampf gegen die Arbeiterbewegung geschulten Polizei und seinem parasitären Beamtenkörper dazu völlig ungeeignet ist. Vielmehr schlussfolgerten sie, dass die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse ist. „...Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muss sie aber zerschlagen, zerbrechen. Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat...“ (Lenin).

Diktatur des Proletariats / Die sozialistische Gesellschaft

Wie wir gesehen haben, kann die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat nicht für ihre Zwecke übernehmen. Stellt sich also die Frage, wie der proletarische Staat beschaffen sein muss. Dazu müssen wir uns zunächst vor Augen führen, welche Aufgaben diesem zufallen. Im oben angeführten Zitat aus dem Kommunistischen Manifest sagten Marx und Engels, die erste Aufgabe sei es, der Bourgeoisie nach und nach alle Produktionsmittel zu entreißen, sie in den Händen des proletarischen Staats zusammenzufassen und möglichst rasch zu vermehren. Mit der Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet und damit die Spaltung der menschlichen Gesellschaft in Klassen überwunden. Mit dem Verschwinden der Klassen wird nach und nach auch der Staat überflüssig, er stirbt ab. „... Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft -, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat...“ (Engels).
Dies wird natürlich nicht ohne erbitterten Widerstand der gestürzten Kapitalistenklasse möglich sein, wie die Erfahrungen der Länder des realen Sozialismus gezeigt haben. Erst recht nicht, wenn die Arbeiterklasse zunächst nur in einem oder in wenigen Ländern gesiegt hat. Daher ist die Unterdrückung der ehemaligen Kapitalistenklasse und damit die Sicherung der Herrschaft der Arbeiterklasse die erste und wichtigste Aufgabe des proletarischen Staates. „...In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterter Klassenkämpfe, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muss auch der Staat dieser Periode unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt alle Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein...“ (Lenin).
Daher nannten die Klassiker des Marxismus-Leninismus diese Übergangsperiode von der Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft Diktatur des Proletariats. Diese -relativ- kurze Phase der Unterdrückung zur Errichtung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung wurde von den Opportunisten aller Spielarten (Sozialdemokraten, Anarchisten, Trotzkisten und „demokratischen“ Sozialisten) immer als Vorwand genutzt, um die kommunistische Bewegung zu diffamieren. Ein Marxist ist daher nur „...wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt...“ (Lenin).
Der Staat in der Periode der Diktatur des Proletariats muss sich aber nicht nur in seinem Wesen (Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit) sondern auch in seiner Form von allen bisherigen Staaten unterscheiden. Als wichtigste Faktoren nennt Lenin hier:

- Beseitigung aller besonderen Formationen bewaffneter Menschen (stehendes Heer, Polizei) und allgemeine Volksbewaffnung.
- Vollkommene Wählbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit aller Amtspersonen. Die Beseitigung aller finanziellen Privilegien der Beamten und die Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des Arbeiterlohnes
- Die Überwindung der Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt und die Umwandlung der Vertretungskörperschaften in arbei-

tende Körperschaften (Rätesystem)
• Ein demokratischer Zentralismus, d.h. eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen
Wie die Erfahrungen des realen Sozialismus zeigen, sind diese Faktoren notwendig, damit auch bei langen Übergangsperioden vom Kapitalismus zum Kommunismus das Bewusstsein erhalten bleibt, dass der sozialistische Staat nichts anderes als das als herrschende Klasse organisierte Proletariat ist.

Das Absterben des Staates/Die kommunistische Gesellschaft

Wie wir gesehen haben, ist für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus eine Übergangsphase notwendig, in der das Proletariat alle Produktionsmittel in den Händen des Staates vereinigt (und somit der Existenz von Klassen allmählich den Boden entzieht) und die gestürzte Kapitalistenklasse unterdrückt. Diese Periode nennen wir Diktatur des Proletariats oder Sozialismus. Wie lange diese Periode dauert, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt davon, wie schnell die Arbeiterklasse nicht nur in einem oder wenigen Ländern, sondern weltweit siegt. Ein weiterer Faktor ist die Frage, wie schnell es dem proletarischen Staat gelingt, alle Mitglieder der Arbeiterklasse zur Lenkung des Staates bzw. des Gemeinwesens zu befähigen und damit auf eine gesonderte Stellung von Beamten verzichten zu können. Diese „Erziehung der Produzenten“ verlangt ein hohes Maß an gesellschaftlicher Bildung, die erst unter sozialistischen Voraussetzungen verwirklicht werden kann. Entscheidend ist aber die ökonomische Entwicklung. Lenin charakterisiert die „niedere Phase“ des Kommunismus (also den Sozialismus) folgendermaßen: „...Die Produktionsmittel sind schon nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied dieser Gesellschaft leistet einen gewissen Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein darüber, dass es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert hat. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten an Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat. Es herrscht gewissermaßen Gleicheit...“ Diese Gleicheit bedeutet aber noch nicht Gerechtigkeit, denn es bedeutet die Anwendung von gleichen Maßstäben auf ungleiche Individuen. Die Menschen sind aber nunmal nicht gleich. Der eine ist stärker, der andere schwächer, der eine ist gesund und der andere krank, der eine hat mehr Kinder als der andere usw.
Marx schreibt hierzu: „...Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere...Um diese Mißstände zu vermeiden, müsste das Recht, statt gleich, ungleich sein...“ Dafür ist aber ein sehr hoher Stand der Produktivkraftentwicklung notwendig, der erst im Verlauf der sozialistischen Gesellschaft erreicht werden kann. Solange dieses ökonomische Niveau noch nicht erreicht ist, hat der sozialistische Staat darüber zu wachen, dass die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit unter den Mitgliedern dieser Gesellschaft gleich verteilt werden. Dies ist gewissermaßen die letzte Aufgabe des Staates überhaupt in der menschlichen Gesellschaft. „... Der Staat stirbt ab, insofern es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann. Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des `bürgerlichen Rechts`, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus...“(Lenin). Erst wenn die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, dass das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten - Jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht ist und das Bewusstsein der Menschen durch die sozialistische Erziehung diesem Prinzip entspricht, ist der Staat vollständig überflüssig geworden und die Menschen können die Staatsmaschine dorthin versetzen „...wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“ (Engels).

Arbeitsfragen

1. Was waren die Vorraussetzungen für die Entstehung des Staates? War diese Entwicklung unvermeidlich?
2. Warum ist der bürgerliche Parlamentarismus für das Kapital die geeignetste Staatsform? Unter welchen Vorraussetzungen kann sich das ändern?
3. Ist Staatseigentum im Kapitalismus gleich gesellschaftliches Eigentum? Wie verhält sich dies im Sozialismus?
4. Nach Lenin muß sich der sozialistische Staat nicht nur in seinem Wesen sondern auch in seiner Form vom bürgerlichen Unterscheiden. Welche Folgen hat eine Abweichung von den genannten Faktoren für eine sozialistische Gesellschaft?
5. Wovon hängt die Dauer des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus ab?

Antimilitarismus

Was ist Militarismus?

Kriege hat es nicht immer gegeben. Auch wenn bürgerliche Ideologen immer wieder versuchen, die Ursachen des Krieges in den Bereich der Biologie oder Psychologie zu legen. Sie setzen individuelle Aggressivität mit der gesellschaftlichen Erscheinung des Krieges gleich und wollen uns einreden, Kriege resultierten letztlich aus der menschlichen Genstruktur oder seien ein triebhafter Vorgang. Wenn es Kriege aber schon immer gab und wenn sie zum Wesen des Menschen gehören, dann gibt es auch keine Möglichkeit, Kriege zu verhindern, dann ist der Kampf um eine „andere Welt", um eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft perspektivlos. Das ist der Kern der Botschaft, die wir glauben sollen. Tatsächlich ist der Krieg und damit auch der Militarismus ein Auswuchs der Klassengesellschaft und damit erst rund 5.000 Jahre alt. Die weitaus längste Zeit ihrer Existenz (Urgesellschaft) lebte die Menschheit in Gesellschaften, die keine Kriege kannten, in denen schon aus Gründen der Arterhaltung kooperatives Verhalten gefragt war. Wenn es Kriege also nicht „schon immer" gab, dann gibt es auch die Perspektive einer Gesellschaft, die ohne Krieg und Militarismus auskommt. Mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus" untersuchte Karl Liebknecht 1907 das Wesen des kapitalistischen Militarismus und begründete die Notwendigkeit der antimilitaristischen Arbeit insbesondere der Arbeiterjugendorganisationen. Er arbeitet heraus, dass der Militarismus in den kapitalistischen Ländern ein ganzes Netzwerk bildet, das die gesamte Gesellschaft durchdringt.

„Der Militarismus tritt (…) auf: Erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halbmilitaristischer Einrichtungen, ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste (Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus)."
Dabei hat der Militarismus eine doppelte Funktion. „Als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen) und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen)." (Lenin, Werke, Bd. 15, S. 187)
Auch in der BRD heute ist der Militarismus ein weit verzweigtes und verflochtenes System. Neben der Bundeswehr umfasst er Soldaten- und Reservistenverbände, zahlreiche Wehrkundegesellschaften und Freundeskreise, militaristische Zeitschriften und Verlage, Braintrusts und Akademien. Bürgerliche Zeitungen richten Wehrkunde- und Rüstungstagungen aus, im Parlament sitzen Lobbyisten der Rüstungskonzerne und das „Verteidigungs"ministerium, Rüstungsindustrie und Armee tauschen per „Drehtüreffekt" Personal aus. Die Bundeswehr drängt verstärkt in die Öffentlichkeit: mit Werbeveranstaltungen für Schulklassen, mit Lehrmaterial für Lehrer, mit speziellen Veranstaltungen für Mädchen und junge Frauen wird für die Armee geworben. Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzkatastrophe sind ein wichtiger Nährboden für militaristische Propaganda. Immer stärker wird das Fernsehen eingespannt. In TV-Serien dürfen Journalisten in Kampfjets fliegen und Kriegsszenarien nachspielen. Auf dem Computerspielemarkt kommen Programme für reale und virtuelle Militärpiloten aus einer Hand. In den vergangenen 15 Jahren wurde die Macht der Generäle systematisch ausgebaut. Das so genannte „Primat der Politik" wird immer weiter zurückgedrängt. Das Netzwerk zwischen bürgerlichem Politikbetrieb, Rüstungswirtschaft und Militär wird immer enger. Sämtliche Generäle und zahlreiche Offiziere, die die Bundeswehr aufbauten, stammten aus der faschistischen Wehrmacht. Ihr Weltbild lebt in der Truppe weiter. Unter den Bedingungen einer „Armee im Einsatz" spüren auch die reaktionärsten Kräfte in der Bundeswehr wieder Aufwind. Sie propagieren das Bild vom „archaischen Kämpfertyp", machen die „Innere Führung" lächerlich und preisen den „heldenhaften Kampf" der faschistischen

Wehrmacht und die „Tugenden" des deutschen Soldatentums. Neofaschistische Skandale in der Truppe reißen nicht ab. Dabei geht es nicht um Exzesse von Wehrpflichtigen – der eigentliche Skandal ist der reaktionäre Wasserkopf in der Generalität und im Offizierskorps der Bundeswehr.

Antimilitarismus und Arbeiterbewegung

Als der deutsche Imperialismus die internationale Arena betrat, war die Welt schon weitgehend unter die imperialistischen Konkurrenten aufgeteilt. Lenin vergleicht ihn mit „einem jungen und starken Räuber", der „an den Tisch des kapitalistischen Schmauses" tritt „als die Plätze schon besetzt" sind. (LW 24, S. 401, Staat und Revolution)
Erklärtes Ziel ist deshalb von Anfang an die Neuaufteilung der Welt. Seine besondere Aggressivität beweist der deutsche Imperialismus und Militarismus mit der Entfesselung des 1. Weltkrieges und mit dem faschistischen 2. Weltkrieg. Zum ideologischen Arsenal des Militarismus zählen dabei nicht nur Nationalismus, Rassismus und die Lockung mit Beuteversprechungen. Seine Kriegsziele (Neuaufteilung der Kolonien, Absatzgebiete und Rohstoffe) im 1. Weltkrieg verbarg der deutsche Imperialismus auch hinter einer hemmungslosen Friedensdemagogie. Kaiser Wilhelm II behauptet noch in seinem „Aufruf an das deutsche Volk" vom 6. August 1914: „Seit der Reichsgründung ist es durch 43 Jahre Mein und Meiner Vorfahren heißes Bemühen gewesen, der Welt den Frieden zu erhalten und in Frieden unsere kraftvolle Entwicklung zu fördern. Aber die Gegner neiden uns den Erfolg unserer Arbeit (…) So muss denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf zu den Waffen!" Propagandistisches Hauptgeschütz ist die vorgespiegelte Gefahr, Deutschland könne von der „russischen Dampfwalze" überrollt werden und unter die Herrschaft der zaristischen Despoten geraten. Mit der „zaristischen Gefahr" werden auch die Sozialdemokraten weich gekocht. Am 4. August 1914 bewilligt die Reichstagsfraktion der SPD einstimmig die Kriegskredite in Höhe von 5 Milliarden Mark, den die deutsche Regierung zur Führung des imperialistischen Krieges verlangt. Dann stimmt sie der Entmachtung des Parlamentes für vier Monate zu. Damit hat die Sozialdemokratie mit ihrer revolutionären und antimilitaristischen Tradition gebrochen. Drei Tage vor der Sitzung hatte Reichskanzler Bethmann-Hollweg noch zur Eile gedrängt. „Ich muss meine Kriegserklärung an Russland sofort haben (…) Sonst bekomme ich die Sozialdemokraten nicht mit." Als am 2. Dezember 1914 die Regierung erneute Kredite fordert, entzieht sich Karl Liebknecht der sozialdemokratischen Fraktionsdisziplin. „Dieser Krieg (…) ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital." Liebknecht verweigert die Bewilligung der Kriegskredite.
Als Antwort auf die rassistische und chauvinistische Hetze der deutschen Militaristen schreibt Karl Liebknecht im Mai 1915 sein berühmtes Flugblatt, in dem er klar legt, dass die Fronten nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Kriegstreibern und dem Volk verlaufen. „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: Der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen (…) Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk." Der Internationale Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart hatte eine Resolution August Bebels mit Abänderungsvorschlägen von Rosa Luxemburg, Lenin und L. Martow angenommen, in der es hieß:
„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet (…) alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern (…) Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."
Der Verrat der meisten Führer der Sozialistischen Internationale an ihren eigenen Beschlüssen und ihr Übergang zur Politik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit „ihren" Herrschenden bedeutete auch die Spaltung der Arbeiterbewegung.
Bis Anfang der 1930er Jahre orientierte danach die Kommunistische Internationale auf die Umwandlung imperialistischer Kriege in den Bürgerkrieg und die sozialistische Revolution. Ihre Strategie fußte auf der These, dass unter den Bedingungen des Imperialismus, der Stärke des Opportunismus und der Schwäche der Friedenskräfte, der Ausbruch

von Kriegen unvermeidlich sei.
„Der Krieg ist untrennbar vom Kapitalismus. Daraus folgt, dass eine ‚Abschaffung' des Krieges nur möglich ist durch die Abschaffung des Kapitalismus, das heißt, den Sturz der bürgerlichen Ausbeuterklasse durch die Diktatur des Proletariats, den Aufbau des Sozialismus und die Vernichtung der Klassen (…) Das Proletariat bekämpft diese Kriege der imperialistischen Staaten untereinander mit dem Programm der Niederlage der eigenen Regierung und der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg (Aus den Thesen über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten, angenommen auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Internationale, 29. August 1928)."
Die Analyse der veränderten politischen Situation und die Notwendigkeit der Verhinderung eines vom deutschen Faschismus ausgehenden Weltkrieges führte die Komintern Mitte der 1930er Jahre zu einer Veränderung ihrer Politik. Auf dem VII. Weltkongress der Komintern im August 1935 erklärte Georgi Dimitroff in seinem Schlusswort:

„Unser Kongress ist ein Kongress des Kampfes für die Erhaltung des Friedens, gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges. An diesen Kampf gehen wir jetzt auf neue Weise heran. Unser Kongress lehnt die fatalistische Haltung gegenüber imperialistischen Kriegen, die von den alten sozialdemokratischen Vorstellungen herrührt, entschieden ab. Es ist richtig, dass die imperialistischen Kriege ein Produkt des Kapitalismus sind, dass nur der Sturz des Kapitalismus allen Kriegen ein Ende bereiten wird, aber ebenso richtig ist es, dass die werktätigen Massen durch ihre Kampfaktionen den imperialistischen Krieg verhindern können."
Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus konnte sich die weltweite Antikriegsbewegung auf ein starkes sozialistisches Lager stützen. Das galt unabhängig von der weltanschaulichen Position und unabhängig davon, ob das bewusst wahrgenommen wurde oder nicht. Die Brechung des Atomwaffenmonopols der USA durch die Sowjetunion durchkreuzte die Pläne des US-Imperialismus, den Sozialismus per Angriffskrieg von der Weltkarte zu tilgen. Der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen bekam großen Aufschwung und schuf zusätzliche Möglichkeiten, dem Imperialismus Zügel anzulegen.
In Deutschland kämpften die Kommunisten gegen die Spaltung des Landes und die Remilitarisierung in den Westzonen. Gegen eine breite und mobilisierungsfähige Friedensbewegung konnte der Imperialismus den Aufbau der Bundeswehr nur mit jahrelanger Verzögerung durchsetzen. Wie die Herrschenden den Zusammenhang zwischen Militarismus nach außen und Repression nach innen sehen, machten sie mit dem Verbot der Freien Deutschen Jugend (1951) und der KPD (1956) deutlich, die zu den konsequentesten und aktivsten Gegnern der Militarisierung gehörten.
Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa hat sich der Imperialismus an eine Neuaufteilung der Welt, der Einflusszonen, Absatzmärkte, der menschlichen und natürlichen Ressourcen gemacht. In den neuen imperialistischen Kriegen wird sowohl das gemeinsame Interesse an der Sicherung der Profitwirtschaft, wie auch das Konkurrenzverhältnis der mächtigen imperialistischen Staaten sichtbar. Militärische Interventionspolitik findet in Absprache, arbeitsteilig, in Alleingängen einzelner Staaten oder in offenem Konflikt miteinander statt. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Antikriegsbewegung wieder erstarkt und dass auch unter den aktuellen Bedingungen – einer Welt ohne starken sozialistischen Block – der Kampf gegen den Krieg mit beachtlicher Wirkung geführt werden kann. So konnte zwar der Krieg gegen den Irak nicht verhindert werden, aber es entstand eine Bewegung auf allen Kontinenten, die Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und sozialer Schichten vereinte. Ihr gelang es, dass die Bush-Regierung den Krieg nur um den Preis des völligen Verlustes ihrer internationalen Glaubwürdigkeit führen konnte.

Der deutsche Militarismus nach der Niederlage des realen Sozialismus in Europa

Nach der Einverleibung der DDR war einer der ersten politischen Akte der Sieger die Auflösung der NVA der DDR. Was in Teilen der Friedensbewegung als Abrüstung missverstanden und in der Bundeswehr als „Schaffung der Armee der Einheit" verklärt wurde, war die Liquidierung der gegnerischen Armee und der Beginn des Umbaus der Bundeswehr zu einer kapitalistischen Interventionsarmee. Alle Politoffiziere wurden entlassen, kein General oder Admiral in die Bundeswehr übernommen, fast 90 Prozent der Offiziere ausgemustert. Schritt für Schritt wurde die Bundeswehr in ihrer militärischen Struktur, Bewaffnung und Strategie auf internationale Einsät-

ze außerhalb des NATO-Gebietes ausgerichtet. Mit einer Salamitaktik wurde die Truppe an immer größere und „robustere" Militäreinsätze herangeführt. Beginnend mit Sanitätssoldaten in Kampuchea bis zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zur politischen Taktik der CDU-geführten Bundesregierung gehörte es dabei, das Grundgesetz der BRD nicht zu ändern, sondern im Gegenteil Fakten zu schaffen, die dann vom Bundesverfassungsgericht 1994 abgesegnet wurden. Mit einem juristischen Kunstgriff wurde der Sinn der Verfassung auf den Kopf gestellt und das Militärbündnis NATO zu einem „System kollektiver Sicherheit" umdefiniert. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind seither mit mehrheitlicher Zustimmung des Parlamentes möglich, obwohl das Grundgesetz lediglich von „Verteidigung" spricht. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen übernahm die entscheidenden Aufgaben bei der „Enttabuisierung des Militärischen" (Schröder) in Deutschland. Sie setzte die Teilnahme der Bundeswehr beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien durch und sorgte dabei gleichzeitig für die Ruhigstellung der Gewerkschafts- und Teilen der Friedensbewegung. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 wurden die letzten Schranken eingerissen. Künftige Einsätze der Bundeswehr lassen sich danach „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen". Einsatzort der Bundeswehr ist der gesamte Globus – wo immer das deutsche Kapital seine Interessen abzustecken oder zu sichern gedenkt. SPD und Grüne sorgten auch für die ideologische Zerstörung des Nachkriegskonsenses der BRD: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg", indem sie mit einer hemmungslosen Lügenpropaganda den Angriffskrieg gegen Jugoslawien als „humanitären" Krieg verkauften, der gegen Völkermord und KZ-Lager geführt werden müsse.

Die Neudefinition des Begriffes „Verteidigung" (Interessenverteidigung statt Landesverteidigung) brachte der sozialdemokratische „Verteidigungs"minister Struck am prägnantesten auf den Punkt, indem er von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch sprach. Der deutsche Imperialismus spielt eine führende Rolle bei der Militarisierung der Europäischen Union. Unter deutschem Vorsitz wurden im ersten Halbjahr 1999 die entscheidenden Beschlüsse für den Aufbau einer EU-Interventionsarmee und die Militarisierung der EU-Außenpolitik gefasst. Gleichzeitig spielt Deutschland eine wichtige Rolle beim Umbau der NATO zum weltweit agierenden Militärpakt und beim Aufbau einer schnellen NATO-Interventionstruppe.

Im Zusammenspiel mit Paris setzte die Berliner Regierung die entscheidenden militaristischen Artikel im EU-Verfassungsvertrag durch: die Gründung einer Rüstungsagentur und die forcierte Militärpolitik unter Umgehung des Einstimmigkeitsprinzips – die so genannte „strukturierte Zusammenarbeit". Gemeinsam mit der britischen und französischen Regierung betreibt die Bundesregierung die Aufstellung von EU-Kampfverbänden (battle groups) für die schnelle Verlegung und Kampfeinsätzen auch unter extremen klimatischen und geografischen Bedingungen. Der Aufbau der EU-Militärmacht erfolgt dabei in einem widersprüchlichen Interessengeflecht, in dem gemeinsame und konkurrierende Interessen zwischen EU und der imperialistischen

Führungsmacht USA aufeinander treffen. Innerhalb der EU gibt es Widersprüche und Gemeinsamkeiten zwischen den Führungsmächten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den mittleren und kleinen Staaten, zwischen einer deutsch-französischen Achse und Großbritannien, zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus. Solche Widersprüche zu analysieren und gegebenenfalls auszunutzen ist eine wichtige Aufgabe antimilitaristischer Politik.

Antimilitarismus und Pazifismus

Marxisten haben in der Vergangenheit den Begriff „Pazifismus“ für sehr unterschiedliche politische Positionen gebraucht. So wurde er für prinzipielle Gegner des Krieges verwendet, mit denen Antimilitaristen gemeinsam kämpften, aber auch für jene, die nur zeitweilig oder aus taktischen Gründen gegen diesen oder jenen Krieg Stellung bezogen und schließlich auch für solche, die nur heuchlerisch vom Frieden redeten und dabei den Krieg vorbereiteten. Als Kautsky, der bedeutendste Theoretiker der II. (sozialistischen) Internationale, gegen Ende des I. Weltkrieges gegen Annexionen der imperialistischen Konkurrenten Deutschlands auftrat, sich aber über die Raubzüge des deutschen Imperialismus ausschwieg, nannte Lenin das „sozialistischen Pazifismus”. (LW 23, S. 184)

Kriege brechen nicht einfach aus wie Naturkatastrophen. Sie entspringen den inneren Entwicklungsgesetzen des Imperialismus. Solange der Imperialismus das einzige oder bestimmende Weltsystem war, war Kampf gegen den Krieg deshalb für Marxisten gleichbedeutend mit dem Kampf um die revolutionäre Überwindung des Imperialismus. Das Predigen allgemeiner Friedensbotschaften, statt den konkreten Kampf gegen imperialistische Kriege und Kriegsvorbereitungen zu führen, war für Marxisten „bürgerlicher Pazifismus“. In allen wichtigen friedenspolitischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte in unserem Land spielte die gemeinsame Aktion von Pazifisten und Antimilitaristen eine entscheidende Rolle. Beim Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD und bei den Demonstrationen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. In der Bewegung gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern, bei den Aktionen gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und die neuen Kolonialkriege, die unter der demagogischen Losung „Krieg gegen den Terror” geführt werden. Immer wieder wurde daher von den Herrschenden versucht, Keile zwischen Pazifisten und Antimilitaristen zu treiben. Eine beliebte Propagandaformel war dabei stets das Märchen von der kommunistischen Unterwanderung der Friedensbewegung. Solche Spaltungsversuche müssen auch in Zukunft zurückgewiesen werden. Politische Pazifisten betonen in ihren Stellungnahmen zu Krieg und Kriegsursachen heute ebenso wie Antimilitaristen die kriegstreiberische Funktion militärisch-industrieller Komplexe, analysieren die Rolle von Profit- und Rohstoffinteressen der imperialistischen Länder und treten für die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft und für eine alternative Weltordnung ein. Unterschiedliche Auffassungen zwischen Antimilitaristen und Pazifisten sollten solidarisch diskutiert werden. Sie ändern nichts an der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Kriegspolitik. Für Marxisten ist die Solidarität mit bewaffneten Befreiungskämpfen wie in El Salvador oder Nikaragua und die Unterstützung von Verteidigungskriegen gegen imperialistische Aggressionen wie in Vietnam oder der militärische Kampf gegen den Faschismus Teil ihres politischen Selbstverständnisses. Dabei verabsolutieren sie den bewaffneten Kampf nicht, sondern betrachten ihn als eine mögliche Kampfform über die jeweils unter Berücksichtigung der konkreten Umstände zu entscheiden ist. Antimilitaristen halten es für notwendig, alle Möglichkeiten des Kampfes gegen den Militarismus auszunutzen. Dazu kann die Verweigerung des Kriegsdienstes genau so gehören wie die antimilitaristische Arbeit in der Armee und mit den Soldaten.

Antimilitarismus heute

Antimilitaristische Arbeit und der Kampf gegen die von den imperialistischen Ländern geführten Kriege ist heute eine der wichtigsten Aufgaben für junge Sozialisten und Kommunisten. Ideologisch muss dabei die Lüge von den angeblichen „humanitären Interventionen“ entlarvt werden. Der angebliche „Krieg gegen den Terror“ ist in Wahrheit ein Krieg um die Sicherung von Einflusszonen, Rohstoffquellen und Absatzmärkten und die militärische Absicherung des Profitsystems. Zu analysieren ist, wie sich in die Friedensdemagogie des deutschen Imperialismus immer stärker Elemente mischen, die offen und aggressiv Imperialismus und Kolonialismus als „Segnungen“ für die Welt preisen. Militarismus und Demokratie sind unvereinbar. Der Kampf um Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte muss daher einen breiten Raum im antimilitaristischen Kampf einnehmen. Die Herrschenden in unserem

Land sind dabei, die Fesseln, die dem deutschen Militarismus in der Vergangenheit angelegt werden konnten, Stück für Stück zu lockern. So wird versucht, die Entscheidungsbefugnis des Bundestages über Bundeswehreinsätze weiter einzuschränken. Auf der Ebene der EU hat das EU-„Parlament“ bei Kriegseinsätzen und bei der weiteren Militarisierung der Außenpolitik so gut wie keine Kompetenzen. Antimilitaristen stellen den Zusammenhang zwischen dem Ausbau des Militärapparates und dem Abbau sozialer Errungenschaften her. Mit den Beschaffungsprojekten der Bundeswehr werden für Jahrzehnte gigantische Milliardenbeträge verplant, die dann für soziale Projekte fehlen. Im EU-Verfassungsvertrag wurde gar die Pflicht der Mitgliedstaaten zur permanenten Aufrüstung formuliert. Antimilitaristen arbeiten für breite Bündnisse und Bewegungen gegen Aufrüstung und Krieg. Insbesondere die Gewerkschaften und die Beschäftigten in den Betrieben müssen für solche Bündnisse gewonnen werden. Der Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Militarismus und imperialistische Kriegspolitik muss auch international stärker vernetzt und koordiniert werden. Junge Sozialisten und Kommunisten stehen dabei in der Verantwortung, die Kriegspolitik der „eigenen“ Regierung zu entlarven und zu bekämpfen.

Begriffserklärung:

Primat der Politik meint: Die Politik hat Vorrang. In der Frage beim Militarismus geht es darum, ob die Politik bestimmt was das Militär macht... Wenn „das Primat der Politik“ zurückgedrängt wird, hieße das, dass die Gefahr besteht, dass künftig das Militär eigenständig entscheiden könnte, wo und wann Kriege geführt werden und diese Kriegseinsätze nicht mehr politisch gerechtfertigt werden oder durch die Politik/Diplomatie nicht mehr verhindert werden könnten.

Militärisch- Industrieller Komplex(MIK): Der Staat ist eigentlich für die Friedens- und Kriegspolitik verantwortlich, aber es gibt auch unzählige Rüstungsbetriebe, die für diese Politik Waffen und Geräte herstellen. MIK meint: Der Staat und die Rüstungsbetriebe arbeiten Hand in Hand um Kriegsmaterial herzustellen und beeinflussen sich gegenseitig. Entwickelt z.B. ein Konzern eine neue Waffe, sorgt der Staat dafür, dass diese Waffe auch hergestellt und in großer Stückzahl gekauft wird. Bereitet der Staat einen Krieg vor, gibt das Großaufträge an die Rüstungskonzerne... Deshalb wird z.B. dafür gesorgt, dass ein Krieg schön lange dauert, damit das Kriegsmaterial auch verbraucht wird und neues Material hergestellt werden kann. Diese gegenseitige Beeinflussung versteht man unter MIK.

Arbeitsfragen

1. Was sind die Ursachen von Kriegen? Warum ist Krieg keine natürliche „menschliche Eigenschaft“?
2. Können Kriege unterschiedliche Charaktere haben? Gibt es fortschrittliche Kriege?
3. Wie ist das Verhältnis der EU zu den USA zu bewerten? Wird deutsche Kriegspolitik durch die US-Politik bestimmt? Welche Standpunkte herrschen in der Friedensbewegung vor und welche sollten wir in Bündnissen vertreten?

Antifaschismus

Der Klassencharakter des Faschismus

Die Wahrheit über den deutschen Faschismus ist nicht nur ein Geschichtsthema, sie ist von brisanter Aktualität. Unbesehen wird offiziell die verlogene Selbstbenennung der Faschisten als „Nationalsozialisten" übernommen; in den Medien werden die faschistischen Verbrechen als „unfassbares Phänomen" oder „Ausfluss des Bösen in der Natur des Menschen" erklärt; den Faschismus als eine Herrschaftsform des Kapitals zu werten wird sytematisch kriminalisiert. So gehört es zum Standartrepertoire des „Verfassungsschutzes", jeden zum „Verfassungsfeind" zu stempeln, der die Charakterisierung des Faschismus auf dem VII. Weltkongress der Kommunisrtischen Internationale, 1935, für zutreffend hält. Dort hatte Georgi Dimitroff nicht undifferenziert von Kapitalherrschaft gesprochen, sondern den „Faschismus an der Macht" präzise benannt als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals." Es wäre töricht, wollten wir uns darüber entrüsten, dass man diese historisch stichhaltige Definition mit dem Stigma „orthodox-kommunistisch" als unwissenschaftlich abqualifizieren will. Vielmehr haben wir treffende Gründe, offensiv über den Klassencharakter des Faschismus aufzuklären. Die zwölf Jahre der Naziherrschaft, das war die Exekution einer „terroristischen Diktatur", wie sie brutaler nicht hätte sein können: mit der staatsterroristischen Zerschlagung der Arbeiterbewegung, mit rassistischer Verfolgung bis zum Holocaust, mit dem Terrorsystem der KZ-Lager, der SS und Gestapo, mit den Eroberungs- und Vernichtungsfeldzügen der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg, mit millionenfacher Versklavung und Völkermord - und alles diktiert von dem Weltherrschaftsstreben der „am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals." Weil diese Schuld und Verantwortung, dieser Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, zwar geleugnet und verdrängt, aber nicht wirklich aufgehoben werden kann - darum fürchtet man in der herrschenden Klasse bis heute die Aufdeckung von Klasseninteressen als der Quelle des Faschismus wie der Teufel das Weihwasser. Zum Beweis des Klassencharakters des Faschismus sind gerade unter den heutigen Bedingungen auch Tatsachen aus der Zeit des Weges zur Macht aufschlussreich. Dimitroff hatte 1935 erklärt: „Der Faschismus - das ist nicht eine über den Klassen stehende Macht, auch nicht die Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital (wie gängige „Theorien" behaupteten). Der Faschismus - das ist die Macht des Finanzkapitals selbst".

Aus diesen Gesellschaftskreisen wurde die faschistische Diktatur vorbereitet. 1930, in der tiefsten Wirtschaftskrise, stellte der Hoesch-Konzern in seiner Werkszeitung „die Frage des Führertums"; den „Willen der gesamten Gesellschaft" kann nur ein Führer darstellen, „der allein den echten Staat verkörpern kann". In einem Brief, mit dem sie im November 1932 den Reichspräsidenten Hindenburg aufforderten, die Kanzlerschaft an Hitler, „den Führer der größten nationalen Gruppe" zu übertragen, erklärte ein großer Kreis führender Vertreter des Industrie- und Bankkapitals: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerlässliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft." Hitler selbst hatte sich und seine Bande den Spitzen des Großkapitals wärmstens anempfohlen. Am 27.1.1932 brüstete er sich vor 700 Wirtschaftsführern im Deutschen Industrieclub als Führer der „einzigen Partei, die in sich nicht nur den internationalen, sondern auch den demokratischen Gedanken restlos überwunden hat" und: „Wir haben den unerbittlichen Beschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten." Am 20.2.1933 diente sich dieser Führer der Partei, die in ihrem Namen den Anspruch „sozialistisch" und „Arbeiter" trug, führenden Industriellen als Garant des kapitalistischen Eigentums an: „Pri-

vatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrechtzuerhalten; sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt." Die Anbetung des Kapitals und die Verdammung des Klassenkampfes geht im Einklang mit heutigen Äußerungen bis in bestürzende Details. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung"schrieb am 22. März 1931: „Als besonders verhängnisvoll hat sich auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechtes die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, d.h. der Ausschluss abweichender Vereinbarungen und dessen Festhaltung durch die Gewerkschaften erwiesen." Ganz in diesem Sinne wusste Hitler in den „Führerbriefen" vom 8.September 1931: „Eine wirksame Wandlung in der Wirtschafts- und Lohnpolitik wird sich daher sichern lassen, wenn man die Bedeutung der Gewerkschaften wesentlich zurückdrängt und das Interesse der Arbeitnehmer an den Gewerkschaften abschwächt."

Soziale Demagogie - ein Markenzeichen der Faschisten

Wurden also die Faschisten vom Großkapital zu den elitärsten Vollstreckern seiner Klasseninteressen erkoren, bleibt es eine wichtige Erfahrung, dass der Faschismus gerade in Deutschland um eine Massenbasis bemüht war. Dimitroff sprach 1935 deshalb von der Aufgabe: „Man muss diesen wirklichen Charakter des Faschismus besonders stark unterstreichen, weil der Deckmantel der sozialen Demagogie dem Faschismus die Möglichkeit gegeben hat, in einer Reihe von Ländern, die durch die Krise aus ihrem Geleise geworfenen Massen des Kleinbürgertums und sogar manche Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats mitzureissen, die niemals dem Faschismus gefolgt wären, wenn sie seinen wirklichen Klassencharakter, seine wahre Natur begriffen hätten." Das trifft im Wesen heute noch zu. Aus sozialer Demagogie, die an Erfahrungen der Hitlerfaschisten anknüpft, erklärt sich der Einbruch neonazistischer Denkmuster bis in die arbeitende und arbeitslose Bevolkerung. Im Kern geht es darum, eine richtige Orientierung des Widerstandes gegen die sozialreaktionäre Politik von Kapital und Kabinett zu verhindern, vom Klassenkampf abzulenken, indem die sozialen Probleme im nationalistisch-rassistischen Sinne verfälscht werden. Waren bei den Hitlerfaschisten „die Juden" die Sündenböcke, sind es heute in verschiedenen Varianten „die Ausländer." Wie raffiniert immer die Neonazis - wie schon ihre braunen Vorläufer - in „Antikapitalismus" machen - am nationalistisch-rassistischen Touch entlarvt sich ihre Demagogie. Doch nicht unwirksam helfen sie so dem Kapital, seine Unfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme zu verschleiern. Die Hitlerleute verklärten kapitalistische Ausbeutung, indem sie dem „raffenden"-jüdischen, das „schaffende"-deutsche Kapital gegenüberstellten. Die Neonazis von heute haben bereits wieder den „anständigen deutschen Unternehmer" entdeckt und in einer Situation schärfster Angriffe des Kapitals, die zum Widerstand herausfordern, predigen sie „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf". Stets war und ist Sozialabbau der günstigste Nährboden für die soziale Demagogie von Faschisten.

Über Neofaschisten zu neuem Faschismus?

Eine der wichtigsten Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 ist die notwendige Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten zur Wahrung der Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung gegen das Kapital, zur Abwehr der faschistischen Diktatur. Wilhelm Pieck sprach 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von Fehlern, die sich „aus der absolut falschen Vorstellung" ergaben, „dass sämtliche bürgerliche Parteien faschistisch seien, dass es ‚keine zwei Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie' gebe, dass es den Kommunisten nicht gezieme, die Reste der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen." Die deutsche Großbourgeoisie hat sich nach der mit Misserfolg von ihr angewandten Herrschaftsmethode der faschistischen Diktatur für die bürgerlich-parlamentarische Demokratie entschieden, aus Überlebensinteresse und zu ihrem Vorteil. Der deutsche Imperialismus war in die komfortable Stellung der europäischen Zentralmacht und wieder zur Kriegsmacht aufgestiegen. Doch brachte gerade diese „Erfolgsgeschichte" durchgängig Demokratieabbau hervor. 2006, im 50. Jahr des KPD-Verbots von 1956, stehen Auseinandersetzungen um innenpolitische Verschärfungen bis zum Einsatz der Bundeswehr im Innern an. Da ist es kein Anachronismus, dass Neofaschismus als eine sich aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus produzierende politische Erscheinung zur aktuellen Gefahr geworden ist. Da die deutsche Großbourgeoisie kein Interesse daran haben kann, den Anspruch oder Anschein demokratischer Solidität preiszugeben, der sich für sie machtpolitisch auszahlt, andererseits jedoch zwecks Machtsicherung verschärfte Einschränkungen der Demokratie betreibt, aber sich zu keiner wirksamen Unterbindung des Treibens der Neofaschisten aufrafft, „geziemt" es sich für uns, die „Reste der Demokratie" zu verteidigen. Der Kampf um Demokratie ist ein unabdingba-

rer Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus. Auch wenn das Kapital nicht unmittelbar die neofaschistischen Kräfte zur Errichtung einer faschistischen Diktatur braucht, wachsen denen für das Kapital nützliche und geradezu systemnotwendige Funktionen zu, woraus sich ihre schonsame Duldung durch die herrschende Klasse erklärt. Das Spektrum dieser Funktionen ist durchaus entwicklungsträchtig. Hier seien einige aufgeführt, die in der gegenwärtigen Entwicklung erkennbar zur Geltung kommen:

• Die Funktion, Protestpotentiale aufzufangen und von Klassenpositionen in eine für das Kapital erträgliche, nationalistisch-rassistische Richtung abzuleiten.
• Die Alibifunktion für reaktionäre Regierungspolitik, indem zum Beispiel durch forcierten Ausländerhass es der Exekutive erleichtert wird, ihre restriktive Einwanderungs-, Asyl- und Abschiebepolitik zu praktizieren.
• Die Antreiberfunktion in der Rechtsentwicklung, indem Regierungs- und Parlamentsparteien Forderungen und ideologische Positionen der Neonazis aufnehmen und ihren Rechtsdrall als wirksame „Bekämpfung des Rechtsextremismus" ausgeben.
• Die Funktion der Unterstützung offizieller ideologischer Prozesse und Kampagnen, wie sie in der „Geschichtsbild-Revision" bestehen, aktuell durch das zielgerichtete Hochspielen des „Vertreibungs"-Themas.
• Die Funktion der terroristischen Provokation gegen demokratische, antifaschistische Kräfte, der Einschüchterung gegenüber der Öffentlichkeit.

Durch diese Funktionen bildet der Neofaschismus eine echte Gefahr in unserem Land, auch wenn daraus nicht auf einen unmittelbaren Übergang in eine neue faschistische Diktatur zu schliessen ist. Die Entscheidung über die politische Herrschaftsform wird sich das Großkapital mit Macht selbst vorbehalten. Darum jedoch ist die Nützlichkeit des Neofaschismus ein gewichtiger Kritikpunkt in der Auseinandersetzung mit der Macht des Großkapitals.

Arbeitsfragen

1. Wie wird der Klassencharakter des Faschismus bestimmt? Was unterscheidet diesen von der Klassenbasis?
2. Was verstehen wir unter sozialer Demagogie und was ist deren Aufgabe? Wie verhalten wir uns, wenn Faschisten mit den selben Forderungen auftreten wie wir?
3. Neofaschistische Bewegungen haben in der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Funktionen. Unter was für Bedingungen kommen welche davon zum Tragen?
4. Besteht derzeit mit dem Anwachsen der neofaschistischen Bewegung die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur? Unter welchen Bedingungen könnte dies der Fall sein?

Proletarischer Internationalismus

Die Entstehung der Nationen

Wie alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen untersucht der Marxismus auch die Nationen in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Sie sind an die Entstehung des Kapitalismus gebunden, um einen inneren Markt für den Warenabsatz zu schaffen. Dabei galt es vor allem, die Kleinstaaterei mit ihren Zollschranken zu überwinden. In allen europäischen Ländern entwickelten sich deshalb mit Beginn des 18. Jhds Bewegungen, die von der damals fortschrittlichen Bourgeoisie geführt, für den Zusammenschluss der Nation und die Bildung von Nationalstaaten eintraten. Die gemeinsame Sprache ist dabei ein wichtiges Moment, genauso wie eine gemeinsame Kultur. „Die Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart." (Stalin, Marxismus und nationale Frage, 1913)

Um Missverständnissen vorzubeugen sei hierzu folgendes ergänzt: Unter einer Nation verstehen wir eine „Gemeinschaft von Menschen", die nicht verwechselt werden darf mit dem bürgerlichen Nationalstaat. So gibt es eine Reihe von Nationen ohne eigenen Staat (z.B. Kurdistan). Zur „psychischen Wesensart" ist anzumerken, dass diese natürlich nicht biologisch bedingt ist, sondern sich historisch durch verschiedene Faktoren entwickelt hat und natürlich im Verlauf der weiteren Entwicklung veränderbar ist.

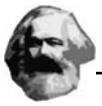
Nationalismus und Chauvinismus

In den westeuropäischen Ländern formierten sich die Nationen im Kampf gegen den Feudalismus und bildeten Nationalstaaten. In anderen Staaten, etwa dem zaristischen Russland, entwickelten sich viele Nationen, die allerdings blutig unterdrückt wurden. War die Bourgeoisie in ihrem Kampf um die politische Macht noch auf das Bündnis mit den Volksmassen angewiesen, machten sich bald die Klassenwidersprüche bemerkbar. Waren die Appelle an die Nation und das Vaterland im Kampf gegen den Feudalismus noch fortschrittlich, schlugen sie nun in den Händen der Bourgeoisie in ihr Gegenteil um. Die bürgerlichen Nationalstaaten, zusammengehalten von den unsichtbaren Fesseln der Warenproduktion, schotteten sich voneinander ab, da der Kampf um die Märkte entbrannt war. Die einheimischen Kapitalisten wollen ihren heimischen Markt schützen und gleichzeitig die anderen erobern. Nationalismus und Chauvinismus waren geboren und hetzten die Völker aufeinander und verdeckten gleichzeitig die soziale Frage, den Klassenkampf.

Die Wurzeln des proletarischen Internationalismus

In der Arbeiterbewegung spielte diese Frage eine große Rolle, gilt es doch auch heute noch, den Nationalismus zu bekämpfen und die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse in den Vordergrund zu stellen. Da das Proletariat keine Produktionsmittel besitzt, hat es keine Interessen, die es in einen Widerspruch zu anderen Nationen bringt. Seine gesamten Klasseninteressen drängen im Gegenteil zur internationalen Vereinigung und Koordinierung des Kampfes. So war schon der erste Zusammenschluss der revolutionären Arbeiter, der Bund der Kommunisten, in dessen Auftrag das kommunistische Manifest entstand, ein internationaler Verband. In ihm hatten sich Menschen aus ganz Europa zusammengeschlossen. Im Manifest begründeten Marx und Engels erstmals den Internationalismus:

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder,



ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. (...) Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."

Die 1. Internationale

Die 1. Internationale, gegründet 1864, war die erste internationale Massenorganisation. Ihre Aufgabe war es, die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung (Anarchismus, Trade-Unionismus) zu einigen und theoretisch eine gemeinsame Linie auf Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus auszuarbeiten. In den industriell entwickelten Ländern sollten selbständige Arbeiterparteien für den politischen Kampf aufgebaut werden. Im Gründungsdokument, der Inauguraladresse, werden zum ersten Mal Grundgedanken des Internationalismus festgehalten: „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.
Karl Marx und Friedrich Engels spielten bei der Gründung und Entwicklung der Internationale eine wichtige Rolle. Nachdem sich mit der Herausbildung von Arbeiterparteien auf marxistischer Grundlage die Ziele erfüllt und neue Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit ergeben hatten, wurde die 1. Internationale 1876 aufgelöst.

Veränderte Bedingungen durch den Imperialismus

Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine reaktionäre Phase, den Imperialismus, veränderte sich auch die Grundlage für den proletarischen Internationalismus und er musste weiterentwickelt werden. Durch die Herausbildung der Monopole und des Finanzkapitals und mit ihnen des Kapitalexports änderte sich die ökonomische Situation der abhängigen Länder und der imperialistischen Länder untereinander. Die ökonomische Aufteilung der Welt betonierte schon zu Beginn des 20. Jhds das imperialistische System. Wenige Staaten beuten den Rest der politisch abhängigen, wie unabhängigen Länder aus. Möglich ist dies nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen Macht der Monopole. Sie nutzen auch die politische und militärische Macht ihrer imperialistischen Staaten, um im Warentausch zusätzliche Profite zu bekommen. Über diesen so genannten nichtäquivalenten Warentausch sichern sich die Monopole zusätzlichen Profit aus dem Mehrwert, den die Arbeiter in den abhängigen Ländern schaffen. Mittel zur Ausbeutung durch das Finanzkapital war von Anfang an das Kreditsystem. Heute durchgeführt von IWF und Weltbank wird dadurch in den abhängigen Ländern Mehrwert gestohlen und in die Zentren umgeleitet. In diesem System spielt auch der zeitweise Nachlass von Schulden keine Rolle. Diese sind zum einen meistens durch staatliche Bürgschaften für die Banken gesichert, so dass sie von den Arbeitern der Zentren (die ja hauptsächlich zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen) gezahlt werden. Zweitens wird das System dadurch erst wieder in Gang gebracht. Durch neue Schulden werden die abhängigen Länder immer tiefer in die Abhängigkeit getrieben und damit die steigenden Profite des Finanzkapitals gesichert. Aus eben diesen Profiten kann dann auch die Arbeiteraristokratie in den Zentren bestochen werden

Die 2. Internationale

Doch zurück zum Kampf der Arbeiterbewegung: 1889 wurde die 2. Internationale gegründet. Ihre entscheidende Aufgabe war der Aufbau von Massenparteien in den einzelnen Ländern und der Kampf gegen bürgerliche Einflüsse in der Arbeiterbewegung. Der erste gemeinsame Kampf war der 1. Mai 1890, der Beginn des Kampftages der internationalen Arbeiterklasse, mit der zentralen Forderung nach dem 8-Stunden-Tag. Ähnlich wurde der 8. März als Frauentag geschaffen. Seit 1893 war zudem die Friedensfrage zentral. Zahlreiche Beschlüsse verpflichteten die Arbeiterparteien zum Kampf für den Frieden. 1907 wurde auf der Stuttgarter Konferenz festgelegt, dass im Falle eines Krieges alles getan werden sollte, um ihn zu verhindern und die Situation zum Sturz des Kapitalismus zu nutzen. Mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus setzten sich in der 2. Internationale immer mehr die opportunistischen Kräfte durch, was schließlich 1914 zum Verrat an der Arbeiterklasse führte. Vor allem die Führung der SPD ließ sich vom Chauvinismus der deutschen Bourgeoisie einlullen und ließ die Arbeiter im Namen der Befreiung Russlands vom Zarismus auf den Schlachtfeldern verbluten. Der „Burgfrieden" der meisten Arbeiterparteien mit „ihren" Kapitalisten zerstörte die 2. Internationale.

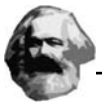
Die nationalen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegung

Durch die Krise des Imperialismus, die ihren Ausdruck im 1. Weltkrieg fand, trat deutlich ein neuer Akteur auf. In den Kolonien erhoben sich die Menschen zu nationalen Befreiungsbewegungen. Sie fanden in der Arbeiterbewegung und der jungen Sowjetunion einen verlässlichen Bündnispartner. Denn schnell wurde erkannt, welchen Einfluss die unterdrückten Länder auf den Imperialismus haben. Ist er in der Lage, sie in aller Ruhe auszubeuten, stärkt es den Imperialismus und es werden neue Quellen für die Bestechung der Arbeiter erschlossen. Erhebt sich eine Bewegung gegen die nationale Unterdrückung durch den Imperialismus, werden damit auch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den Zentren unterstützt. Sie haben objektiv die gleichen Interessen und ihre Befreiung ist nicht möglich, ohne ein festes Bündnis beider Bewegungen. Die Arbeiterbewegung in den Zentren hat dabei die Aufgabe, die Befreiungsbewegung gegen die „eigenen“ Imperialisten zu unterstützen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Eine wichtige Forderung des proletarischen Internationalismus ist daher auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Gemeint ist damit das Recht jeder Nation auf Lostrennung und eigenständige staatliche Existenz. Ohne diese Forderung bis zur letzten Konsequenz zu unterstützen ist die Solidarität der Arbeiter aus den Zentren nur eine Phrase, da sie sich damit auf die Seite der Unterdrücker stellt. Ohne diese Forderung bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen ist es unmöglich, die Nationen auf freiwilliger Basis zu vereinigen und damit die nationalen Borniertheiten zu überwinden.
„Hieraus ergeben sich zwei Seiten, zwei Tendenzen in der nationalen Frage: die Tendenz zur politischen Befreiung von den imperialistischen Fesseln und zur Bildung eines selbstständigen Nationalstaats, eine Tendenz, die auf Grundlage der imperialistischen Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung entstanden ist, und die Tendenz zur wirtschaftlichen Annäherung der Nationen, die sich aus der Bildung des Weltmarktes und der Weltwirtschaft ergeben hat.“ (Stalin)
Damit ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auch die stärkste Waffe des proletarischen Internationalismus, denn sie ist der direkte Angriff auf den Nationalismus und gräbt ihm das Wasser

ab. Natürlich ist nicht jede nationale Bewegung per se fortschrittlich. Ausgehen muss man: „erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation; zweitens von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet; drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegensatz zu dem bürgerlich-demokratischen Lug und Trug“ (Lenin)
Zusätzlich muss es darum gehen bei dieser Einschätzung nicht nur einen Teil, sondern seinen Zusammenhang mit dem Ganzen zu betrachten, d.h. die Befreiungsbewegung in den weltweiten antiimperialistischen Kampf und seine Aufgaben zu stellen. Die Arbeiterbewegung der Zentren muss weiterhin beachten, dass es im Umgang mit den Menschen der unterdrückten Länder darauf ankommt, die nationalen Besonderheiten und auch die jahrelange Unterdrückung durch „ihr“ Land zu berücksichtigen und nicht darum, es „ihren“ Imperialisten gleich zu tun. Dies gilt auch im Zusammenhang mit der Bewertung der politischen Praxis der Befreiungsbewegung, auch im Umgang mit Nationalismus und



Patriotismus.
„Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation. Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu... Deshalb muss der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder so genannten „großen“ Nationen (...) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt.“ (Lenin)

Die sozialistische Nation

Durch die konsequente Umsetzung dieser Politik erreichten die Bolschewiki die Vereinigung der Nationen in der Sowjetunion. Dies fand seinen Ausdruck in umfangreichen Rechten der Nation des ehemals zaristischen Russlands und der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. So trat an die Stelle der bürgerlichen Nation die sozialistische. Sie wird nicht mehr vom Kitt des Privateigentums und Nationalismus zusammengehalten, sondern von gegenseitigem Vertrauen und der Zusammenarbeit der Nationen. Die sozialistische Nation ist dem proletarischen Internationalismus verpflichtet und bildet damit die Grundlage für die Vereinigung der Menschheit. Ähnlich dem Staat werden auch die Nationen absterben, da im Verlauf der sozialistischen Entwicklung die (historisch bedingten) Unterschiede zwischen den Nationen mehr und mehr verschwinden.

Die 3. Internationale

Als Schlussfolgerung aus den neuen Kampfbedingungen und den Erfahrungen vor dem 1. Weltkrieg wurde 1919 die 3. Internationale, die kommunistische Internationale (KI) gegründet. Ihre Aufgaben waren zu Beginn die Verteidigung der Sowjetunion durch breite internationale Solidarität und die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. In der KI wurden die Theorien und die praktischen Erfahrungen der KPdSU verallgemeinert und so nutzbar für den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus gemacht. Im Gegensatz zur 2. Internationale war die KI durch eine strikte Disziplin und einen ausgereiften demokratischen Zentralismus gekennzeichnet. Geleitet wurde sie vom Exekutivkomitee (EKKI). Beschlüsse wurden in den Sektionen umgesetzt, was zu einem einheitlichen und damit mächtigen Instrument für die Befreiung der Menschheit wurde. Allerdings ergaben sich auch Gefahren und Konflikte. Die dominierende Rolle der KPdSU, die sich allein schon durch die Tatsache ergab, daß die UdSSR das zunächst einzige Land der Welt war, in der die Arbeiterklasse die Macht erobert hatte, konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der Politik der KI bleiben und musste zu Konflikten führen. So ergaben sich mehrfach Interessensunterschiede zwischen den jeweiligen taktischen Erwägungen der Außenpolitik der UdSSR und den Erfordernissen des Klassenkampfes im jeweiligen Land. Durch die Fehleinschätzung der Rolle der Sozialdemokratie etwa wurde der Kampf gegen den Faschismus behindert. Erst mit dem VII. Weltkongress 1935 setzte sich die Faschismusdefinition in allen Sektionen der KI durch und es konnte entsprechend der Volksfrontpolitik gehandelt werden. Mit der Durchsetzung einer gemeinsamen Strategie und Taktik in den kommunistischen Parteien hatte die KI ihre Aufgabe erfüllt. Hinzu kamen die vollkommen unterschiedlichen Kampfbedingungen in den verschiedenen Ländern. So wurde die KI 1943 aufgelöst. 1947 folgte ihr mit dem kommunistischen Informationsbüro (Kominform) ein weiterer Zusammenschluss auf internationaler Ebene. Allerdings diente es mehr dem Austausch und der Koordinierung der Aktivitäten und es wurden keine verbindlichen Beschlüsse mehr gefasst. Es existierte bis 1957. Die kommunistischen und Arbeiterparteien treffen sich seit dem zu Konferenzen, um Standpunkte zu diskutieren und Aktionen abzusprechen. Mit der Befreiung Europas vom Faschismus durch die Sowjetunion wurde nicht nur das Lager der sozialistischen Staaten in Europa geschaffen, sondern auch eine Epoche der nationalen und antikolonialen Bewegung. Die Imperialismus musste eine Reihe von Niederlagen einstecken: 1949 China, 1950 Indien, das gesamte Kolonialsystem brach zusammen, spätestens 1974 mit der Befreiung Portugals vom Faschismus, die gleichzeitig den Erfolg des langjährigen Unabhängigkeitskampf in den Kolonien bedeutete. Vielleicht eines der besten Beispiele, wie die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung zusammen kämpfen. Mit der Niederlage des Sozialismus wirkte auch das nationalistische Gift der Bourgeoisie wieder und die Nationen wurden aufeinander gehetzt, um sie besser unterdrücken zu können. Vor allem die ehemaligen sozialistischen Staaten wurden durch dieses

Gift gegeneinander ausgespielt. Einen neuen Anlauf der nationalen Befreiung erleben wir gegenwärtig in Lateinamerika. Vorangetrieben durch das Vorbild des sozialistischen Cuba und dem bolivarianischen Venezuela erwacht der Kampf gegen den US Imperialismus auf dem Kontinent. Neben der Befreiung der (indigenen) Nationen spielt hier die wirtschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Nationen die hervorragende Rolle, um die USA abzuschütteln.

Der WBDJ

Solidarisch verbunden mit diesen Kämpfen war von Anfang an die fortschrittliche Jugend der Welt. Während des 2. Weltkrieges kam sie erstmals zusammen, um zu diskutieren, wie die Welt vor einem neuen Rückfall in die Barbarei geschützt werden konnte. Am 10. November 1945 wurde daraus dann der Weltbund der demokratischen Jugend. In der Gründungserklärung heißt es: „Wir geloben, die Einheit aller jungen Menschen in der Welt zu schaffen, Menschen aller Rassen, jeglicher Hautfarbe, aller Nationalitäten und jeglicher Konfession; alle Überreste des Faschismus von dieser Erde zu tilgen, eine tiefe und ehrliche internationale Freundschaft aller Völker der Welt zu fördern; einen gerechten und dauernden Frieden zu erhalten und Not und erzwungene Betätigungslosigkeit auszumerzen.“ Der WBDJ hat in seiner Geschichte zahlreiche Solidaritätsaktionen gestartet, z.B. ein Krankenhaus in Vietnam gebaut; es gab Unterstützung für die chilenischen GenossInnen, die vor dem Putsch fliehen mussten, Boykottkampagnen gegen das Apartheidsregime in Südafrika, Solidaritätsmissionen nach Palästina und Spendensammlungen für Nicaragua. 1947 war der WBDJ der Initiator der 1. Weltfestspiele und schaffte damit eine Tradition, die mit den 16. Weltfestspielen 2005 in Venezuela ihren vorläufigen Abschluss fand. Dieses Festival gibt Jugendlichen aus aller Welt die Möglichkeit zum Austausch und zur Diskussion aber auch der konkreten Absprachen. So ein konkretes Ergebnis sind die Soliprojekte der SDAJ mit dem sozialistischen Cuba. Heute sind im WBDJ mehr als 140 Jugendorganisationen mit über 30 Millionen Mitgliedern vertreten. Er ist als NGO beratendes Mitglied der Unicef. Die SDAJ arbeitet als Mitglied des WBDJ in Deutschland an der Umsetzung seiner Zielstellung und ist aktiv in der Umsetzung seiner Beschlüsse.

Arbeitsfragen

1. Was unterscheidet den marxistischen Begriff der Nation von einem bürgerlichen Nationalstaat?
2. Profitiert die Arbeiterklasse in den imperialistischen Zentren von der Ausbeutung der abhängigen Länder?
3. Unter welchen Bedingungen ist eine nationale Bewegung fortschrittlich oder reaktionär?
4. War die Auflösung der Komintern ein Fehler? Bräuchten wir heute nicht wieder eine Internationale und wie müßte diese aussehen?